
LUXEMBURG
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS
GEGEN
HALTEN

»ES GIBT KEINE GERECHTIGKEIT, ES GIBT NUR UNS«

Wahlspruch der United Friends and Families Campaign/UK gegen tödliche Polizeigewalt

GEGEN HALTEN



Unsere Frage an
die Politik und die Behörden:
Worauf wartet ihr eigentlich,
wenn nicht auf
den nächsten Anschlag?

Initiative 19. Februar Hanau

Die moderne Gesellschaft
steht vor einem Widerspruch:
Sie verspricht, die Gewalt
derart einzudämmen, dass sie
für das alltägliche Leben
keine Bedeutung mehr hat.
Doch gleichzeitig entfalten
sich die Gewaltpraktiken in
einem ungeheuren Maß.

Demirović

EDITORIAL

Die Synagogentür in Halle hat den Schüssen standgehalten, doch die Bedrohung ist nicht abgewehrt. Die Anschläge der letzten Jahre haben die unmittelbare physische Gewalt wieder mit Wucht ins öffentliche Bewusstsein gerufen. Rechter Terror und rassistische Gewalt sind aber lange schon Realität in Deutschland. Sie bedrohen unser Leben, unsere Politik, die Möglichkeit einer solidarischen Gesellschaft. Vielen vermittelt sie täglich: »Du gehörst nicht dazu«, und: »Du bist nicht sicher«.

Rechte Gewalt ist nicht neu, aber sie tritt in neuen bedrohlichen Konstellationen auf – nicht als Einzelfall, wie oft behauptet wird, sondern als Zuspitzung einer autoritären Formierung, die weit in die bürgerliche Mitte, bis in die Parlamente und Sicherheitsapparate reicht. Sie stellt nicht nur das Selbstbild der bürgerlichen Gesellschaft infrage, die doch meint, die Gewalt zivilisiert zu haben. Sie fordert auch linke Gesellschaftsanalyse heraus: Wo liegen die Ursachen und was sind Strategien gegen Autoritarismus, Rassismus und rechte Gewalt? Wie lässt sich die Frage der Sicherheit den Rechten entreißen, wie organisieren wir Selbstverteidigung und Solidarität? Kurz: Wie können wir kollektiv GEGENHALTEN?

LuXemburg 2/2020 beleuchtet die aktuelle Konjunktur und die Kontinuitäten rechter, rassistischer Gewalt, die auch von staatlichen Akteuren ausgeübt wird. Wir fragen nach Strategien des Widerstands und der Transformation und finden sie insbesondere dort, wo es lange Erfahrungen der Gegenwehr gibt: in der antifaschistischen Arbeit, in den Bewegungen gegen Rassismus und Polizeigewalt und in feministischen und dekolonialen Ansätzen, in denen Sicherheit und Gerechtigkeit untrennbar zusammengehören.

»DIE ATMOSPHÄRISCHE GEWALT IST LÄNGST NORMALITÄT«

Wo steht die antifaschistische Bewegung?

Gespräch mit Katharina König-Preuss

DIE SICHERHEIT DER ANDEREN

Für wen ist die Polizei gefährlich?

Gespräch mit Vanessa E. Thompson

WEIMARER VERHÄLTNISSE?

Rechte Gewalt im historischen Vergleich

Von Gerd Wiegel



GEGENHALTEN

INHALT

SCHWERPUNKT

Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln



LUXEMBURG
ONLINE

Schwurgerichtssaal 101,
Oberlandesgericht München



WAS NOCH

IN JEDEM HEFT

LUXEMBURG ONLINE

ONLINE-DOSSIER CORONA

RAUM FÜR **ERINNERUNG UND SOLIDARITÄT**

CHRISTINA FEIST UND ISMET TEKIN

Über ein Jahr ist vergangen seit dem rechten Anschlag auf die Synagoge und den Kiez-Döner in Halle, bei dem drei Menschen getötet wurden. Zum Jahrestag am 9. Oktober 2020 organisierten *Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage* und *Mobile Opferberatung/Miteinander e. V.* eine dreitägige Ausstellung mit dem Titel »Raum der Erinnerung und Solidarität«. Im Mittelpunkt standen die Stimmen der Betroffenen, darunter 30 Zeugenaussagen im Prozess gegen den Attentäter. Mit dem Einverständnis der Betroffenen und der Mobilen Opferberatung drucken wir zwei der Ausstellungstexte ab.



»ICH HABE ANGST, DASS WIR WIEDER NICHT GEHÖRT WERDEN.«

CHRISTINA FEIST

[…] Ich kenne das aus Berlin und Wien, dass vor jeder jüdischen Einrichtung mindestens zwei Polizisten stehen. […] Ich hatte mir gar nicht genau angeschaut, wo die Synagoge ist, ich dachte, ich laufe so lange, bis ich die Polizei sehe. Dann bin ich tatsächlich an der Synagoge vorbeigelaufen. […] Ich habe in meiner Naivität zuerst gedacht: Halle ist klein, vielleicht brauchen die das nicht, vielleicht ist das die Insel der Seligen. In der Synagoge habe ich den Gemeindevorsitzenden gefragt und erfahren, dass sich die Gemeinde schon lange darum bemüht hatte, Polizeischutz zu bekommen, diese Bemühungen aber erfolglos geblieben sind. […]

Mitten im Thora-Lesen, das ist meine erste prägende Erinnerung, habe ich zwei Knallgeräusche gehört. Mein allererster Gedanke war: Das ist ein Terroranschlag, wir sollten uns alle ducken! Diesen Gedanken habe ich sofort verworfen, denn das ist ja vollkommen abstrus, so was passiert hier nicht. Und auch, weil keine Panik entstanden ist. […] Die nächste prägende Erinnerung ist, dass schräg links vor mir ein Freund von mir saß […]. Ich hatte schon gesehen, dass die Vordertür verbarrikadiert war. Als dieser Freund aufgesprungen ist, um nach hinten zu laufen, war mein erster Gedanke: Der Täter ist schon auf dem Gelände und der Freund soll nicht alleine sterben. Also bin ich aufgesprungen, ihm hinterhergelaufen und habe gesehen, dass er die hintere Tür verbarrikadiert […]. Ich habe ihm geholfen […]. Ich stand dort neben der Treppe, als der Gemeindevorsitzende die Polizei gerufen hat. Und ich habe gehört, dass er sagte, es sei ein Terroranschlag. Ich glaube,



CHRISTINA FEIST befand sich während des Anschlags in der Synagoge und ist Nebenklägerin im Prozess. Sie promoviert in Philosophie und Geschichte an den Universitäten Potsdam und Paris-Sorbonne und ist Stipendiatin des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks (ELES).

das war das erste Mal, dass mir zumindest ansatzweise bewusst geworden ist, wie ernst die Lage ist. […] Ich habe den Kantor gefragt: »Bist du okay?« Er hat mich angeguckt und gesagt: »Nein, da liegt eine Person auf der Straße!« […] Mein erster Impuls war, dass ich da rausmuss, um Erste Hilfe zu leisten. Es war klar, dass ich nicht herausgelassen werde. […] Erst zwei oder drei Tage später habe ich verstanden, dass diese Person auf der Straße tot war und dass es Jana [Lange] war. Meine nächste Erinnerung ist, dass der Gemeindevorsitzende sagte: »Die Polizei ist jetzt da.« Er zeigte mir das Auto auf dem Bildschirm.

»Der stellvertretende ärztliche Leiter sagte zu mir: ›Herzlich willkommen, Sie sind hier nicht Patienten, Sie sind hier Gäste.‹ Das war das Allerwichtigste und Richtige, was ich hören musste. Es war das erste Mal, dass ich verstanden habe, dass uns in diesem Sinne nichts passiert ist.«

Und ich weiß noch, dass ich gesagt habe: »Warum machen die denn nichts?« […] Ich kann mich noch sehr deutlich daran erinnern, wie unglaublich fürchterlich ich das fand, zu sehen, dass ein Mensch auf dem Boden liegt und keiner hilft ihm. […]

Wir wurden dann durch einen Polizeikorridor rausgebracht, da war ein Notarzt und dieser Bus, bei dem ich mich gewundert habe, dass es ein ganz normaler Bus war ohne Sicherheitsglas. Wir waren den Medien komplett preisgegeben. […] Die einzig positive Erinnerung, die ich an diesen Tag habe, ist an das Krankenhaus. Wir sind – das ist heute noch sehr emotional für mich – mit diesem Bus angekommen und hineingegangen. Und da stand im Spalier ein Team aus Ärztinnen, Ärzten, Krankenpflegerinnen und -pflegern. Ich weiß, dass die erste Person, die mich angesprochen hat, der stellvertretende ärztliche Leiter war, der mir in die Augen sah und sagte: »Herzlich willkommen, Sie sind hier nicht Patienten, Sie sind hier Gäste.« Das war das Allerwichtigste und Richtige, was ich hören musste. Es war das erste Mal, dass ich verstanden habe, dass uns in diesem Sinne nichts passiert ist und dass ich vor allem kein Störfaktor bin, dass es okay ist, dass ich hier bin und sein darf. Wir haben dann in der Cafeteria des Krankenhauses zu Ende gebetet und gemeinsam Fasten gebrochen. […]

Ich habe meine Mutter angerufen und es war das erste Mal, dass ich ausgesprochen habe, dass ich okay bin und es mir gut geht. Ich habe aufgrund dieses Telefonats eine Ansage der Polizei verpasst […]. Ich kam zurück in diesen Raum und plötzlich tauchte von schräg hinter mir ein Mann auf. Wie sich dann herausstellte, war es ein Polizeibeamter in Zivil. Er hat sich nicht ausgewiesen, nicht vorgestellt, er stand einfach plötzlich da und hat mich angeguckt: »Na, wollen Sie jetzt?« Ich bin irrsinnig erschrocken. Ich wusste nicht, worum es geht. Als ich ihn gefragt habe, wurde er patzig und war unheimlich genervt und meinte: »Wenn Sie das Krankenhaus verlassen wollen, müssen Sie aussagen, ansonsten bleiben Sie hier!« […] Auf dem Weg in den Nebenraum hat mich der Polizeibeamte gefragt, ob ich meinen Personalausweis dabeihabe, woraufhin ich gesagt habe: »Nein, es ist Yom Kippur und ich darf ihn nicht tragen.« Der Polizist reagierte abfällig: »Das ist ja komisch.« Ich sagte: »Es ist nicht komisch, es ist Judentum.« Er hat mir überhaupt kein Sicherheitsgefühl vermittelt. […]

Ich musste nach Paris zurück […], mein Rabbiner hat mir therapeutische Hilfe vermittelt […]. Ich hatte Durchschlafstörungen und Panikattacken, die plötzlich aufgetreten sind, vor allem an Orten, an denen mehrere Menschen waren, wie zum Beispiel im Supermarkt oder auch auf der Straße. Ich bin bei jedem lauten Geräusch sofort erschrocken […]. Ich

habe wochenlang versucht, meinen Alltag zu organisieren und meine Gedanken aufzuschreiben, damit ich sie nicht sofort wieder vergesse, zum Beispiel einfache Sachen wie, dass auf dem Herd Wasser steht. […] An meiner Dissertation habe ich monatelang nicht gearbeitet, von Konzentration war gar keine Rede. Was mich tatsächlich gerettet hat, abgesehen von meiner Psychotherapeutin, ist der Sport, das Boxtraining. […] Es gab sehr, sehr viele Tage, an denen gar nichts ging […]. Und ich habe es trotzdem noch zum Sport geschafft. Das gibt mir Kraft. Es hat sich aber auch langfristig für mich viel geändert. Ich lebe immer noch in Paris, obwohl das ursprünglich nur für ein Jahr geplant war. Aber ich habe im Verlauf des letzten Jahres festgestellt, dass ich nicht nach Deutschland zurückkann. Der Grund dafür ist nicht der Terroranschlag an sich, sondern, wie unsensibel und fahrlässig die Polizei mit uns Traumatisierten umgegangen ist. Ich lebe hier in Angst und habe überhaupt kein Vertrauen in deutsche Autoritäten. Deshalb kann ich mir eine Zukunft in Deutschland nicht vorstellen. […]

Ich bin aber vor allem emotional erschöpft, weil ich unglaubliche Angst habe, dass wir schon wieder nicht gehört werden. Ich fühle mich tatsächlich seit dem ersten Tag, also seit dem 9. Oktober 2019, alleingelassen. […] Ich sehe das an der Inaktivität der Politiker und der Regierung. Ich sehe das an einer Gesellschaft, die nicht sieht, dass es in diesem Land einen historisch gewachsenen Antisemitismus gibt […]. Ich sehe das letztlich auch am Verlauf des Prozesses und an meiner Position als Bittstellerin, als ich beim Bundesamt für Justiz um die Reisekosten bitten musste, um hier überhaupt teilnehmen zu können. […] Das zeigt sich auch beim Gericht, das seit dem ersten Tag inhaltlich unreflektiert die Sprache des Täters reproduziert. […]

2. September 2020

»SIE HABEN NICHT GEWONNEN!«

ISMET TEKIN

[…] Ich wollte für den Laden eine Bestellung aufgeben, weshalb ich so drei bis vier Minuten vor dem Anschlag den Laden verlassen habe. […] Dann hat mich mein Bruder angerufen, es sei ein Anschlag passiert. Ich habe die Polizei angerufen, sie haben gesagt, dass sie schon unterwegs sind. Ich bin den Weg gerannt, eigentlich ist es nicht weit, aber es kam mir vor wie 10 000 Meter. Dann kamen zwei Bauarbeiter. […] Wir kannten uns, sie kamen immer zu uns zum Essen. Einer hat gesagt: »Der Mörder hat viele getötet, geh nicht hin, er tötet alle.« Da hat sich alles bei mir ausgeschaltet. […] Ich bin weitergerannt bis kurz vor der Apotheke, da habe ich einen Schuss neben mir in die Wand einschlagen gehört. Da wurde ich wach. Dann habe ich ein Auto und einen Mann in militärischen Klamotten gesehen und habe mich hinter einem Auto versteckt. […]

Polizeiautos kamen, zwei Einsatzautos. Sie haben sich gegenseitig beschossen. Ich habe mich auf den Boden geworfen. Dann habe ich gesehen, dass er [der Attentäter] zu Boden ging. Ein paar Sekunden später stand er auf und fuhr weg, die Polizei hinterher. Ich bin zum Laden, aus dem mein Bruder kam. […] Ich bin in den Laden und habe gerufen, aber niemand hat geantwortet. Ich habe mir ein Wasser aus dem Kühlschrank genommen und habe gesehen, dass jemand dahinter liegt. Ich habe mit dem Ohr den Puls geprüft, den Atem, aber er [Kevin Schwarze] hat nicht geatmet. Eine Frau war mit dabei. Ich habe den Notruf angerufen, aber ich konnte nicht weiterreden, dann habe ich ihr das Handy gegeben. Wir sollten ihn bewegen – aber er ist leider gestorben.

Die Polizei hat uns dann rausgebracht. Ich wusste nicht, dass sich Herr R., unser Stammkunde, in der Toilette eingeschlossen hatte. Ein paar Minuten später hat die Polizei uns in unangenehmem Ton gesagt, dass wir weitergehen sollen. Herr R. kam dann raus, er stand unter Schock, konnte nicht reden, wir haben ihm Wasser gebracht. […] Es war eine unglaubliche Situation, so viele Polizisten, alles gesperrt, jedes Haus wurde durchsucht. Wir standen unter Schock, Schmerz, Leid. In vier Sprachen habe ich keine Worte gefunden, die Tat zu beschreiben. Aber für den Mörder habe ich ein Wort gefunden: Er ist ein Feigling. […]

»Meine Sichtweise auf Deutschland hat sich verändert. Zwei Monate vor dem Vorfall wollte ich die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen. Aber danach: Es macht keinen Unterschied, ob ich die Staatsbürgerschaft habe oder nicht. Solange ich dunkle Haare und einen dunklen Teint habe, macht es keinen Unterschied, ob ich in der Tasche einen deutschen Pass trage oder nicht.«

Bis zum heutigen Tag habe ich es ausgehalten, bis zur Aussage von Kevins Vater. Es war so schmerzhaft, alle Mütter, Väter, Familienangehörige fühlen diesen Schmerz. […] Mir hat wehgetan, dass ich zunächst nicht als Nebenkläger anerkannt wurde, weil der Täter angeblich nicht auf mich schießen wollte. […] In dem Moment wusste ich nicht, ob er mich umbringt oder nicht. Ich stand unter Beschuss. Es wäre mir lieber, ich wäre nicht Nebenkläger. […] Ich bitte das Gericht, wahrzunehmen, dass der Täter jeden umbringen wollte. Und ich bin einer davon.

Kevin und Jana sind nicht umsonst gestorben. Ihr Tod, den Wert kann man nicht bemessen. Sie sind vielleicht körperlich nicht hier, aber sie werden bis in alle Ewigkeit in unseren Herzen leben. […] Niemand hat es verdient, auf so eine Art und Weise zu sterben. Es ist der Mensch, der die Munition herstellt und andere tötet. Wieso ist Menschenleben so wenig wert? […] Ich frage mich, warum solche Vorfälle seit Jahren immer wieder geschehen und nicht verhindert werden. Ich bin mir absolut sicher, dass der deutsche Staat, wenn er sich dieser Dinge ernsthaft annimmt, diese Dinge auch lösen kann. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten. Es leben hier viele Ausländer mit vielen Talenten, die nicht zutage treten. Sie werden ignoriert. Wir sind hierhergekommen, um in diesem Land Gutes zu tun. Unser Ziel ist es nicht, diesem Land zu schaden oder etwas Schlechtes herzubringen. Meine Sichtweise auf Deutschland hat sich verändert. Zwei Monate vor dem Vorfall wollte ich die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, hatte alle Unterlagen geholt. Ich habe mich per Telefon auf diese Prüfung vorbereitet. Aber danach: Es macht keinen Unterschied, ob ich die Staatsbürgerschaft habe oder nicht. […] Solange ich dunkle Haare und einen dunklen Teint habe, macht es keinen Unterschied, ob ich in der Tasche einen deutschen Pass trage oder nicht.

Aber ich habe nach dieser feigen Tat sehr viele wunderbare Menschen kennengelernt. Ich bin mir sicher: Es gibt in jedem Land böse Menschen, aber das Böse wird immer verlieren. Ich habe ganz großherzige, liebevolle Menschen kennengelernt. In erster Linie möchte ich der Opferberatung, Frau Antje Arndt und ihrem Team danken, der Kiez-Soligruppe und den Menschen, die sich beim Prozess solidarisch gezeigt haben, vom ersten Tag an. Und allen, die uns auch aus der Ferne materiell und ideell unterstützt haben, möchte ich im Namen der Familie Tekin Danke sagen. […] Im Koran gibt es eine Kurzgeschichte: »Bemühe dich, zu leben, als ob du nie sterben würdest, aber auch so, als ob du gleich sterben würdest.« Aber niemand hat es verdient, auf diese Weise das Leben zu verlieren. […] Wegen dieses Feiglings muss ich seit elf Monaten meine Mutter belügen. Ich sage ihr, dass

es mir gut geht, dass alles in Ordnung ist, obwohl es nicht stimmt und ich meiner Mutter immer die Wahrheit sagen wollte. Meine Eltern schaffen es, auch wenn sie 4000 Kilometer weit weg wohnen, an jedem Schritt, den ich mache, teilzuhaben, zu sehen, ob ich mich auf dem richtigen Weg befinde. Aber dieser Feigling hat jahrelang irgendwelche Pläne geschmiedet und niemand hat es mitbekommen. Also, ich glaube das nicht. Eine solche Tat ist nicht die Tat eines Einzelnen. Es bedarf der Nachforschung und Aufklärung, damit dieses schöne Land nicht noch mal durch so eine Tat erschüttert wird. […]

Abschließend möchte ich noch etwas zu dem Angeklagten sagen, zum Feigling: Sie haben nicht gewonnen. Sie haben auf ganzer Linie versagt. Mein Bruder lebt. Ich lebe. Sie wollten Zwietracht und Hass säen. Doch entstanden ist noch mehr Zusammenhalt und noch mehr Liebe. Wir haben keinen Hass auf dieses Land. Wir werden nicht weggehen und auch unseren Laden nicht aufgeben. Im Gegenteil. Wir bleiben jetzt erst recht hier. Für immer. Und wissen Sie was? Ich werde Vater. Mein Sohn wird als Deutscher geboren. Inşallah. Sie haben nicht gewonnen. Und doch haben Sie großes Unheil angerichtet. Sie haben Jana und Kevin um ihr Leben betrogen. Im Koran heißt es: »Wer einen Menschen tötet, tötet die ganze Menschheit.« Mit diesem Leid müssen wir nun leben und den Schmerz ertragen. Das werden wir gemeinsam tun. Ob Deutsche oder Türken, Juden oder Muslime, Weiße oder Schwarze oder sonst wer. Gemeinsam mit Respekt, Freundschaft und Liebe.

15. September 2020



ISMET TEKIN ist Betreiber des Kiez-Döners, in dem Kevin Schwarze ermordet wurde. Er ist ebenfalls Nebenkläger im Prozess.

»DIE ATMOSPHÄRISCHE GEWALT IST LÄNGST NORMALITÄT GEWORDEN«

WO STEHT DIE ANTIFASCHISTISCHE BEWEGUNG?

GESPRÄCH

MIT KATHARINA KÖNIG-PREUSS

Du kennst rechte Gewalt seit deiner Jugend in den 1990ern in Jena. Genauso lange bist du auch aktiv gegen Nazis und selbst Zielscheibe rechter Bedrohungen. Viele sagen, dass die Gewalt im letzten Jahrzehnt schlimmer geworden ist. Würdest du zustimmen?

Ja. Ich würde sagen, es ist schlimmer als in den 1990ern, und das sagen mehrere, die sich gut an diese Zeit erinnern können. Es gibt zwar weniger gewalttätige Übergriffe auf Antifaschist*innen als in den sogenannten Baseballschlägerjahren. Es gibt aber nahezu täglich rassistische Übergriffe. Dazu kommt die Vorstufe, die atmosphärische Gewalt, das, was Menschen auf der Straße erleben, Blicke, wenn vor ihnen ausgespuckt wird. Das trifft geflüchtete Menschen, aber auch Leute, die teilweise schon seit vielen Generationen hier sind und von Rassismus betroffen sind. Dinge, die noch vor fünf oder zehn Jahren unaussprechbar waren, werden offen gesagt. Grenzen des Sagbaren, die wir erkämpft hatten, wurden eingerissen. Und von Medien und Politik gab es viel zu wenig, viel zu spät Widerspruch. Damit wurden Ermöglichungsräume geschaffen für eine Gewalt, deren Gipfel wir aktuell bei den Prozessen der Rechtsterroristen in Halle, in Magdeburg, in Kassel sehen können. Die Gewalt wird kontinuierlich weitere Tote fordern, wenn wir es nicht schaffen, dagegenzuhalten. Und die Toten sind nur die Spitze des Eisbergs der tagtäglichen verbalen und nonverbalen Gewalt, die kaum noch registriert wird. Wenn einer Frau das Kopftuch runtergerissen wird, wenn sie angezischt wird, sie soll sich verpissen aus Deutschland, dann ist das längst schon schreckliche Normalität. Wenn ich an die zwei Personen aus Somalia denke, die in Halle angefahren wurden: Die wollen nur noch weg, haben nur noch Angst. Ich kann denen nicht mehr sagen: Versucht durchzuhalten. Sondern ich sage, ja, wenn ihr in eine sichere Gegend kommen könnt, tut das, geht weg. So weh mir das tut. Ich erlebe zurzeit eine enorm gewalttätige Gesellschaft mit viel zu wenig Widerspruch und Widerstand. Und da sind wir noch nicht bei der staatlichen Gewalt in Form von Frontex und Flüchtlingspolitik.

» Wir werden kontinuierlich weitere Tote sehen, wenn wir es nicht schaffen, dagegenzuhalten. Sie sind nur die Spitze des Eisbergs an alltäglicher verbaler und nonverbaler Gewalt, die kaum noch registriert wird. «

Welche Rolle spielt die AfD für diese atmosphärische Gewalt?

Sie haben diese Räume geöffnet und einer Normalisierung den Weg bereitet. Oft unterstützt durch Politik und Medien, die meinten, man müsse mit ihnen reden, die würden sich schon normalisieren. Vor zehn Jahren hätte niemand die NPD in eine Talkshow eingeladen. Warum lädt man Gauland oder gar Höcke, Weidel und Co. ein? Einem tödlichen Rassismus wird der Teppich ausgerollt: Medienpräsenz, Abstimmungen in Kommunalparlamenten, teils gemeinsames Agieren in Landesparlamenten. Es ist eine Frage der Zeit, bis das auf Bundesebene auch so kommt, und hängt von der Widerstandsfähigkeit der anderen Parteien ab. Einen Dammbruch hatten wir schon, weitere Dämme werden brechen und im Kleinen passiert es die ganze Zeit.

Inzwischen organisiert sich rechte Gewalt auch immer stärker im Netz. Du bist selbst zu Recherchezwecken in Nazi-Gruppen online unterwegs. Was machst du dort genau? Was beobachtest du?

Angefangen hat das vor zwei, drei Jahren. Da kursierte bei Facebook ein Link zu einer Whatsapp-Gruppe rund um die Rechtsrock-Konzerte in Thüringen. Die Gruppe war offen und ich dachte, ich gucke mir das mal an. Von dort ging es relativ schnell weiter, es wurde in andere Chats eingeladen – Whatsapp, dann auch Telegram. Ich war zeitweise in mehr als 200 rechten Gruppen. Im Moment konzentrieren sich alle auf den Kanal von Attila Hildmann, wo man recht einfach Mitglied werden kann. Der Zugang zu den Gruppen, die ich beobachte, ist in der Regel schwieriger. Man bekommt einen Link zugespielt, wird als Mitglied einer bestehenden Gruppe eingeladen. Ich bin in Gruppen

KATHARINA KÖNIG-PREUSS ist seit ihrer Jugend antifaschistische Aktivistin; sie ist ausgebildete Sozialarbeiterin und seit 2009 für die LINKE Abgeordnete im Thüringer Landtag. Sie gehörte beiden NSU-Untersuchungsausschüssen des Landtags an und trug zur Aufklärung der Hintergründe bei. Sie ist aktiv in diversen antifaschistischen Initiativen.

mit 30 bis 40 Personen, die pure NS-Ideologie vertreten, die Bildungsveranstaltungen anbieten, Literaturforen eröffnen, »Mein Kampf«, Goebbels lesen. Das sind Leute, die aktiv auf den Tag X hinarbeiten. Es gibt Planungen, es gibt Kommunikation über Waffen und den Austausch von Kontakten. Für den Tag X gibt es konkrete Anleitungen, zum Beispiel soll man nicht nur das eigene Haus vorbereiten, sondern ein weiteres Objekt sichern, um sich zu treffen und in Aktion zu treten, Menschen zu fangen und umzubringen oder sich zurückzuziehen und die Lage zu beobachten.

Wie kann man sich dieses digitale Netzwerk vorstellen? Sind diese Gruppen deckungsgleich mit den bestehenden fest organisierten Neonazi-Gruppen?

Die Gruppen, die sich online zusammenfinden, sind zum Teil äquivalent zu den realen Gruppen, also Kameradschaft XY, NPD-Ortsverband oder auch »Der Dritte Weg«. Dann gibt es übergreifende Gruppen zu Themen wie etwa Rechtsrock. Oder Gruppen zum Verkauf von nationalen Devotionalien, von Kinderklamotten, Kinderspielzeug für die nationale Familie, nationale Frauengruppen, lose Gruppen von Leuten, die sich bei Konzerten kennengelernt haben. Am gefährlichsten sind die knallharten NS-Gruppen, die nicht sichtbar werden. Klassische Neonazis, Rechtsrock-Strukturen, aber mittlerweile auch die »Corona-Leugner-Gruppen« verbreiten zutiefst antisemitische Positionen, etwa dass der Jude die Welt beherrschen würde. In den NS-Gruppen wird das zusätzlich mit einer Pseudowissenschaft untersetzt, politisch ausbuchstabiert. Da geht es nicht mehr um einzelne Figuren, um Soros und Rothschild, sondern um Strukturen. Der Zentralrat der Juden, die jüdischen Landesgemeinden, Akteure der Amadeu Antonio Stiftung werden genannt. Diese Leute nehmen gegebenenfalls nicht die Waffe in die Hand, wenn es so weit kommt, sondern sie wollen möglichst viele »Kameraden« auf Linie bringen. Das ist eine Führungsstruktur, die sich da herausbildet und zum Teil auch verdeckt in Rechtsrock-Gruppen aktiv ist und ihr Netzwerk ausbaut.

Auf der einen Seite Hildmann mit 75 000 sehr diversen Followern, auf der anderen Seite solche Kommandogruppen mit Führungsanspruch. Wie passen die zusammen? Gibt es da nicht Widersprüche und Konflikte?

Durch diese Kanäle bekommt man die Debattenkultur der Rechten noch mal anders mit. Die fetzen sich auch in diesen Gruppen, es gibt Gossip, da merkt man, wer strenger Ideologe ist und wer Subkulturnazi. Trotzdem: Das sind alles Neonazis, das ist alles rechte Blase. Was darüber hinausgeht, sind QAnon, Hildmann und »Querdenken«. Da gibt es Überschneidungen, aber auch große Unterschiede. Ideologische rechte Gruppen haben abgeraten, sich am 29. August »Querdenken« und Co. anzuschließen. Die sagen: Das sind Irre, die haben keinen Bezug zur Realität. Trotzdem heizen sie natürlich den Protest gegen den Staat in Bezug auf Corona mit an. Hingefahren sind aus diesen NS-Gruppen nicht so viele, aus den Rechtsrock-Gruppen deutlich mehr. Mit einer Reichsfahne auf einer Demo mit

Zehntausenden zu sein, ist ein Erfolgserlebnis für die rechte Szene, egal ob es ihre Veranstaltung ist. Im Nachgang wurden diese Bilder total bejubelt und gleichzeitig gewarnt, sich zu sehr auf die »Querdenken-Leute« zu verlassen.

All diese Informationen hast du, weil du selbst mitliest. Wie gehst du mit den Informationen um?

Aktuell lese ich jeden Tag ein bis zwei Stunden, im Zug oder manchmal auch bei einem langweiligen Tagesordnungspunkt im Landtag. Es sind ungefähr 40 bis 50 wichtige Gruppen und dann noch die, wo man akut reinschaut, etwa vor den Corona-Demos in Berlin. Eine Gruppe, in der sich Neonazis verabredeten, um in Griechenland Flüchtlinge anzugreifen und Lager in Brand zu stecken, gibt es mittlerweile nicht mehr. Da habe ich Leute vor Ort informiert, eine Warnung rausgegeben und über unsere Staatskanzlei die Information weitergeben lassen. Die hatten schon Autos gemietet und Kontakte nach Griechenland aufgenommen. Eigentlich müsste man kontinuierlich mitlesen, um alles mitzukriegen. Auf der anderen Seite ist es für die Seelenhygiene gut, ein paar Tage runterzufahren. Ich bin natürlich nicht die Einzige, die mitliest – es gibt einige andere. Im März 2020 hatte das Bundeskriminalamt verlautbart, sie würden 140 Gruppen beobachten. Ich musste damals laut lachen: Die haben Hunderte Mitarbeiter. Das war eine lächerliche Zahl gemessen an dem, was es an Gruppen gibt.

Ist das eine allgemeine antifaschistische Praxis, was du da machst?

Es gibt mittlerweile keine antifaschistische Gruppe, die nicht zumindest die lokal zugänglichen Telegram-Kanäle verfolgt. Da gibt es untereinander natürlich Austausch. So lässt sich auch verfolgen, welche Vernetzungen es zwischen den rechten Strukturen gibt. In einem Fall in Österreich musste ich tatsächlich Informationen an die Polizei und den Staatsschutz weitergeben lassen. Da ging es im Zweifelsfall darum, einen angekündigten Terroranschlag zu verhindern. Und schwer bewaffnete Nazis aufhalten sollte nicht die Aufgabe von antifaschistischen Gruppen sein. In so einem Fall würde ich jedes Mal Sicherheitsstrukturen informieren. Nie den Verfassungsschutz, aber definitiv die Polizei. Ich gebe immer mal wieder Informationen an vereinzelte Polizeibeamte und Leute, die mit der Polizei Kontakt haben. Ich möchte aber vermeiden, dass mein Name in Polizeiakten auftaucht. Ich lasse also Infos weitergeben und hoffe, dass richtig damit umgegangen wird. Ich weiß nicht, ob das auch passiert.

Der Verfassungsschutz soll diese Aktivitäten systematisch überwachen, tut es aber nicht. Du bist eigentlich gegen digitale Überwachung. Aber wer sonst soll diese Arbeit leisten?

Antifaschistische Strukturen müssen das selbst organisieren. Eine Überwachung durch den Verfassungsschutz, die dann auch antifaschistische Gruppen betrifft, ist keine gute Idee. Wir wissen, dass der Verfassungsschutz Informationen im Zweifelsfall nicht nutzt und für sich behält, um den Zugang zur Quelle zu behalten. Antifa-Gruppen und zivilgesellschaftliche

Strukturen machen diese Arbeit ganz gut, die Amadeu Antonio Stiftung schaut auf die antisemitischen Gruppen, auf QAnon, auch viele Journalist*innen verfolgen Gruppen. Aber die können alle nur einen Ausschnitt erfassen. Diese Strukturen müsste man unterstützen, etwa durch feste Stellen oder durch Spenden, damit die Leute zumindest ihre Miete zahlen können. Sie stellen ja Informationen zur Verfügung, die für die Gesellschaft insgesamt verdammt wichtig sind. Natürlich bringt es nichts, wenn einzelne Personen sich ein, zwei Kanäle anschauen. Man sollte immer regional oder bundesweit die aktiven Recherchestrukturen kontaktieren. Trotz allem ist es wichtig, die eigenen Aktivitäten nicht komplett in den digitalen Raum zu verlagern. Es bringt nichts, wenn wir alles über Nazis wissen, aber selbst politisch nicht mehr sichtbar sind – bei Veranstaltungen, auf den Straßen. In mehreren Thüringer Städten hat das gut zusammengewirkt: Die Rechten hatten sich in ihren Kanälen zu unangemeldeten Montagsspaziergängen verabredet. Zweimal sind die Antifaschist*innen beobachtend mitgelaufen und ab dem dritten Mal haben sie auf den Routen Demos angemeldet und das Konzept durchkreuzt.

Du hast in Interviews häufiger beklagt, dass es an der lokalen Solidarität fehlt, also vor Ort auf die Straße zu gehen – woran liegt das?

Ich bekomme viel Erschöpfung mit. Und ich kann das total nachvollziehen. Spätestens seit 2015 haben viele Leute neben der antifaschistischen Arbeit noch die Unterstützung für die Geflüchteten geleistet. Es sind Vereine und Initiativen entstanden, die bis heute aktiv sind. Gleichzeitig gab es wöchentlich drei, vier Neonazi-, Pegida-, AfD-Aufmärsche. Es war ein dauerndes Hinterherrennen, um wenigstens irgendwie dagegenzuhalten. In Thüringen haben Leute teils nachts die Security für Flüchtlingsunterkünfte gemacht, ehrenamtlich. Dazu kommt der neue rassistische Diskurs, die Kämpfe um Sprache, die man immer wieder führen muss. Antifaschist*innen haben fast gar keine regenerativen Phasen mehr. Es gibt den digitalen Raum, es gibt die klassische Recherchearbeit, es gibt die Abwehr der Verschwörungserzählungen, es gibt die Beobachtung der AfD, die Nazi-Demos und und und … Man ist an der einen Sache dran, dann kommt der nächste Übergriff. Irgendwann können die Leute nicht mehr. Gerade war ich in Magdeburg beim Prozess und habe mit den Leuten aus Sachsen-Anhalt gesprochen, die draußen die Kundgebung machen – jeden Tag für zehn bis zwölf Stunden. An diesen Stellen bräuchte es Unterstützung. Dass man die Arbeit anerkennt, dass man sagt, ich habe nächste Woche Urlaub, kann ich euch irgendwie unterstützen? Das wäre richtig toll für die Leute.

Die Antifa kann sich vor Aufgaben nicht mehr retten. Du bist ja auch Abgeordnete der LINKEN – da stellt sich die Frage, was die Partei eigentlich tun kann?

Die LINKE ist für mich bereits Teil einer antifaschistischen Bewegung. Wichtig ist, dass sie die Anliegen der Bewegung aufnimmt und politisch umsetzt. Das geht natürlich nicht immer – nicht alles, was eine legitime Forderung auf einer Demo ist, lässt sich

eins zu eins in den parlamentarischen Raum übertragen. Aber da, wo es möglich ist, steht die LINKE in der Pflicht. Zwei Beispiele: sich für unabhängige Antidiskriminierungsstellen mit entsprechender finanzieller Ausstattung einzusetzen. Und die Finanzierung für mobile Beratungsstellen sicherzustellen und auszubauen, die immer mehr von Übergriffen und Morden Betroffene begleiten. Auch der Einsatz für ein Bleiberecht für Betroffene rassistischer Gewalt ist wichtig, eine Aufgabe, die wir hier in Thüringen noch nicht gelöst haben. Antifaschistische Strukturen stärken heißt aber auch, dass man als Regierungspartei ihre Kritik ernst nimmt. Und nicht den Koalitionsprozessen von oben herab den Vorrang gibt. Jede Antifa-Gruppe versteht, dass man mit SPD und gegebenenfalls auch mit den Grünen nicht den Verfassungsschutz abschaffen kann. Man muss aber politisch an dieser Forderung unserer Partei festhalten. Oft habe ich den Eindruck, man ergibt sich in scheinbar unabänderliche Prozesse, anstatt zu versuchen, sie zu ändern. Kritik von unten wird dann oft als Angriff verstanden, dabei geht es nicht um Gegnerschaft, sondern darum, gehört zu werden. Wenn die Linkspartei das nicht tut, verliert sie früher oder später die Verbindung zu den Antifaschist*innen, auf die wir dringend angewiesen sind. Vielleicht sollten wir uns als Partei auch hier und da mit Kritik an antifaschistischen Aktivitäten zurückhalten, weil wir als Abgeordnete oft gar nicht mehr mitbekommen, wie die Leute vor Ort von Rassismus, Antisemitismus, Polizeigewalt oder Gentrifizierung betroffen sind. Denn es geht am Ende immer um Solidarität, so blöd dieses große Wort klingt. Wenn in Hanau Leute ermordet werden, dann bedeutet das, hinzufahren, für deren eigenen Raum zu spenden, ihre Forderungen zu teilen, und nicht die eigene Pressemitteilung zu verbreiten, sondern die der Betroffenen.

Solidarität ist das Gegenteil von Vereinzelung. Wenn man sich gegen rechts äußert, kann man schnell persönlich bedroht werden, gerade im digitalen Raum. Was hilft dagegen?

Am Ende sind es die eigenen Leute – innerhalb der Partei, aber auch darüber hinaus; Leute, die man teilweise gar nicht kennt. Wenn jemand bedroht wird, auf Twitter, per E-Mail oder in Kommentarspalten, hoffe ich immer, dass sich Menschen an die Person wenden und sagen: Hey, du bist nicht allein. Wenn ich etwas machen kann, gib Bescheid. Natürlich muss man auch Widerspruch leisten, aber die Rechten ziehen regelrecht Kraft aus dem Hass und bekommen Energie, wenn eine Provokation funktioniert. Darum ist es noch wichtiger, den Leuten zu zeigen, dass sie nicht allein sind, persönlich oder in einem solidarischen Posting. Um selbst damit klarzukommen, kann es richtig sein, sich eine Zeitlang aus der Online-Sphäre zurückzuziehen. Mal nicht gucken, was bei Twitter los ist, sondern mit Genoss*innen und Freund*innen die Sonne genießen oder sich einen Online-Vortrag gönnen. Wir müssen aufeinander achten und uns die positiven Momente selbst organisieren, denn niemand anderes wird es für uns tun.

Das Gespräch führten Rhonda Koch und Hannah Schurian.

ALARMSTUFE RECHTS

Kassel, Halle, Hanau – die Liste der rechten Terroranschläge wird länger, und ebenso die Liste der Todesopfer. Mord ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Rechte Gewalttaten sind heute in Deutschland alltäglich, nicht nur im Osten. Rassismus ist dabei das häufigste Motiv. Nach dem »Sommer der Migration« schnellten die flüchtlingsfeindlichen Übergriffe nach oben und halten sich seither auf erschreckend hohem Niveau. Die Fakten zeigen: Deutschland hat auch 75 Jahre nach Ende des Hitlerfaschismus ein gewalt(tät)iges Nazi-Problem. Hinzu kommt ein systematisches Staatsversagen, die Gewalt konsequent zu verfolgen. Immer neue Verstrickungen in den Sicherheitsbehörden zeigen, dass sie zu oft Teil des Problems sind und nicht Teil der Lösung.

Lizenz zum Töten?

immer mehr Nazis mit legalem Waffenbesitz

1114
Rechtsextremist*innen
besitzen legal eine Waffe.

+ 25 %
im Vergleich zum Vorjahr

633
Reichsbürger*innen
besitzen legal eine Waffe.

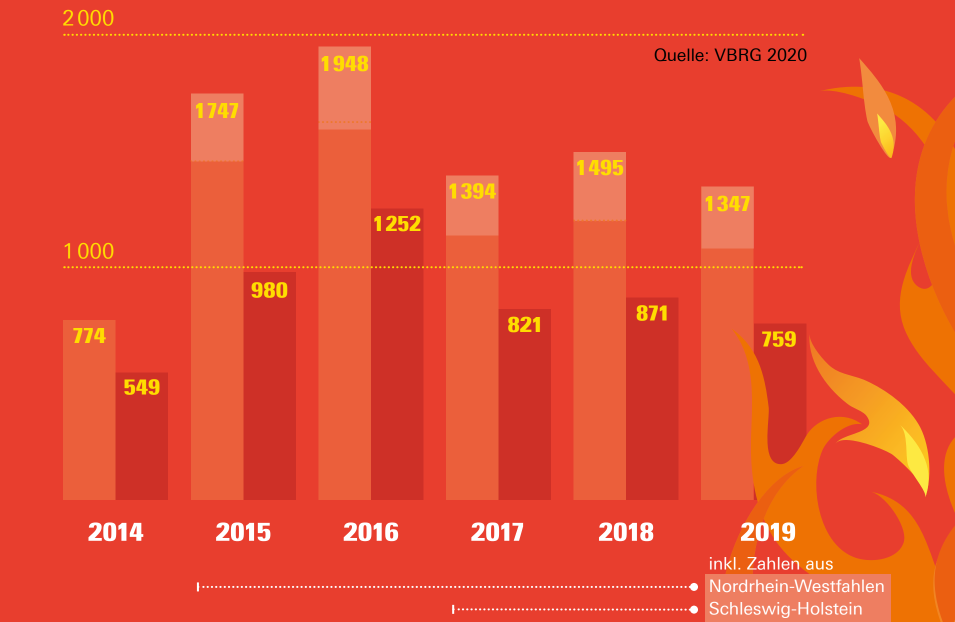
+ 20 %
im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: Die Zeit/
Kleine Anfrage der LINKEN
2020/Statista

Starke Diskrepanz
rechte Angriffe
2014 – 2019

Obwohl staatliche Behörden Fälle im gesamten Bundesgebiet erheben, sind ihre Zahlen weit geringer als die der Opferberatungsstellen, die nur Fälle in den neuen Bundesländern, Berlin, NRW und SH registrieren.

Opferberatungsstellen
BMI



JEDEN TAG
werden in Deutschland durchschnittlich
5 MENSCHEN ANGEGRIFFEN
darunter mindestens ein Kind oder Jugendliche*r.

1052
KÖRPER-VERLETZUNGEN
2019

Quelle: VBRG 2020

208
MORDE
seit 1990

Quelle: Amadeu Antonio Stiftung

2/3
RECHTER ANGRIFFE
sind durch
RASSISMUS
motiviert.

Quelle: VBRG 2020

Spitze des Eisbergs?
rechte Verdachtsfälle



IN DEUTSCHEN SICHERHEITS-BEHÖRDEN

1064

IN DER BUNDESWEHR

Quelle:
Lagebericht des VS,
September 2020

TOXISCHE MÄNNERWELTEN
ANTIFEMINISMUS ALS TÖDLICHE IDEOLOGIE

AUTOR*INNENKOLLEKTIV FEMINISTISCHE INTERVENTION

Der Hass auf Frauen* und den Feminismus ist ein Leitmotiv vieler rechter Terroranschläge der letzten Jahrzehnte. Sein mörderisches Potenzial wird noch immer unterschätzt.

In der Berichterstattung über die Hintergründe rechten Terrors werden meist monokausale Erklärungen gesucht. Die Ideologie rechter Gewalttäter auf einen einzelnen Aspekt wie antimuslimischen Rassismus oder Antisemitismus zu reduzieren, wird dem Phänomen in seiner Komplexität jedoch nicht gerecht. Zugleich spielt eine solch verengte Perspektive dem Ziel der rechten Terroristen in die Hände: einer Spaltung und Entsolidarisierung der Gesellschaft. Ein entscheidendes Motiv, das spätestens seit dem sogenannten Montreal-Massaker von 1989 expliziter Aufmerksamkeit bedarf, ist der Antifeminismus. Die »Manifeste« von rechtsextremen Attentätern jüngeren Datums, wie etwa in Christchurch oder auch in Halle, zeigen deutlich, dass expliziter Antifeminismus neben Frauen*hass und Homo- und Trans*feindlichkeit als Motivation immer stärker zum Tragen kommt.

ANTIFEMINISMUS ALS LEITMOTIV

Ideologischer und realpolitischer Kern des Antifeminismus ist das binäre Geschlechtersystem und das Vorhaben, die patriarchale Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Dazu gehört die Abwehr aller Errungenschaften und Verhältnisse, die diese Ordnung durcheinanderbringen, ebenso wie das aktive Einfordern von Maßnahmen zu ihrer Wiederherstellung, Stabilisierung bzw. Verschärfung. Antifeminismus ist vor allem gegen sehr vieles, aber eben auch *für* eine zentrale Sache: für die Aufrechterhaltung einer Gesellschaftsordnung, die auf Privilegien von Weißen und insbesondere auf Privilegien von weißen Männern zulasten anderer beruht, um den Preis der Befreiung vieler.

Die binäre Geschlechterordnung verspricht Cis-Männern[1] immense Bedeutsamkeit. Sie erklärt sie zu Ernährern und Beschützern von Frauen*, als zuständig für die Politik und

von Natur aus als stärker, klüger, rationaler und insgesamt besser für die Welt gerüstet als Frauen*. Insofern ist klar, was viele Cis-Männer mit einem Wandel der binären Geschlechterordnung zu verlieren hätten: einen »naturgegebenen« Status, der selbst bei Versagen im einen oder anderen Bereich weiterbesteht, da er nicht so sehr auf tatsächlichen Leistungen, sondern auf der Geschlechtszugehörigkeit basiert.

Feministische Bewegungen stellen dieses Weltbild infrage. Damit zerstören sie aus Sicht der antifeministischen Ideologen die natürliche Ordnung der Dinge und werden zum zentralen, zum Teil als übermächtig imaginierten Feind. Bei manchen stehen eher Untergangsfantasien im Vordergrund, andere beziehen sich stärker auf Narrative aus dem Umfeld der sogenannten Incels,[2] denen zufolge Männer das Recht auf einen unbegrenzten Zugriff auf Frauenkörper haben. In der Verschwörungsthese vom »Großen Austausch«, die von einem geheimen Plan ausgeht, der darauf abziele, »im Westen« die weiße Bevölkerung gegen muslimische oder nicht-weiße Einwander*innen auszutauschen, wird Feminist*innen die Rolle der »Türöffnerinnen« zugeschrieben. Das heißt, ihnen wird vorgeworfen, für die »Unterwanderung« durch als (kultur-)fremd wahrgenommene Menschen verantwortlich zu sein. Die angeblich überproportional hohe Kinderzahl in nicht-weißen Familien wird als bedrohlich für den Erhalt des eigenen »Volkes« betrachtet. Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und toxische Männlichkeit werden zu einer tödlichen Mischung. Zentral ist für die Täter schließlich auch die eigene Selbstüberhöhung, die Überzeugung, als Verteidiger der Männlichkeit und des »Volkes« dazu auserkoren zu sein, dem Einfluss der Feminist*innen auf den Weltenlauf gewalttätig ein Ende zu setzen.

DAS AUTOR*INNENKOLLEKTIV FEMINISTISCHE INTERVENTION (AK Fe.In) besteht aus Mitgliedern des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus, der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU) und des Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (apabiz). Sie betreiben Recherche, Forschung und Analyse an der Schnittstelle von Aktivismus und Wissenschaft. Eike Sanders, Anna O. Berg und Judith Goetz haben zuletzt »Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt« verfasst.

INCELS UND ANTIFEMINISTISCHER TERRORISMUS

Diese Haltungen und die daraus resultierende Gewalt sind keineswegs neu, aber ihre Kontinuitäten wurden lange wenig beachtet. Die erste nicht nur frauen*feindliche, sondern explizit antifeministische Gewalttat in »westlichen« Gesellschaften, die uns bekannt ist, ereignete sich im Dezember 1989 in Montreal (Kanada). Der 25-jährige Täter betrat einen Seminarraum an der Polytechnischen Hochschule, schickte die rund 15 männlichen* Studenten hinaus und erklärte den verbliebenen neun Frauen*, bevor er auf sie schoss, dass er gegen den Feminismus kämpfe: »Ihr seid alle ein Haufen von Feministinnen. Ich hasse Feministinnen.« Er verletzte sechs von ihnen tödlich und setzte sein Massaker im Gebäude fort. Danach erschoss er sich selbst. Insgesamt tötete er 14 Frauen*, weitere zehn Frauen* und vier Männer* wurden verletzt.

Im Mai 2014 setzte ein 22-jähriger Mann namens Elliot Rodger in Isla Vista bei Santa Barbara, Kalifornien, seinen Plan um, sich mit Gewalt an Frauen* zu rächen. Bei seinem mehrstündigen Amoklauf ermordete er unter anderem mehrere Angehörige einer Studentinnenverbindung an der University of California. Rodger gilt als der erste Mörder aus dem Umfeld der Incels, also Männern, die ihr angenommenes naturgegebenes Recht auf Sex mit Frauen nicht geltend machen können. Dafür geben sie allerdings nicht sich und ihrer wie auch immer gearteten »Unfähigkeit« die Schuld, sondern zuerst den unwilligen Frauen, dann dem Feminismus und danach der gesamten Gesellschaft. Sie haben den Kampf um »Selbstoptimierung« folglich bereits aufgegeben und verstehen sich nun als zu Unrecht gescheiterte Männer. Rodger hatte sich ausgiebig auf den Terrorakt vorbereitet und im Vorfeld ein von extremen Gewaltfantasien durchzogenes Manifest mit dem Titel »My Twisted World: The Story of Elliot Rodger« verbreitet, das sein Motiv des Frauen*hasses und Antifeminismus erläuterte: »Ich werde alle Frauen dafür bestrafen, dass sie mir Sex entzogen haben […] Ich kann nicht jede einzelne Frau auf der Welt töten, aber […] ich werde die Mädchen angreifen, die all das repräsentieren, was ich am weiblichen Geschlecht hasse: die heißeste Schwesternschaft [Studentinnenverbindung] der UCSB [University of California, Santa Barbara].«[3] Er wisse nicht, warum sich die »girls« nicht zu ihm hingezogen fühlten, doch er werde sie dafür bestrafen. Man solle sehen, dass in Wirklichkeit er der Überlegene sei, ein wahrer Alpha-Mann. Rodger, der seit seiner Kindheit in psychiatrischer Behandlung gewesen war und sie im Alter von 18 abgebrochen hatte, konsumierte in den Jahren vor dem Massaker exzessiv antifeministische Propaganda, durch die er sich vom »zurückgewiesenen Jungen« zu einem Vertreter einer Male-Supremacy-Ideologie und schließlich zum Terroristen wandelte. Sein Hass kostete sechs Menschen das Leben und hinterließ 13 verletzt. Er brachte sich unmittelbar nach seiner Tat durch einen Kopfschuss um.

Diese Art von Gewalt, die sich gegen Frauen* als Repräsentant*innen einer bestimmten Gruppe richtet (oder gegen Homosexuelle und Trans*- oder Inter*personen oder Männer, die man der »Kollaboration« mit feministischen Bewegungen beschuldigt), erfüllt die Merkmale des Terrorismus: Ihr Einsatz erfolgt willkürlich und soll damit Angst und Schrecken in der Feindbildgruppe verbreiten, sie verschärft bestehende Span-

nungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und mit ihr sollen die eigenen ideologischen Inhalte transportiert werden.

Die Tatsache, dass fanatischer Antifeminismus und ebenso der Frauen*hass von Incels in tödlichem Terrorismus enden können, erreichte das öffentliche Bewusstsein spätestens im April 2018, als ein 25-jähriger Mann in Toronto bei einer Amokfahrt zehn Menschen tötete und 14 zum Teil schwer verletzte. Sein letzter Post im Internet lautete: »Die Incel-Rebellion hat bereits begonnen! Wir werden alle Chads und Stacys besiegen! Heil dem obersten Gentleman Elliot Rodger!«[4] Chads und Stacys stehen für alle verhassten Menschen: Stacys ist die Bezeichnung für unerreichbare hyperfeminine und attraktive Frauen (Typ Cheerleader), die nur Chads »haben« können. Chads sind attraktive und allseits beliebte Männer (Typ Footballspieler). Daneben gibt es Beckys, die »gewöhnlichen« oder gar feministischen Frauen, die in den Incel-Communitys herabgewürdigt werden. Der dort geläufige Terminus FHO oder Femoid (Female Humanoid Organism; weibliche Humanoide) steht für die völlige Entmenschlichung von Frauen, die wiederum die Grundlage für die extremen Gewaltfantasien und in manchen Fällen eben das Ausleben dieser Fantasien ist.

DER ANTIFEMINISMUS BREIVIKS

Bei Gewaltdelikten müssen sowohl die politische Motivation als auch die Gender-Komponente – also das Spezifikum misogyner und/oder homo-, trans*- und inter*feindlicher Gewalt in der politischen Tat – betrachtet werden. Eines der schlimmsten rechtsextremen Massaker in der europäischen Geschichte nach 1945, die Bombenattentate und Morde des Norwegers Anders Behring Breivik im Jahr 2011, wird allgemein als »islamfeindlich« eingestuft oder unter Umständen noch als eine »gegen den Kulturmarxismus« gerichtete Tat gewertet. Diese extrem rechten Ideologieelemente, die in erstaunlicher Kongruenz alle auch heute im (extrem) rechten Diskurs von PEGIDA, AfD und Co. perpetuierten Inhalte vereinigen, sind in einem 1500-seitigen Pamphlet Breiviks mit dem Titel »2083. Eine europäische Unabhängigkeitserklärung« durchdekliniert. Den Text, den Breivik vor der Tat verfasste, durchziehen die Motive des Antifeminismus: Rund 100 Seiten sind explizit der »Gefahr des Feminismus« und dem Wunsch nach der »Wiedereinsetzung des Patriarchats« gewidmet. Schon in der Einleitung definiert Breivik den Feind: »Political Correctness« – dafür stehen die Begriffe Kulturmarxismus und Feminismus. »Vielleicht ist kein Aspekt der politischen Korrektheit im heutigen westeuropäischen Leben wichtiger als die feministische Ideologie.« Breivik wähnt deren schädlichen Einfluss überall: in der Alltagskultur, im Fernsehen mit den weiblichen *power figures*, bei den Frauen* im Militär, der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, dem Sensitivity-Training und den Gender Studies. Für ihn zeigt sich dieser Einfluss im Postmodernismus, in der Schwächung von bestimmten Männlichkeitsidealen, im Zerfall der klassischen Kleinfamilie und in der Auflösung von traditionellen Geschlechterrollen. Am Ende seines »Manifests« beschreibt er, wie seine »Gesellschaftsutopie« aussieht und wie sie erreicht werden kann: Die »Feminisierung der europäischen Kultur« durch den radikalen Feminismus, der die Immigration von Muslim*innen befördere,

mache die gezielte Ermordung von Frauen* als Repräsentant*innen dieser feministischen Bewegung notwendig. Was die wenigsten wissen: Breivik plante, sein Massaker auf Utøya mit der Enthauptung der norwegischen Premierministerin Gro Harlem Brundtland zu beginnen. Sie, die in einer Person so viele von extrem rechten Männern verhassten Eigenschaften vereint – Sozialdemokratin, promovierte Ärztin, langjährige Ministerpräsidentin, die ab 1981 viele Frauen* in ihr Kabinett holte und sich innerhalb ihres Landes und auf internationaler Ebene für Frauen*rechte, Umweltschutz, Gesundheit und gegen Armut engagiert und gleichzeitig Mutter von vier Kindern ist –, besuchte dort die Mitglieder der Jugendorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, von denen 77 sterben mussten. Die dem Massaker auf der Insel vorausgegangenen Bombenattentate in Oslo dauerten jedoch länger als geplant, sodass Breivik Utøya erst erreichte, als Harlem Brundtland schon abgereist war. Der Antifeminismus, wie ihn Breivik und der Blogger Fjordman, von dem er Textteile in sein Manifest kopierte, vertreten, beinhaltet nicht nur Misogynie, sondern auch Anti-Gender-Positionen, die sich genau gegen die Dekonstruktion und Auflösung von klaren Grenzen zwischen den Geschlechtern richten: Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transsexuelle, Intersexuelle und alle Queers sowie ihre politischen Fürsprecher*innen sind demnach Repräsentant*innen des von ihnen so verhassten Feminismus. Breivik offenbart damit eine fundamentale Angst vor der Bedrohung seiner Gender-Identität, und der Hass, den diese Angst auslöst, findet direkten Ausdruck in seinem Manifest und den damit verbundenen terroristischen Taten.

DER TERRORANSCHLAG VON CHRISTCHURCH

Das wesentlich kürzere Manifest des rassistischen Attentäters von Christchurch, einem 29-jährigen weißen Australier, der am 15. März 2019 über 50 Besucher*innen zweier Moscheen in Neuseeland erschoss und mindestens ebenso viele verletzte und traumatisierte, beginnt mit der dreimaligen Wiederholung des Satzes »It's the birthrates.« Es seien die hohen Geburtenraten der »Invaders« und die niedrigen Geburtenraten der »Europeans«, die zum »Great Replacement«, also dem »Großen Austausch« und damit dem »Genozid« an der »weißen Rasse« führen würden. Während im Manifest die Geschlechterrollenforderung für Frauen diffus bleibt und der Autor scheinbar willkürlich in Bezug auf Kämpfende mal von »unseren Männern und Frauen«, mal nur von »Männern« schreibt, so offenbart ein zweiter Blick durchaus einen impliziten und manchmal expliziten Appell an eine wehrhafte, sich radikalisierende Männlichkeit im imaginierten »Rassekrieg«, die in Sätzen wie »Men of the West must be men once more« sichtbar wird.

Schlagwortartig werden hier hohe Scheidungsraten, Kinderlosigkeit, sich ändernde Gender-Normen, der Bedeutungsverlust von Familienwerten und die »Schwäche europäischer Männer« für den als unerträglich wahrgenommenen Zustand der Gesellschaft verantwortlich gemacht. An weiße Männer ergeht der Appell, sich als Krieger zu verstehen und entsprechend zu verhalten, weiße Frauen werden dazu aufgerufen, mehr Kinder für den Erhalt der »eigenen Rasse« zu produzieren. In einem mit »The Rape of European Women Invaders« überschriebenen Kapitel finden sich zahlreiche Internetlinks, die meist auf organisierten sexuellen Missbrauch insbesondere

an Kindern verweisen, kommentiert in einer eher vulgären Sprache. Hier werden auch die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015 in Deutschland erwähnt und wird den Tätern und ihren Familien mit dem Tode gedroht. Neben den »Invaders« und ihren Kindern, allen voran Migrant*innen aus muslimisch geprägten Regionen, stehen auch *blood traitors* und ihre Helfershelfer*innen auf der »Abschussliste« des Attentäters von Christchurch, darunter beispielsweise NGOs, die Seenotrettung betreiben und damit seiner Ansicht nach Einwanderung und einen »Melting Pot« beförderten. In dem wahnhaften essenzialistisch-biologistischen »Menschenbild« des Täters ist die Auflösung von Grenzen zwischen den »Rassen« gleichbedeutend mit dem Tod. Sein Ziel formuliert er in den legendären »14 words«, dem Glaubenssatz vieler weißer Neonazis und Rassist*innen: »We must secure the existence of our people and a future for White children« (»Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sichern«).[5] Auf den 74 Seiten des Manifests wird ganze 43 Mal »pro-natalistisch« auf Geburtenraten Bezug genommen.

ANTIFEMINISMUS HAT TÖDLICHE KONSEQUENZEN

Angefangen von Männerseminaren zur Selbstoptimierung und der alltäglichen Gewalt im familiären Umfeld über den sexuell frustrierten Incel bis hin zu Anders Behring Breivik, zu Femiziden und misogynen Neonazis – die hier aufgeführten Beispiele haben einen gemeinsamen ideologischen Kern: Antifeminismus. Dieser wird viel zu selten mit all seinen tödlichen Konsequenzen benannt. Es scheint der Linken leichter zu fallen, Rassismus und Antisemitismus als potenziell tödlich zu erkennen. Ähnlich verhält es sich mit bestimmten ideologischen Bestandteilen des Rechtsextremismus. Aber viel zu selten werden die Zusammenhänge zwischen antifeministischen, misogynen, rassistischen und anderen menschenverachtenden Ideologemen in den Blick genommen, die sich häufig gegenseitig verstärken, weil sie Bestandteile derselben Ideologie sind. Das liegt einerseits daran, dass wir Antifeminismus zu wenig als ein politisches Phänomen begreifen. Ein anderer Grund ist, dass staatliche Institutionen ebenso wie antifaschistische Analysen nicht ausreichend thematisieren, dass und unter welchen Umständen Antifeminismus tödlich wird. Nur wenn wir die verschiedenen Motivationen und Facetten dieser rechten Gewalt als unterschiedlich, aber als untrennbar miteinander verwoben beleuchten und besser verstehen, können wir einen antifaschistischen und feministischen Konsens formulieren, der tatsächlich gegenhalten kann.

---

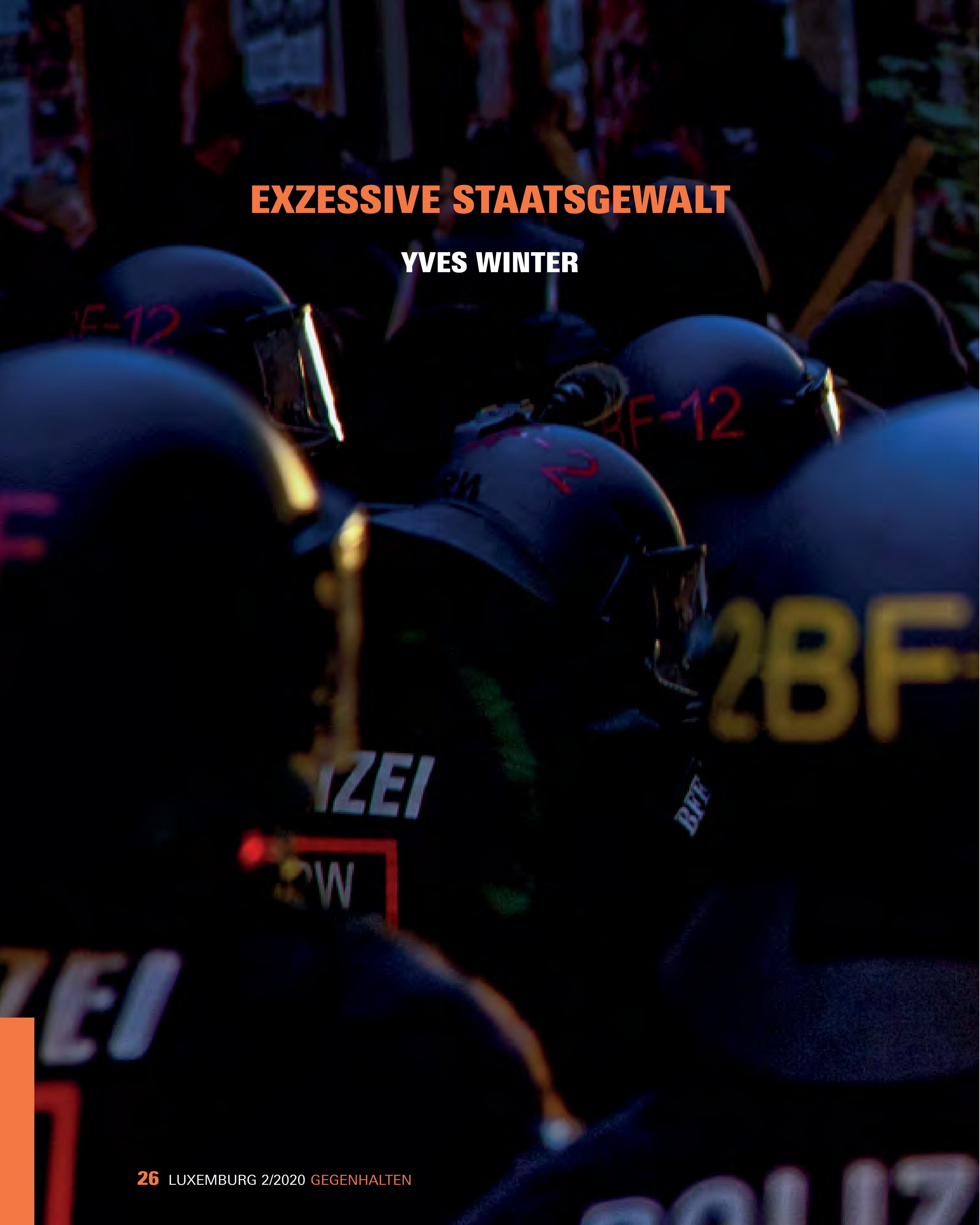
1 Cis bedeutet, dass die Geschlechtsidentität einer Person mit dem Geschlecht übereinstimmt, das ihr bei der Geburt zugewiesen wurde.

2 Incels steht für *involuntary celibates* (unfreiwillig zölibatär Lebende).

3 Zit. nach News Corp Australia vom 26.5.2014 (www.news.com.au/world/inside-elliot-rodgers-twisted-world-manifesto-outlines-killers-plans-for-retribution-before-driveby-shooting/news-story/3e510efa2f52e447670906bb4745af04). Übersetzt von Autor*in.

4 Zit. nach BBC News vom 26.4.2018 (www.bbc.com/news/world-us-canada-43 892189). Übersetzt von Autor*in.

5 Als Erfinder der »14 words« gilt der US-amerikanische Rechtsextremist David Eden Lane. Hierauf bezieht sich auch der Zahlencode 14, der gern in der visuellen Kultur der extremen Rechten genutzt wird.



EXZESSIVE STAATSGEWALT

YVES WINTER

Brutale Polizeigewalt ist im modernen Rechtsstaat nicht vorgesehen. Doch sie hat System und spricht zu uns allen.

8 Minuten, 46 Sekunden. Das Zeitintervall hat inzwischen weltweit traurige Berühmtheit erlangt. Fast neun Minuten lang hat der Polizist Derek Chauvin am 25. Mai 2020 sein Knie gegen den Hals von George Floyd gepresst. Der Mord löste in den USA und weltweit erneut große Proteste gegen Polizeigewalt und systemischen Rassismus aus. Doch die polizeiliche Gewalt vor allem gegen Schwarze Amerikaner*innen geht ungebremst weiter. Allein in den vier Monaten seit Floyds Tod töteten US-amerikanische Polizeibeamt*innen nach der Zählung der Organisation Mapping Police Violence 349 Menschen, darunter weit überproportional viele Schwarze Menschen. Diese brutalen Erscheinungsformen staatlicher Gewalt und die anhaltenden Demonstrationen der Black-Lives-Matter-Bewegung haben überfällige Diskussionen zu Polizei und Staatsgewalt hervorgerufen. Sie werfen erneut die grundsätzliche Frage auf, wie Staatsgewalt eigentlich zu verstehen ist und ob die in der historischen Soziologie gängige These ihrer zunehmenden Rationalisierung durch solche Gewaltexzesse empirisch entkräftet wird.

YVES WINTER lehrt an der McGill University in Montreal, Kanada. 2018 erschien sein Buch »Machiavelli and the Orders of Violence«.

MODERNE STAATSGEWALT NACH WEBER

In der zeitgenössischen bürgerlichen Staats- und Gesellschaftstheorie wird staatliche Gewalt üblicherweise in Weber'schen Kategorien erfasst. Demnach gilt staatliche Gewalt als Möglichkeit, Zwang auszuüben und so eine gesetzlich verfasste Ordnung durchzusetzen. Dieses Verständnis von Staatsgewalt ist ein fundamentaler Ausgangspunkt der Sozialwissenschaften und gesellschaftlich weitgehend unumstritten. Max Webers klassische Definition, dass der Staat die Gemeinschaft bezeichne, »welche innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich mit Erfolg beansprucht«, fehlt wohl in keiner Einführungsvorlesung der Sozial- und Politikwissenschaften (Weber 1919, 4). In diesem Sinne wird Gewalt als Durchsetzungsmittel verstanden, um Geset-

zesbrüche und Unordnung zu ahnden sowie die Unversehrtheit der staatlichen Ordnung zu garantieren oder wiederherzustellen.

In der rechtsstaatlichen Perspektive ist Staatsgewalt dann legitim, wenn sie von staatlich autorisierten Beamt*innen in deren offizieller Funktion zum Zwecke der Durchsetzung der gesetzlichen Ordnung, der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und des sozialen Friedens ausgeübt wird, und zwar rechtmäßig und verhältnismäßig. Normalerweise bedeutet dies, dass physische Gewaltsamkeit nur als Selbstverteidigung oder zum Schutze anderer gegen eine unmittelbare Bedrohung von Leben und Gesundheit gerechtfertigt ist, und selbst dann nur, wenn keine anderen Mittel zur Verfügung stehen (vgl. UN Human Rights 1990). Anders ausgedrückt: Staatliche Gewaltsamkeit ist nur als Gegengewalt gerechtfertigt und nur als letzter Ausweg (vgl. Balibar 2010). Exzessive und disproportionale Gewalt sowie arbiträre oder missbräuchliche Praktiken, die grundlegende Menschenrechte verletzen, sind unrecht, sowohl von ihrem Wesen wie auch mittelbar, indem sie die Legitimität und die moralische Geltung des Staates infrage stellen.

Die Aussagekraft des Weber'schen Staatsbegriffes hängt maßgeblich daran, dass er den Staat soziologisch-deskriptiv und (zumindest vordergründig) nicht normativ beschreibt, dass es also nicht um die Zwecke geht, die der Staat verfolgt, sondern um das ihm spezifische Mittel, nämlich die physische Gewaltsamkeit. Es spielt also keine Rolle, ob der Staat Gerechtigkeit anpeilt wie bei Platon, Glück – wie es Aristoteles vorschwebte – oder Frieden wie bei Hobbes. Der Clou an Webers Definition ist, dass der Staat instrumentell erfasst wird, durch seine alleinige Fähigkeit, legitime Gewalt auszuüben. Nun ist aber ironischerweise bei Weber wie auch in großen Teilen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftstheorie der entscheidende Gewaltbegriff komplett unterbestimmt. Mit einer gewissen Selbstverständlichkeit wird vorausgesetzt, dass die Handlungs- und Erfahrungsstrukturen staatlicher Gewalt einem einfachen Zwangsmodell folgen. Dieses Zwangsmodell zeichnet sich durch eine dyadische Struktur aus: Es nimmt eine soziale Handlungssituation an, in der staatliche Funktionäre die öffentliche Ordnung durch unmittelbaren Zwang oder glaubwürdige Drohungen durchsetzen. Die Durchsetzungskraft staatlicher Gewalt liegt also in der frontal ausgeübten Zwangsmaßnahme oder ihrer Androhung. Das zugrunde liegende Muster ist das eines Duells: ein Kräftemessen zweier Widersacher, auf dessen Höhepunkt einer den anderen besiegt.

STAATSGEWALT ALS SPEKTAKEL

Nun trifft aber dieses Schema die tatsächlichen staatlichen Gewaltpraktiken nur teilweise und lässt wichtige Aspekte aus dem Blickfeld verschwinden. Das Zwangsmodell erklärt Staatsgewalt nur eingeschränkt, da ein bedeutsamer Teil staatlichen Gewalthandelns nicht dem dyadischen Muster entspricht. Zusätzlich zur Zwangslogik weist Staatsgewalt eine zweite Grammatik auf, die ich exemplarisch im Rückgriff auf Niccolò Machiavellis Gewalttheorie entwickeln möchte. Für den Florentiner operiert Staatsgewalt nicht primär dyadisch, sondern triadisch. Im Gegensatz zum Zwangsparadigma funktioniert sie nicht, indem ein Akteur durch physische Nötigung dazu gezwungen wird, gegen seinen Willen

zu handeln, sondern auf der symbolischen Ebene, indem öffentliche Effekte für einen Dritten – das Publikum – produziert werden. Das klassische Beispiel ist die öffentliche Hinrichtung, deren detaillierte Inszenierung darauf angelegt ist, symbolisch und somit kommunikativ zu wirken. In seinen politischen Hauptwerken beschreibt Machiavelli die Wirkungsmacht politischer Gewalt und untersucht deren dramaturgische Gestaltung. Dabei zeigt er, wie das Spiel mit Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit diverse kommunikative Effekte produziert.

Diesem kommunikativen und symbolischen Aspekt der Staatsgewalt wird in der politischen Soziologie nicht angemessen Rechnung getragen. Dies hat wohl zwei Ursachen: erstens, der überragende Stellenwert von Webers Staatsdefinition, deren Grenzen ich oben bereits skizziert habe; zweitens, der Konsens in der historischen Soziologie von Max Weber über Norbert Elias bis Michel Foucault, der die theatralische Aufbereitung von Gewalt als archaisches Relikt des Ancien Régime interpretiert. So zählt Foucault die inszenierte Hinrichtung und das Kalkulieren von Pein und Qual in der Folter zu den Machttechniken des Absolutismus, während die Staatsgewalt bei Weber durch die moderne Bürokratie und die staatlichen Kontroll- und Durchsetzungsapparate rationalisiert wird.

ZUR GEGENWÄRTIGKEIT EXZESSIVER STAATSGEWALT

Gegen dieses Bild, das exzessive Staatsgewalt allein in einer archaischen Vergangenheit verortet, kann argumentiert werden, dass vor allem Polizeigewalt weiterhin stark von theatralischen Formen und Figuren des Spektakels geprägt ist. Dies lässt sich am Beispiel der Polizeimorde von unbewaffneten Schwarzen US-Amerikaner*innen eindrücklich zeigen. Die aus den internationalen Medien bekannten Namen der Opfer bilden dabei nur die Spitze des Eisbergs: Trayvon Martin, Teenager aus Florida, der vom Bürgerwehrler George Zimmerman erschossen wurde; Eric Garner, der von einem Polizeibeamten in New York erwürgt wurde und dessen Worte »I can't breathe« immer noch widerhallen; Michael Brown, dem in Ferguson, Missouri, in den Rücken geschossen wurde; der zwölfjährige Tamir Rice, von der Polizei in Cleveland erschossen; Freddie Gray, in einem Polizeiwagen in Baltimore getötet; bis zum erstickten George Floyd in Minneapolis.

Auch wenn Polizeimorde in den USA besonders grassieren – dort tötet die Polizei an einem Tag mehr Menschen als die Polizei der meisten demokratischen Rechtsstaaten in einem Jahr –, wäre es falsch, sie als ein spezifisch US-amerikanisches Phänomen zu betrachten. Im Mai 2018 ermordeten Polizisten im indischen Bundesstaat Tamil Nadu 13 unbewaffnete Demonstranten, als sie in eine Menschenmenge schossen. Im europäischen Kontext ist etwa der Fall von Adama Traoré zu erwähnen, der 2016 in Polizeigewahrsam in Paris starb, oder der noch immer ungeklärte Tod durch Verbrennung von Oury Jalloh vor 15 Jahren in einer Polizeizelle in Dessau (vgl. Bangel 2020). Das Dossier »Tödliche Polizeischüsse« der *taz* analysiert tödliche Schusswaffeneinsätze von 1990 bis 2017 und kommt zu dem Schluss, dass in Deutschland alle fünfeinhalb Wochen jemand von Polizist*innen erschossen wird (Peter/Bednarczyk 2017). Auch nicht-lethale Formen

exzessiver Polizeigewalt zeigen, wie schwierig, vielleicht gar unmöglich es ist, polizeiliche Gewalt zu kontrollieren und einzuhegen. So wurden im Mai 2019 italienische Polizeibeamte dabei gefilmt, wie sie Stefano Origone, einen Journalisten der Zeitung *La Repubblica*, verprügelten. In Frankreich hat der exzessive Gebrauch von Tränengas und Gummigeschossen gegen die Bewegung der Gelbwesten zu ernsten Verletzungen geführt. Für Deutschland geht der Kriminologe Tobias Singelnstein von mindestens 12 000 Fällen ungerechtfertigter Polizeigewalt pro Jahr aus, die meisten davon nie angezeigt oder untersucht, geschweige denn strafrechtlich verfolgt. Diese Dunkelziffer weist auf die Unzulänglichkeit der rechtsstaatlichen Aufarbeitung polizeilicher Gewalt und damit auf das Spannungsfeld zwischen Rechtsstaatlichkeit und exekutiver Gewalt hin (vgl. Vitale 2017; Loick 2012, 2018; Neocleous 2000).

Vor dem Hintergrund solcher Zahlen muss sich die politische Soziologie fragen lassen, ob die These der Gewaltrationalisierung diese Entwicklungen erklären kann. Laut dieser These geht mit dem Rationalisierungsprozess des Staates und der Bürokratie in der politischen Moderne eine Reduktion von Gewaltsamkeit sowie das Verschwinden von Grausamkeit einher. Die Häufung der Fälle von Polizeigewalt legt aber nahe, was auch gesellschaftskritische Stimmen in den USA behaupten: dass es sich nicht um einzelne Entgleisungen handelt, sondern dass eine gewisse Systematik im Spiel ist. Dass Polizeigewalt eine konstitutive Rolle in der Reproduktion von rassistisch organisierter Ungleichheit spielt, ist keine Neuigkeit. Schon James Baldwin (1966) hat auf die performative Rolle der Polizei hingewiesen, und viele radikale Kritiker*innen, von Stuart Hall (1978) bis zu Angela Davis (2003, 2018), Michelle Alexander (2012) und Alex Vitale (2017), haben zeitgenössische Formen der polizeilichen Arbeit mit der Geschichte von Sklavenfängern, mit Lynchmorden, mit der Unterdrückung von Migrant*innen, mit der *school-to-prison pipeline* und mit der Kriminalisierung der Obdachlosigkeit in Verbindung gebracht.

EXZESSIVE GEWALT ALS KONSTITUTIVER BESTANDTEIL MODERNER HERRSCHAFT

Mit Rückgriff auf Machiavellis theatralische und kommunikative Gewaltanalyse, derzufolge Gewalt ihre Wirkungsmacht dadurch entfaltet, dass sie ein bestimmtes Publikum adressiert, lassen sich diese Exzesse der Staatsgewalt als Komponenten einer gewissen Logik erfassen. Die Polizeimorde sind nicht Entgleisungen des staatlichen Gewaltapparats, denn dieser wird nicht mehr anhand des dyadischen Zwangsmodells konzipiert, sondern nach dem triadischen Muster der kommunikativen Gewalt. Mithilfe dieses Schemas lassen sich Gewaltexzesse wie die polizeiliche Tötung von unbewaffneten Afroamerikaner*innen als Teile eines Funktionszusammenhangs denken, der darauf hinausläuft, kulturelle Skripte über Rasse, Klasse und Ethnizität zu reproduzieren und Gewalt gegen Schwarze Menschen zu normalisieren. Es geht hierbei nicht um eine Verschwörungstheorie, derzufolge die Polizei vorsätzlich rassifizierte Menschen tötet, sondern um eine funktionale Logik, in der Momente polizeilicher Brutalität, unabhängig von der jeweiligen Motivation der individuellen oder kollektiven Akteure, strukturelle Herrschaftsformen reproduzieren – inklusive

entsprechender Bilder und Erwartungsmuster. Diese These, dass exzessive Gewalt funktional für die Reproduktion herrschaftlicher Ordnung ist, findet sich in moderner Form auch bei Frederick Douglass (1855). In seiner Analyse der amerikanischen Sklaverei zeigt Douglass, dass die brutale öffentliche Züchtigung von Sklaven nicht nur dazu dient, diese in permanenter Angst zu halten, sondern auch die gesellschaftliche Ordnung als Rassenordnung reproduziert, die wiederum die spezifische Form der Besitzsklaverei ermöglicht. Mit Bezug auf die Situation in den USA kann diese Argumentation dahingehend erweitert werden, dass exzessive Polizeigewalt rassifizierte Menschen als zweitklassig und entbehrlich produziert. Hierauf nehmen der Slogan *Black Lives Matter* und das *Movement for Black Lives* (M4BL) unmittelbar Bezug.

Um diese Funktion staatlich ausgeübter – wenn auch nicht offiziell autorisierter – Gewaltsamkeit zu verstehen, muss exzessive Brutalität als Bestandteil des staatlichen Gewaltmonopols berücksichtigt werden. Demnach erfasst das Weber'sche Zwangsmodell staatliches Gewalthandeln nur unvollständig und muss ergänzt oder revidiert werden. Dies ist aber nicht ohne ein grundsätzliches Infragestellen der Weber'schen Kategorien zu leisten. Denn die offiziell desavouierten Gewaltexzesse staatlicher Akteure lassen sich weder mit dem Begriff der legitimen Gewaltsamkeit noch mit dem der erfolgreichen Monopolisierung unter einen Hut bringen. Da diese Formen exzessiver Gewalt konstitutiv für die Reproduktion herrschaftlicher Ordnung sind, können sie nicht einfach als kriminell abgewickelt werden. Diese Einsicht hat weitreichende Folgen für die Kritik und Bekämpfung von Polizeigewalt. Einerseits kann auf die Forderung nach einer Polizeireform mit rechtsstaatlichen Verfahren zur Aufarbeitung polizeilicher Brutalität, Schulungsmaßnahmen etc. nicht verzichtet werden. Andererseits muss klar sein, dass weder Sensibilisierungsworkshops noch Verfassungsnormen die Grundproblematik der Polizeigewalt lösen können, da beide der Idee einer rationalisierten Rechtsgewalt verhaftet bleiben. Eine kohärente Kritik der Rechtsgewalt ist, wie Walter Benjamin (1921) schon vor fast 100 Jahren gezeigt hat, ohne eine grundsätzliche Herrschaftskritik nicht zu bewerkstelligen.

LITERATUR

Alexander, Michelle, 2012: The New Jim Crow: Mass Incarceration in the Age of Colorblindness, New York

Balibar, Étienne, 2010: Violence et civilité: Wellek Library Lectures et autres essais de philosophie politique, Paris

Baldwin, James, 1966: A Report from Occupied Territory, in: The Nation, 11.7.1966

Bangel, Christian, 2020: Oury Jalloh: 15 Jahre Schande, in: Die Zeit, 7.7.2020

Benjamin, Walter, 1965 [1921]: Zur Kritik der Gewalt, in: ders.: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, Frankfurt a. M.

Davis, Angela Y., 2003: Are Prisons Obsolete?, New York

Dies. (Hg.), 2018: Policing the Black Man: Arrest, Prosecution, and Imprisonment, New York

Douglass, Frederick, 2003 [1855]: My Bondage and My Freedom, New York

Hall, Stuart/Critcher, Chas/Jefferson, Tony/Clarke, John/Roberts, Brian, 1978: Policing the Crisis, London

Loick, Daniel, 2012: Kritik der Souveränität, Frankfurt a. M./New York

Ders. (Hg.), 2018: Kritik der Polizei, Frankfurt a. M./New York

Neocleous, Mark, 2000: The Fabrication of Social Order: A Critical Theory of Police Power, London

Peter, Erik/Bednarczyk, Svenja, 2017: Tödliche Polizeischüsse, https://taz.atavist.com/polizeitote

UN Human Rights, 1990: Basic Principles on the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials, www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/useofforceandfirearms.aspx

Vitale, Alex, 2017: The End of Policing, London

Weber, Max, 1919: Politik als Beruf, in: ders.: Geistige Arbeit als Beruf. Vier Vorträge vor dem Freistudentischen Bund, München/Leipzig

DIE SICHERHEIT DER ANDEREN

FÜR WEN IST DIE POLIZEI GEFÄHRLICH?

GESPRÄCH

MIT VANESSA E. THOMPSON

Polizeigewalt wird momentan so breit diskutiert wie selten. Doch viele halten Übergriffe für Ausnahmen. Sie sehen die Polizei als neutrale Gesetzeshüterin oder sogar als Freund und Helfer. Warum widersprichst du? Was ist das Problem mit der Polizei?

Um das zu verstehen, muss man sich historisch ihre Funktion anschauen. Die Polizei ist eng verknüpft mit dem nationalstaatlichen Prinzip und eine Institution des *racial capitalism*, um mit Cedric Robinson zu sprechen. In dieser Rolle soll sie die Eigentumsverhältnisse und die liberalen Freiheitsrechte schützen. Marx hat es schon beschrieben: Die moderne Polizei hat die Aufgabe, den Bürger, seine Rechte und sein Eigentum zu erhalten – wohlgemerkt »seines« und nicht »ihres« –, denn das liberale Versprechen von Freiheit und Sicherheit ging mit der Unfreiheit, Ausbeutung und Entmenschlichung von anderen einher, etwa People of Color, Schwarzen Menschen, Frauen und nicht-binären Personen. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bauen auf Versklavung, Kolonialismus und der Ausbeutung von Arbeitskraft in Europa auf. In diesem System hat die Polizei auch die Aufgabe, Körper für die Ausbeutung produktiv zu machen, und das trifft insbesondere rassifizierte und migrantisierte Arbeitskraft. Das gilt bis heute, auch wenn sich die Bedingungen natürlich verändert haben und wir eine stärkere Kriminalisierung all derjenigen sehen, die als »überflüssig« konstruiert werden. Die Polizei schützt noch immer ein ganz bestimmtes Rechtssubjekt, eines, das Eigentum besitzt oder als Teil einer nationalen, »weiß« imaginierten Gemeinschaft gesehen wird. Sie folgt damit einer Logik der Unterscheidung: Der Schutz der einen geht oft mit der Verunsicherung der anderen einher.

Was heißt das, der Schutz der einen bedeutet die Verunsicherung der anderen?

Schauen wir uns die Gentrifizierung in den Städten an. Da fordern Leute, die neu in bestimmte Viertel ziehen, »dass es hier sicherer wird«. In der Folge werden aber andere Bewohnergruppen neu oder stärker kriminalisiert. Das können Migrant*innen

» Für Menschen, die keine alltägliche Repression erfahren, kann es sehr schwer sein, sich aus dem polizeilichen Blick herauszuarbeiten.«

sein oder auch Wohnungslose, die von den Parkbänken verscheucht werden. Oder betrachten wir das *racial profiling*. Während die einen unbehelligt von der Polizei ihrem Alltag nachgehen, heißt es für die anderen: »Stehenbleiben, Identitätskontrolle, können wir mal die Papiere sehen?« Eine polizeiliche Aktion befördert hier Ausgrenzung und Differenzierung. Das fühlt sich demütigend an, aber auch entsolidarisierend, weil die meisten einfach weitergehen. Für sie ist es Normalität geworden, dass es die Schwarzen Körper sind, die kontrolliert werden und an den Wänden stehen, die Migrantisierten, die Wohnungslosen, die Suchtkranken. Sie denken sich: »Es werden schon die Richtigen sein« und »Hier wird für Ordnung gesorgt«. Daran sehen wir, dass es auch eine gesellschaftliche Anrufung an die Polizei gibt, für Sicherheit zu sorgen. Darum sprechen wir vom »Polizieren«, das über die Polizei hinausgeht. Es beschreibt ein Verhältnis der Kriminalisierung, in der auch große Teile der Gesellschaft den »polizeilichen Blick« einnehmen. Für Menschen, die keine alltägliche Repression durch die Polizei erfahren, kann es sehr schwer sein, sich aus diesem Blick herauszuarbeiten. Weil die polizeiliche Anrufung ihren Status als Rechtssubjekt garantiert und gleichzeitig den Subjektstatus von anderen unterminiert, um es mit Frantz Fanon zu sagen.

Heißt das, ich selbst gewinne subjektiv an Sicherheit, wenn ich als Mitglied der weißen Mehrheitsgesellschaft sehe, wie der vermeintliche Dealer da hinten kontrolliert wird?
Genau das diskutieren wir mit dem Konzept der *white wages* von W.E.B. Du Bois. Du Bois hat sich gefragt, warum sich im US-amerika-

VANESSA E. THOMPSON arbeitet an der Viadrina-Universität Frankfurt (Oder) unter anderem zu kritischer Rassismusforschung, post- und dekolonialer Theorie sowie zum Abolitionismus. Sie engagiert sich auch aktivistisch zu diesen Themen, etwa bei der Internationalen Unabhängigen Kommission zur Aufklärung der Wahrheit über den Tod des Oury Jalloh.

nischen Bürgerkrieg nicht mehr ausgebeutete Weiße dem Kampf gegen Versklavung angeschlossen haben, der ja auch ein Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung war. Du Bois sieht *whiteness* (Weiß-Sein) auch als sozialpsychologischen Ertrag, als nicht-monetäre Kompensation. Sie funktioniert darüber, sich von anderen abzugrenzen und dadurch bestätigt und ermächtigt zu fühlen: Auch wenn ich selbst Unsicherheit erlebe, die Kriminalisierten sind die anderen. Denken wir an die Anrufungsszene bei Louis Althusser, wo der Polizist ruft: »He, Sie da!« Das Subjekt dreht sich um und wird sich durch den Ruf seiner Rechtssubjekthaftigkeit bewusst: Es weiß, es hat ein Anrecht auf diese Polizei.

Und was bedeutet das für diejenigen, die die Polizei fürchten?

Rassifizierte und marginalisierte Menschen werden durch den Ruf eben nicht zu Rechtssubjekten. Daher würden sie auch eher versuchen, zu entfliehen. Ich beschreibe das in Anlehnung an Schwarze kritische Theorien als *fugitivity*, Flüchtigkeit, und frage mich, was es eigentlich bedeutet, konstant auf der Flucht zu sein. Von Jugendlichen aus den französischen Banlieues gibt es ein Banner, auf dem steht: »Theo und Adama erinnern uns daran, warum Zyed und Bouna wegliefen«. Adama kam durch die Polizei um, Theo wurde misshandelt, und Zyed und Bouna sind vor Polizeikontrollen geflohen und dabei zu Tode gekommen. Der Satz macht diese Ausweglosigkeit klar, dass sowohl das Wegrennen wie auch das Gefasst-Werden im Tod enden können. Die polizeiliche Anrufung schafft hier eben keine Rechtssubjekte, sondern sie vermittelt Geflüchteten, Migrant*innen und Post-Migrant*innen, Schwarzen/People of Color, trans*- oder nicht-binären Menschen, aber auch mittellosen oder wohnungslosen weißen Menschen, dass sie kein Anrecht auf Schutz haben.

Liegt im Wegrennen dennoch ein widerständiges Potenzial? Schließlich ist die Umwendung ja auch eine Unterwerfung.

Die Flüchtigkeit ist immer auch der Versuch, den gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien zu entkommen, ja. Es ist eine Bewegung aus der polizeilichen Ordnung hinaus und damit auch aus dem differenziellen Sicherheitsversprechen dieses Systems. Hier setzt der Abolitionismus an, der auf die Überwindung der Polizei zielt. Er fragt, welche anderen Formen des Schutzes und Füreinander-Sorgens aus dieser Flüchtigkeit heraus entwickelt werden konnten und können. Polizeikritik ist hier also immer auch Gesellschaftskritik. Denn *fugitivity* steht in der Schwarzen radikalen Theoriebildung auch für alternative Formen des Zusammenlebens und Wirtschaftens, etwa in den *maroon communities*, die von Menschen nach der Flucht aus amerikanischen Plantagen aufgebaut wurden. Natürlich kann man es trotzdem nicht romantisieren, das Wegrennen vor der Polizei. Das Nicht-atmen-Können, das Außer-Puste-Kommen, das »I can't breathe« ist eine Erfahrung, die körperlich spürbar und sozio-historisch tief in Schwarze und Schwarz-radikale Wissensbestände eingeschrieben ist.

Du beschreibst Polizeigewalt als eine kolonial geprägte Gewalt. Warum gilt das auch für Europa?

Das Polizieren war in den deutschen Kolonien wesentlich, um Regierung und Ausbeutung der Bevölkerung sicherzustellen. Die Kolonien waren gewissermaßen Laboratorien für polizeiliche Praktiken wie Arbeitscamps oder Versammlungsverbote. Diese Techniken wurden dann auch innerhalb Europas angewandt, um etwa die Roma-Bevölkerung zu kontrollieren und die Ausbeutung von Arbeitskräften zu ermöglichen. Hier müssen wir gerade in Deutschland die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus betrachten, wo bis heute Kontinuitäten bestehen. Mit der formalen Dekolonialisierung und durch die globale Arbeitsmigration kamen die kolonialen Kontinuitäten zunehmend auch innerhalb der europäischen Gesellschaften zur Geltung. Die Techniken und Strategien des Polizierens haben sich natürlich inzwischen verändert. Aber noch immer sind es besonders rassifizierte, migrantisierte und jüdische Körper, die keinen Schutz erfahren oder kriminalisiert werden.

Wie wehren sich Menschen gegen diese Gewalt?

Es gibt eine lange Geschichte des Widerstands auch in Europa. Besonders seit den 1960er und vor allem 1980er Jahren sehen wir in Großbritannien und Frankreich zahlreiche *rebellions*, die sich an Polizeigewalt entzünden. In Frankreich gab es ab Ende der 1950er Jahre die antikolonialen Solidaritätsbewegungen mit Algerien, die brutal niedergeschlagen wurden. In den 1980ern gab es die großen antirassistischen Demos. Jugendliche in den Banlieues begannen, sich selbst gegen Polizeigewalt zu organisieren, etwa in sogenannten Gangs, die natürlich wieder eigene Probleme mit sich bringen. In Deutschland haben sich viele, auch ich selbst, damals im kleinen Kreis, in Jugendzentren organisiert, um Polizeigewalt von sich wegzuhalten. Im Hamburger Polizeiskandal von 1990 organisierten sich Schwarze Menschen gegen polizeiliche Übergriffe und versuchten, Öffentlichkeit herzustellen. Dazu kommt die selbstorganisierte Bewegung von Geflüchteten, etwa die Kampagnen gegen die Residenzpflicht, die auch eine polizeiliche Maßnahme ist. Wie sich die Widerstände gegen *policing* im Kleinen und im Großen in Deutschland entwickelt haben, ist noch gar nicht ausreichend aufgearbeitet.

Zurück zur Polizei: Wieso ist es eigentlich so schwer, polizeiliche Gewalt zu kontrollieren?

Schon Walter Benjamin hat gezeigt, dass sich die Macht der Polizei verselbstständigt, weil sie nicht nur Recht durchsetzt, sondern auch setzt. Dieser interpretative Spielraum birgt die Gefahr des Machtmissbrauchs oder ist, besser gesagt, Teil ihrer Macht. Zudem gibt es einen eigenen Korpsgeist dieser Institution. Man versteht sich als explizit hierarchische Solidargemeinschaft und kapselt sich nach außen ab. Die Polizei ist aber nicht allein das Problem. Sie ist durchzogen von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und Diskursen. Stuart Hall hat das in »Policing the crisis« in Bezug auf Großbritannien gezeigt. Obwohl die Anzahl kleinerer Raubüberfälle gar nicht zugenommen hatte, wurden sie in der Krise plötzlich zum Politikum und Schwarze Jugendliche wurden verstärkt kontrolliert. Da hat sich eine rassistische Konjunktur in neue Polizeipraktiken übersetzt.

Ist eine Reform der Polizei unter diesen Umständen möglich? Wo müsste man ansetzen?
Ganz wichtig wäre als Erstes, die rechtlichen Grundlagen solcher Praktiken abzuschaffen: verdachtsunabhängige Kontrollen und sogenannte Gefahrenorte. Darüber hinaus ist die Forderung des *defunding* zentral, die in den USA diskutiert wird. Die Idee ist, alle Energie und Mittel in die Unterstützung der betroffenen Personen zu stecken und nicht in die Polizeiarbeit. Statt Bodycams und technischer Infrastruktur müssen wir die Strukturen der Unterstützung ausbauen. Wir müssen die Institutionen stärken, die eine Kontrolle der Polizei und soziale Teilhabe ermöglichen. Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist sicher ein Anfang, um sich gegen Diskriminierung durch Behörden zu wehren. Unabhängige Beschwerde- oder Ermittlungsstellen müssten erst geschaffen werden. Doch wir müssen noch weiter denken: Wo lassen sich Straftatbestände beseitigen, die der Kriminalisierung von Armut dienen? Die Legalisierung von Migration oder gewissen Betäubungsmitteln wäre ein Riesenschritt, um einer *prison abolition*, einer Ent-Kerkerung der Gesellschaft, näherzukommen. Auch hierzulande sitzt ein großer Teil der Inhaftierten wegen Betäubungsdelikten und unzählige wegen Armutsdelikten. Es geht bei Abolition um mehr als um Antidiskriminierung auf rechtlicher Ebene oder um eine Polizeireform. Es geht darum, Ressourcen umzuverteilen, die Betroffenen von Gewalt effektiv zu stärken und die gesellschaftlichen Beziehungen radikal zu transformieren.

Vielen macht die Forderung nach Abschaffung der Polizei Angst. Warum bedeutet eine Welt ohne Polizei nicht Chaos oder Rechtslosigkeit?
Für Menschen, denen die Polizei nie Sicherheit gebracht hat, stellt sich die Frage des Chaos so nicht. »Wer soll denn dann für Sicherheit sorgen?« – das fragen meist Menschen, in deren Alltag und in deren Viertel die Polizei kaum eine Rolle spielt, die nie kontrolliert werden und dennoch nicht im Chaos leben. Tatsache ist, dass die Polizei für die meisten marginalisierten Menschen eben keine Schutzinstanz ist, sondern eine der Gewalt. Wenn diese Gewalt aufhört, sind sie erst mal sicherer und es entsteht Raum für einen anderen Umgang mit Konflikten. Dafür ist zentral, dass Institutionen geschaffen werden, die die Sorge um das Leben ins Zentrum stellen und nicht dessen Kriminalisierung. Denn natürlich wird es weiterhin Konflikte geben, von sexualisierter Gewalt bis zu Armutsdelikten. Ein abolitionistischer Ansatz schaut: Was sind die Ursachen für solche Probleme und was hilft wirklich dagegen? Ansätze von Transformative Justice oder kollektiver Verantwortungsübernahme zielen auf eine Veränderung von Strukturen. Sie wurden von den Menschen entwickelt, die wussten, dass sie die Polizei im Notfall nicht anrufen können, weil es ihre Situation nur verschlimmert – migrantische, Schwarze und Women of Color sowie nicht-binäre Personen. Ihr Ansatz war, zuallererst die Betroffenen von Gewalt zu unterstützen. Was braucht die Person, die häusliche Gewalt erlebt, welche Ressourcen, welche Beratung? Wie will sie mit der Person umgehen, die Gewalt ausübt? Und wieso wird jemand eigentlich gewalttätig? Der Ansatz geht davon aus, dass wir alle in unterschied-

licher Art und Weise Gewalt erleben und ausüben, und fragt nach den Voraussetzungen von Sicherheit in den Communities, in denen Menschen leben. Es geht darum, diese Voraussetzungen zu schaffen, anstatt weiter materiell und subjektiv in Gewalt zu investieren.

Häufig wird kritisiert, dass Community-basierte Ansätze die Verantwortung auf die Einzelnen übertragen und dem Abbau des Sozialstaats Vorschub leisten.

Diese Kritik am neoliberalen Rückbau des Wohlfahrtsstaates ist essenziell. Genau mit ihr ging ja die Expansion des strafenden Staates einher, wie ihn Ruth Wilson Gilmore oder Loïc Wacquant beschrieben haben. Die marginalisierten Gruppen haben darunter am stärksten zu leiden und sind überproportional in den Gefängnissen vertreten. Aber der Punkt ist: Diese Gruppen wurden auch vom ›alten Sozialstaat‹ nicht aufgefangen. Er zog immer die Trennlinie zwischen den *deserving* und den *undeserving poor*, entlang von nationalstaatlichen Regelungen, Geschlechterrollen, Migrationsstatus. Dahin wollen wir nicht zurück, sondern müssen an diesen Leerstellen ansetzen und nach Alternativen suchen. Abolitionismus heißt nicht, die Lösung für alles zu haben. Wir wissen nicht genau, wie eine Welt ohne Polizei organisiert wäre. Aber wir wissen, dass Institutionen der Gewalt keine soziale Gerechtigkeit schaffen können, und von diesem Punkt aus können wir losgehen.

»Polizei abschaffen« – so eine Parole wird auf heftigen Gegenwind stoßen. Schon Kritik an der Polizei wird massiv angegriffen. Wie kann man die Debatte erfolgreich führen?

Es geht zunächst darum, sich auch als Linke aus einer polizeilichen Sichtweise herauszuarbeiten, die Perspektive zu wechseln. Wir müssen offensiv sagen, dass es kein Zurück zum nationalen Wohlfahrtsstaat geben kann. Wir müssen neue Wege gehen und an den vorhandenen Beispielen ansetzen: von den *maroons* bis zu Ansätzen von demokratischen Rätegemeinschaften oder Marinaleda in Spanien. Das Ziel ist Gerechtigkeit ohne Bestrafung und institutionelle Gewalt. Gesamtgesellschaftlich müssen wir genau das sprechbar machen: Abolition will nicht einfach nur abschaffen und Chaos stiften. *Defunding* will nicht nur Geld kürzen, sondern Geld umverteilen in Bereiche, von denen ein Großteil der Menschen profitiert: in sozialen Wohnungsbau, in Bildung, in soziale Absicherung. Allerdings darf man Abolition nicht darauf reduzieren. Wenn wir mehr Mittel in die Daseinsvorsorge stecken, müssen wir bedenken, dass auch deren Institutionen repressiv sein können. Auch im Bildungssystem, auf Jugendämtern oder in Beratungsstellen gibt es Diskriminierung. Mit der Reinvestition muss also eine Dekolonisierung einhergehen. Und ja, natürlich ist der politische Gegenwind massiv. Aber es gibt auch immer mehr Menschen, die sagen: Wir wollen Polizeigewalt nicht mehr akzeptieren, nicht gegen uns, nicht gegen andere. Wir wollen nicht in einer Welt leben, in der so viele Menschen einen frühzeitigen Tod fürchten müssen. Da gibt es Bewegung in vielen politischen Segmenten, und daran müssen wir jetzt weiterarbeiten.

Das Gespräch führte Hannah Schurian.

DEM NSU
AUF DER SPUR

EINE FOTODOKUMENTATION VON
PAULA MARKERT

Elf Jahre lang beging der NSU rechtsradikal motivierte Morde, denen zehn Menschen zum Opfer fielen. Erst 2011 endete mit der Entdeckung der Leichen der beiden Täter Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos die Mordserie und begann die Aufdeckung des NSU.

Die Hamburger Dokumentarfotografin Paula Markert reiste 2014 bis 2017 auf den Spuren der rechtsradikalen Terrorzelle durch Deutschland und dokumentierte Menschen und Orte, die mit dem NSU-Komplex in Verbindung stehen. Ihre Fotos von Tatorten stehen neben Porträts von Opfern, Anwält*innen und Institutionen. Sie bilden den Versuch, der Fassungslosigkeit, die die Verbrechen ausgelöst haben, einen visuellen Ausdruck zu verleihen. Wie sieht ein Land aus, in dem eine rechtsextreme terroristische Vereinigung ein Jahrzehnt lang morden konnte – und das unter den Augen des Verfassungsschutzes?

Wir veröffentlichen hier einen Ausschnitt aus Paula Markerts Fotodokumentation »Eine Reise durch Deutschland. Die Mordserie des NSU«, die 2019 bei Hartmann Books erschien.



»Kaktus«, Streetworker im ehemaligen Jugendzentrum Winzerclub. Hier lernte sich das NSU-Trio in den 1990er Jahren kennen. Der Sozialarbeiter und sein Team gerieten wegen ihrer akzeptierenden Jugendarbeit in die Kritik, mit der sie Räume für Rechtsradikale geschaffen haben sollen.
Winzerla, Jena

Nach der Durchsuchung einer von Beate Zschäpe angemieteten Garage am 26. Januar 1998, bei der die Polizei Propagandamaterial, Sprengstoff und halbfertige Rohrbomben fand, tauchte das Trio in den Untergrund ab. Garage 5. Garagenverein an der Kläranlage, Jena



Mario M., Kriminalbeamter, ab 1995 Mitglied der Soko REX (Sonderkommission Rechtsextremismus) in Thüringen, später Ermittlungsgruppe Terrorismus/Extremismus. Im Kloster St. Ottilien bereitete er sich auf seine Aussagen vor den NSU-Untersuchungsausschüssen von Bund und Ländern vor, mit denen er das LKA und das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen schwer belastete. Erzabtei St. Ottilien, Bayern



KONTROLLVERLUST
RECHTE NETZWERKE IN DEN SICHERHEITSBEHÖRDEN

MARTINA RENNER UND SEBASTIAN WEHRHAHN

Nordkreuz, NSU 2.0, Neukölln-Komplex – immer wieder sind Polizist*innen in rechten Netzwerken aktiv. Niemand weiß, wie groß das Problem eigentlich ist, denn eine systematische Aufklärung wird von den Behörden blockiert.

NORDKREUZ

Im Sommer 2017 machten Medienberichte erstmals auf ein Netzwerk von sogenannten Preppern aufmerksam, in dem sich überwiegend Männer auf den Zusammenbruch des Staates vorbereiten. Auch Polizisten und Soldaten sind Teil dieser rechtsradikalen Gruppe, die bei Ausbruch eines angenommenen Bürgerkriegs die Entführung und Ermordung von Linken plant. Ein verschlüsselter Telegram-Chat, der die Struktur des Netzwerks bildete, trug den Namen Nordkreuz. Analog existierten weitere Chatgruppen in Ost-, West- und Süddeutschland. Doch der Austausch fand nicht nur im digitalen Raum statt. Die Mitglieder verabredeten sich zu Schießübungen und sammelten Geld, um Munition, Vorräte und Ausrüstung für den »Tag X« zu kaufen. Die Gruppe verfügte auch über einen mobilen Operationssaal und eine gut ausgestattete Notunterkunft (vgl. Bennhold 2020).

Sechs Nordkreuz-Mitglieder stehen inzwischen im Fokus von Ermittlungen der Bundesanwaltschaft. Beschuldigt sind jedoch nur zwei von ihnen. Jan-Hendrik H. und Haik J. wird die »Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat« vorgeworfen (§ 89a StGB). Über den Anwalt Jan-Hendrik H. sagte der AfD-Politiker Holger Arppe: »Er hasst die Linken, hat einen gut gefüllten Waffenschrank in der Garage und lebt unter dem Motto: Wenn die Linken irgendwann völlig verrückt spielen, bin ich vorbereitet.« (Zit. nach *FAZ* vom 31.8.2017)[1] Dem Polizisten Haik J. wird unter anderem vorgeworfen, über seinen Dienstcomputer Meldedaten potenzieller Opfer recherchiert zu haben. Weder der Chat-Administrator Marko G. noch André S., ehemaliger KSK-Soldat und unter dem

Pseudonym »Hannibal« zentrale Figur in den bundesweiten Chatgruppen, gelten im Verfahren der Bundesanwaltschaft als Beschuldigte.[2] Ab drei Beschuldigten kann in einem solchen Verfahren auch wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt werden. Insofern stellt sich die Frage, ob es daran liegt, dass das Verfahren lediglich gegen zwei Beschuldigte geführt wird. Sollten in dem Netzwerk auch V-Leute von Geheimdiensten sein und diese gar maßgeblich an den strafrechtlich relevanten Vorgängen beteiligt, wäre möglicherweise das Verfahren bedroht.

Wie weit das rechte Netzwerk in den Polizeiapparat hineinreicht, zeigt das Beispiel eines Lokalpolitikers aus Ludwigslust. Nachdem er 2015 eine anonyme Morddrohung erhalten hatte, wendete er sich an die Polizei, die im Zuge einer Sicherheitsberatung eine Skizze seiner Wohnung anfertigte. Im Sommer 2019 wurde er als Zeuge polizeilich vorgeladen, weil er auf der Feindesliste von Nordkreuz geführt wird. Das wusste die Polizei zu diesem Zeitpunkt bereits seit knapp zwei Jahren, informiert wurde er jedoch erst nach öffentlichem Druck. Die Beamt*innen teilten ihm mit, dass sich in den Unterlagen, die die Rechten über ihn gesammelt hatten, auch ein Grundriss seiner Wohnung befindet. Es ist jene Skizze, die die Kolleg*innen vom polizeilichen Staatsschutz 2015 angefertigt hatten.

MARTINA RENNER ist Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im Bundestag und stellvertretende Vorsitzende der LINKEN. Sie ist Mitglied im Untersuchungsausschuss zum Anschlag auf den Breitscheidplatz und war auch im NSA-Untersuchungsausschuss.

SEBASTIAN WEHRHAHN studierte Philosophie und ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Martina Renner. Zuvor war er unter anderem für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin tätig.

NSU 2.0

Seit mehr als zwei Jahren erhalten vor allem Frauen, die sich öffentlich links und antirassistisch äußern, Drohbriefe, die mit NSU 2.0 unterschrieben sind. Regelmäßig finden sich in diesen Drohungen private Daten aus dem Umfeld der Bedrohten, die nicht öffentlich zugänglich sind. Der beabsichtigte Effekt ist klar: Einschüchterung.

Die Vermutung liegt nahe, dass das Netzwerk der Täter*innen in den Polizeiapparat hineinreicht und sich über mehrere Bundesländer erstreckt. Die Anwältin Seda Başay-Yıldız beispielsweise erhielt die erste Drohung an dem Tag, an dem in einem Frankfurter Polizeirevier ihre Daten abgerufen wurden. Auf dem Handy der Polizistin, die dafür mutmaßlich verantwortlich ist, finden sich rassistische Nachrichten, die sie mit Kolleg*innen austauschte. Einer von ihnen gilt als tatverdächtig, die Drohungen an Başay-Yıldız verschickt zu haben. Auch in den Fällen der Künstlerin Idil Baydar und des*der Autor*in Hengameh Yaghoobifarah wurden kurz vor dem Eintreffen der Drohungen persönliche Daten von Polizist*innen in Wiesbaden, Hamburg und Berlin abgefragt (vgl. Erb u. a. 2020).

Trotz offensichtlicher Hinweise konnten jedoch nach mehr als zwei Jahren keine Täter*innen ermittelt werden – vielleicht auch deshalb, weil die Fälle von den Landeskriminalämtern (LKA) Berlin und Hessen bearbeitet werden und nicht vom Bundeskriminalamt. Ermittlungen im kollegialen Umfeld sind nachweislich weniger erfolgreich (vgl. Flörsheimer in diesem Heft).

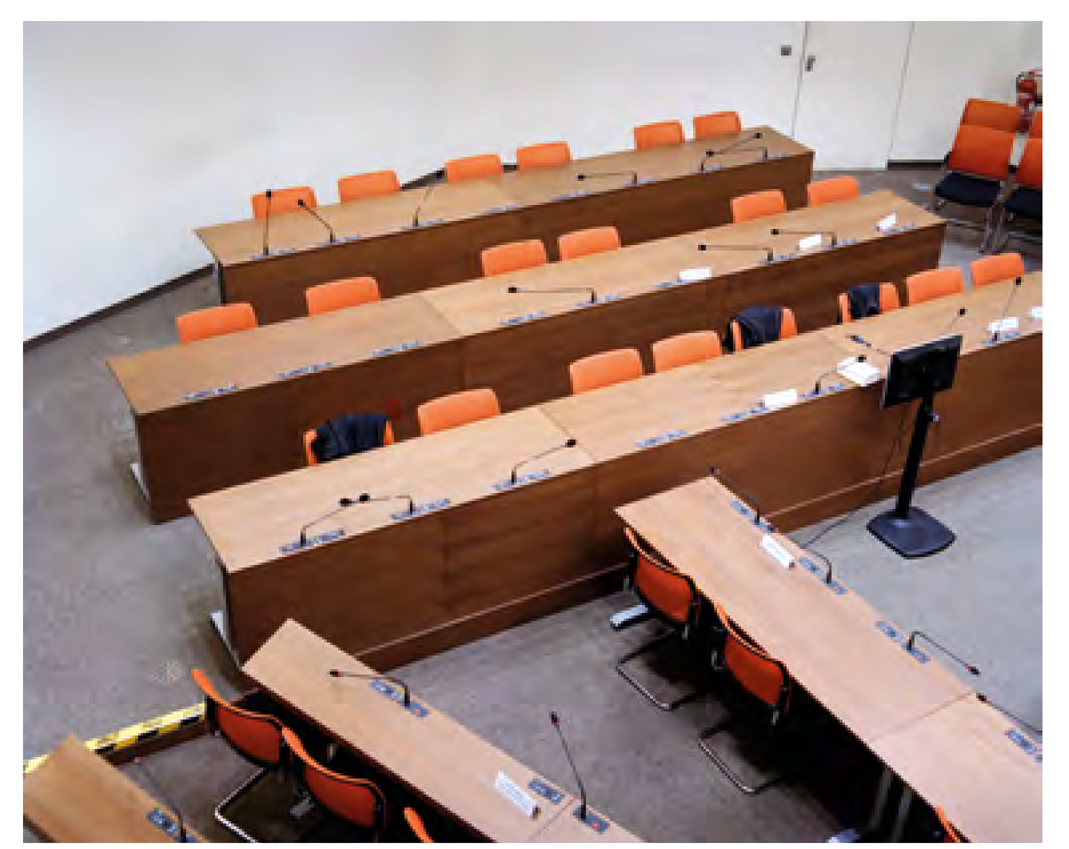
DER NEUKÖLLN-KOMPLEX

Die Drohbriefe des NSU 2.0 sind jedoch nicht der einzige Fall, der ein schlechtes Licht auf das Berliner LKA wirft. Auch im Zuge der Ermittlungen zu einer Serie von rechten Bedrohungen und Brandstiftungen gegen Linke und antirassistisch Engagierte im Berliner Bezirk Neukölln gibt es Hinweise, dass die Täter*innen über Kontakte zum Polizeiapparat verfügen. So wurde im Rahmen des Bundestags-Untersuchungsausschusses zum Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz bekannt, dass Detlef M., Polizist und AfD-Mitglied, Ermittlungsinterna an eine Gruppe Gleichgesinnter weitergegeben haben soll – darunter auch Tilo P., einer der Hauptverdächtigen in der Anschlagsserie.

Der zweite Hauptverdächtige, Sebastian T., wurde wiederum 2018 von Beamt*innen des Berliner Verfassungsschutzes bei einem Treffen mit mehreren Personen in einer Kneipe beobachtet. Unter den Personen befand sich laut Geheimdienst auch ein Polizist des Berliner LKA, der unter anderem für Observationen zuständig ist. Möglicherweise wurden die Neonazis von dem Polizisten gewarnt, vielleicht wurden sie mit sensiblen Informationen versorgt. Die Polizei und der betreffende Beamte bestreiten das Treffen, eine Durchsuchung seiner Wohnung wurde mehrfach richterlich abgelehnt.

Wenige Wochen zuvor brannte in Neukölln das Auto des LINKEN-Politikers Ferat Kocak (vgl. Gespräch in diesem Heft). Dass dieser von Neonazis ausspioniert wurde, wussten Berliner Verfassungsschutz und LKA, weil der Geheimdienst ein entsprechendes Telefonat der Neonazis mitangehört hatte. Doch Kocak wurde weder gewarnt noch geschützt. Dass er und seine Eltern unverletzt blieben und das Feuer nicht auf die Gasleitung des Hauses übergriff, in dem die Familie zum Zeitpunkt des Anschlags schlief, ist nur Kocaks schneller Reaktion und dem Glück zu verdanken (vgl. Middelhof u. a. 2020).

Sympathisant*innen des rechten Terrors sollten jedoch nicht nur in der Polizei gesucht werden. Die Auswertung eines Gruppenchats, in dem der Neonazi Tilo P. über eine Vernehmung durch einen leitenden Berliner Staats-



Vom 6. Mai 2013 bis zum 11. Juli 2018 fand vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München der NSU-Prozess statt. Anklagebank, Schwurgerichtssaal 101, Oberlandesgericht München



Thomas Bliwier und Doris Dierbach, Anwälte der Nebenklage der Familie von Halit Yozgat, ermordet am 6. April 2006 in Kassel. Hotel Erzgießerei. Erzgießereistraße, München

anwalt berichtet, zeigt, dass auch die Justiz in den Blick genommen werden muss. P. versichert darin seinen Mitstreiter*innen, dass von diesem Staatsanwalt nichts zu befürchten sei. Er habe durchblicken lassen, die AfD zu unterstützen.

Auch im Neukölln-Komplex spielen Datenabfragen durch die Polizei eventuell eine Rolle. Zu zwei Betroffenen der Anschlagsserie wurden Daten von Polizeicomputern abgerufen – darunter in zwei Fällen von Beamt*innen des Staatsschutzes. Eine Erklärung für die Abfragen konnte das LKA bislang nicht liefern und selbst gegenüber der Berliner Datenschutzbeauftragten weigert sich die Polizei, ihrer gesetzlichen Pflicht zur Zusammenarbeit nachzukommen und die Abfragen zu erläutern (vgl. Betschka/Fröhlich 2020).

All das begründet ein wachsendes Misstrauen gegen die Polizei und wirft die Frage auf, ob sich nicht genau das ereignet, was ein rechter Polizist in Drohbriefen an Berliner Linke 2017 angekündigt hatte: die Weitergabe privater Daten durch Polizist*innen an Neonazis.[3]

SCHATTENARMEE ODER EINZELFÄLLE?

So wenig es sich um Einzelfälle ohne systematische Bedeutung handelt, so wenig haben wir es bisher mit dem koordinierten Versuch eines Staatsstreiches zu tun. Die bekannt gewordenen Fälle legen eher nahe, dass es sich um lose verbundene Netzwerke handelt, die aber durchaus Absichten verfolgen, die einem Staatsstreich nahekommen. Keineswegs geht es bei den Plänen von Nordkreuz und anderen nur um Vorbereitungen auf einen imaginären Notfall. Sie deponieren Waffen und Munition, um im richtigen Moment schlagkräftig zu sein. Der Übergang zu Aktionen, die darauf zielen, einen Bürgerkrieg zu provozieren, ist fließend. Das zeigt auch das Beispiel von Franco Albrecht, einem Bundeswehr-Oberleutnant, der im Kontakt zum Nordkreuz-Netzwerk stand und plante, unter der falschen Identität eines Flüchtlings einen schweren Anschlag zu begehen, um die gesellschaftliche Stimmung zuzuspitzen.[4] Solche Pläne sind nicht neu, sondern finden sich immer wieder in der Geschichte der extremen Rechten (vgl. Rigoll in diesem Heft). Der schwerste Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik, das Attentat auf das Oktoberfest im September 1980, hatte eine solche Eskalation zum Ziel. Auch die Idee vom »Tag X«, vom Bürgerkrieg als Ausnahmezustand, war schon immer ein Fixpunkt der extremen Rechten. Die Drohung des Untergangs legitimiert die Wahl brutalster Mittel.

Dass solche Netzwerke in den letzten Jahren zunehmen, ist Zeichen eines Rechtsrucks in den Behörden und damit Ausdruck eines gesellschaftlich verbreiteten Rassismus, den wir auch auf anderen Feldern beobachten können: In den Parlamenten wird diese Bewegung durch die AfD verkörpert, in der öffentlichen Debatte wird sie dadurch gestützt, dass Protagonist*innen der extremen Rechten in Talkshows und Interviews viel Raum erhalten. Auf dem Feld des Terrorismus erleben wir seit 2019 eine ungeheure Ballung rechter Anschläge. Wesentlich an diesem Rechtsruck insbesondere in den Behörden ist, dass er nicht nur von Leuten getragen wird, die sich selbst als nationalsozialistisch verstehen. Es handelt sich vielmehr um Soldaten, Polizisten, Staatsanwälte (überwiegend Männer), die



Polizistinnen sichern die Straße. Anlässlich des zehnten Jahrestages des Nagelbomben-Attentats vom 9. Juni 2004 besucht der damalige Bundespräsident Joachim Gauck während der Gedenkveranstaltung »Birlikte« den Tatort. Keupstraße, Köln-Mühlheim



Hatice Taşköprü, Mutter von Süleyman Taşköprü, dem dritten Mordopfers des NSU, bei der Zeremonie zur Umbenennung des nördlichen Teils der Kohlentwiete, Hamburg Altona, im Sommer 2014. Taşköprüstraße, Hamburg

der rechten Erzählung vom Kontrollverlust nach 2015 anhängen. Sie teilen die Vorstellung, die Kanzlerin habe damals »einem Strom« geflüchteter Menschen die Grenzen geöffnet und so die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet. Dieses ebenso falsche wie wirkmächtige Narrativ ist zum Kristallisationspunkt einer Strömung geworden, die sich von demokratischen Grundrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien abwendet. An ihre Stelle tritt Selbstjustiz, ein Handeln, das als Notwehr verstanden und durch die Absicht legitimiert wird, das deutsche Volk vor seinem Untergang zu retten.

Verschärfend kommt eine ohnehin schon ungenügende Verankerung demokratischer Kultur in Polizei und Bundeswehr hinzu, gesteigerter Nationalismus, Hang zu Autorität, ein gefährlicher Korpsgeist, der Kritik als Verrat brandmarkt und jede Veränderung zum Besseren blockiert, sowie eine verhängnisvolle Vorstellung von Männlichkeit (vgl. Autor*innenkollektiv Fem. Intervention in diesem Heft). Diese Bedingungen werden immer wieder Strukturen wie die eingangs beschriebenen hervorbringen – und Männer, die zu schweren Gewalttaten fähig sind, wenn die Umstände es zulassen.

WAS TUN?

Zu den diskursiven Gewinnen der letzten Jahre zählt, dass die Strategie, derartige Vorkommnisse als Einzelfälle zu etikettieren, nicht einmal mehr von den Vertreter*innen der Sicherheitsbehörden verfolgt wird. Die Praxis entspricht jedoch weiterhin dem geübten Umgang. In den seltensten Fällen erfahren die leitenden Verantwortlichen Konsequenzen für ihr Versäumnis, solche Entwicklungen nicht erkannt und gestoppt zu haben. Anstrengungen, das Ausmaß der Demokratiefeindschaft in den Apparaten überhaupt zu erforschen, werden von höchster Ebene verhindert. Die von der SPD im Oktober als Kompromiss angekündigte Studie wird weder rechte Einstellungen noch strukturellen Rassismus untersuchen. Die Aussage, es werde um den polizeilichen Alltag gehen und um die Frage, inwieweit der Kontakt mit bestimmten Bevölkerungsgruppen bestimmte Einstellungen befördere, lässt befürchten, dass diese Untersuchung eher auf die Rechtfertigung rassistischer Praktiken hinauslaufen wird.

Ein echter Wandel müsste an der Erkenntnis ansetzen, dass Beamt*innen und Soldat*innen, die Todeslisten anlegen, Drohbriefe verschicken und Munition und Waffen entwenden, um einen Umsturz vorzubereiten, der Demokratie und dem Rechtsstaat den Krieg erklärt haben. Diese Kriegserklärung müsste ernst genommen und beantwortet werden. Polizei und Bundeswehr verfügen über ein beträchtliches Arsenal an Disziplinierungsmitteln. Bislang gelten jedoch vor allem diejenigen als Problem, die auf Missstände aufmerksam machen. Es ist entscheidend, dass auch diejenigen in den Blick genommen werden, die nicht widersprechen und beispielsweise rechte und rassistische Nachrichten unter Kolleg*innen nicht melden.

Dass sich immer mehr Politiker*innen für eine Einstellungsuntersuchung in Polizei und Militär aussprechen, ist gut. Die letzten Studien dieser Art liegen lange zurück. Zu fordern wären auch Untersuchungen über strukturellen Rassismus. Dabei geht es nicht mehr darum, diesen festzustellen. Das haben

Organisationen wie die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland oder das Deutsche Institut für Menschenrechte seit Jahren getan. Vielmehr ginge es darum, Möglichkeiten zu identifizieren, wie diese Strukturen verändert werden können.

Die LINKE fordert unter anderem die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle mit Ermittlungs- und Aufsichtskompetenzen, an die sich Opfer rassistischer Polizeigewalt, aber auch Polizist*innen, die Verstöße bemerken, wenden können. Dass solche Stellen nicht nur zur Dokumentation von Missständen dienen, zeigt ein Blick nach Großbritannien. Dort kann das Independent Office for Police Conduct selbst Ermittlungen gegen Polizist*innen führen oder polizeiliche Ermittlungen begleiten. Auch beaufsichtigt diese Behörde sämtliche Einheiten, die für interne Ermittlungen in der Polizei zuständig sind. Fälle, bei denen Menschen in polizeilichem Gewahrsam sterben oder schwer verletzt werden, werden automatisch von dieser Behörde untersucht. Eine Beschwerdestelle für die Bundesrepublik sollte außerdem befugt sein, »unabhängig von individuellen Beschwerden von ihr identifizierte systemische Mängel [zu] untersuchen, die diskriminierendes oder unverhältnismäßiges Verhalten befördern«. Und sie sollte dem Bundestag jährlich Bericht erstatten.[5]

Auch der Defunding-Ansatz, der im Zuge der Black-Lives-Matter-Proteste große Bekanntheit erlangte, verdient eine gründliche Prüfung (vgl. Brazzell in diesem Heft). Zu klären wäre hier insbesondere, wie nicht nur die Umverteilung von Geldern, sondern auch von Befugnissen und damit verbundener gesellschaftlicher Anerkennung von der Polizei hin zu anderen Berufsgruppen, beispielsweise im Bereich der sozialen Arbeit, zu erreichen wäre.

All das wird nicht aus den Apparaten heraus verfolgt und von keiner Bundesregierung aus freien Stücken angeschoben werden. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass es des gesellschaftlichen Drucks durch kritischen Journalismus, antifaschistische Recherche und linke Opposition bedarf, damit sich die Verantwortlichen zum Handeln genötigt sehen. Diesen Druck müssen wir erhöhen.

LITERATUR

Bennhold, Katrin, 2020: Body Bags and Enemy Lists: How Far-Right Police Officers and Ex-Soldiers Planned for »Day X«, in: New York Times, 1.8.2020

Betschka, Julius/Fröhlich, Alexander, 2020: LKA-Staatsschützer riefen Daten späterer Opfer rechter Morddrohung ab, in: Der Tagesspiegel, 14.8.2020

Erb, Sebastian u. a., 2020: Wer steckt hinter »NSU 2.0«?, in: die tageszeitung, 5.9.2020

Middelhof, Bernd/Stark, Holger/Kempkens, Sebastian, 2020: Flächenbrand. Rechtsextreme Anschlagsserie in Berlin, in: Zeit Online, 2.9.2020

1 Vgl. www.faz.net/aktuell/politik/inland/mecklenburg-vorpommern-afd-fraktionsvize-arppe-tritt-zurueck-15177753.html.

2 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE »Ermittlungen gegen mutmaßliche rechtsterroristische Vereinigungen« (http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/011/1901130.pdf).

3 Vgl. www.rbb-online.de/kontraste/pressemeldungen-texte/drohbriefe-eines-berliner-polizisten--hatte-er-helfer-.html.

4 Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE »Rechte Netzwerke in Polizei und Bundeswehr – Erkenntnisse zu Franco A., Nordkreuz & Uniter e. V.« (http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/173/1917340.pdf).

5 Vgl. Antrag der Fraktion DIE LINKE »Unabhängige Polizeibeschwerdestelle auf Bundesebene einrichten« (https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/071/1907119.pdf).

WEIMARER VERHÄLTNISSE?
RECHTE GEWALT IM HISTORISCHEN VERGLEICH

GERD WIEGEL

Wir erleben eine rapide Entgrenzung rechter Gewalt. Eine Analyse der Weimarer Republik hilft, den Blick für die heutige Gefahr zu schärfen.

Von einer »Blutspur des Rechtsextremismus« sprach Innenminister Horst Seehofer (Die Welt, 22.2.20) anlässlich des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau im Februar 2020. Der Täter ermordete neun Menschen mit Migrationshintergrund und erschoss anschließend seine Mutter und sich selbst. Dieses Attentat war der vorläufige Schlusspunkt einer Anschlagsserie, die 2019 begann und bei der der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke umgebracht wurde. Zudem erschoss ein Rechtsterrorist beim Versuch, ein Massaker in der Synagoge von Halle anzurichten, zwei Menschen und verletzte weitere zum Teil schwer (vgl. Feist/Tekin in diesem Heft).

Gewalt ist ein prägendes Kennzeichen der extremen Rechten, wenngleich nicht alle Strömungen selbst Gewalt anwenden oder propagieren. Für den historischen Faschismus war Gewalt ein Wesensmerkmal. Ein ausgeprägter Männlichkeitskult ist für die Rechte genauso kennzeichnend wie die Entmenschlichung des politischen Gegners und des antisemitisch oder rassistisch definierten Feindes. Schon damit ist immer die Möglichkeit des Umschlags verbaler in physische Gewalt verbunden.

Gegenwärtig lässt sich von einer rapiden Entgrenzung rechter Gewalt sprechen, deren Träger*innen und Propagandist*innen bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. Gewaltbereite Akteure werden dann ermutigt, wenn sie nur auf eine schwache Reaktion des Staates und auf wenig Widerstand in der Gesellschaft treffen. Haben sie gar einen erfolgreichen (partei-)politischen Akteur an ihrer Seite, der verbale Vorlagen liefert und sie durch sprachliche Markierung der »Feinde« anstachelt, können Gewalt und Terror schnell eine demokratiegefährdende Qualität erreichen.

Vor dem Hintergrund der Weimarer Erfahrungen befasst sich der folgende Beitrag mit den verschiedenen Facetten der aktuellen Gewaltwelle. Kann sie den demokratischen Staat und die ihn umgebende Zivilgesellschaft nachhaltig erschüttern und sogar zerstören? Es soll weder um eine leichtfertige Gleichsetzung noch um Entwarnung gehen. Durch die Gegenüberstellung geraten vielmehr Gemeinsamkeiten und Unterschiede heutiger Gefährdungen – auch hinsichtlich ihrer politischen Bearbeitung – genauer in den Blick.

GERD WIEGEL ist Politikwissenschaftler und Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. Er arbeitet seit Jahren zur extremen und populistischen Rechten in Deutschland und Europa und veröffentlicht hierzu regelmäßig in linken Zeitschriften.

WEIMARER VERHÄLTNISSE

Gewalt und Gewalterfahrung standen am Anfang der Weimarer Republik. Nach dem Ersten Weltkrieg, der vier Jahre anhielt und durch bis dahin unvorstellbare Gräueltaten hervorstach, konnte auch die erste Demokratie in Deutschland die Militarisierung in Teilen der Gesellschaft nicht überwinden. Im Gegenteil: Eine virile, chauvinistische und präfaschistische Form der Gewalt prägte den Beginn der Republik und war auch an ihrem Ende nach nur zwölf Jahren beteiligt.

Entscheidend dafür, dass die Gewalt von rechts die Grundlagen der Republik untergraben konnte, waren insbesondere vier Faktoren: erstens ihre massenhafte Verbreitung zunächst im Rahmen der republikfeindlichen Freikorps, später in Form von präfaschistischen paramilitärischen Massenorganisationen; zweitens die weitgehende staatliche Tolerierung der Gewalt von rechts durch Justiz, staatliche Sicherheitsbehörden und Teile der Politik; drittens die Durchdringung des Staatsapparates mit demokratiefeindlichen Kräften und schließlich viertens die Bereitschaft bürgerlich-konservativer Kräfte, ein Bündnis mit dem gewaltbereiten Faschismus einzugehen.

Ein brutaler Massenterror der Freikorps zwischen 1919 und 1922 kennzeichnete den Beginn der Weimarer Republik. Der irische Historiker Mark Jones (2017, 336) beschreibt in seiner Darstellung der Gewalterfahrung der

Weimarer Republik diese entgrenzte Gewalt von rechts als »Teil des Gründungsaktes der Weimarer Republik« und sieht hier Kontinuitäten zur faschistischen Gewalt nach 1933. Nach dem gescheiterten Kapp-Putsch entwickelte sich ein Terror von rechts, der auf die politische Linke sowie auf Repräsentanten des demokratischen Staates abzielte. Die Ermordungen des Finanzministers Matthias Erzberger (1921) und des Außenministers Walther Rathenau (1922) durch die *Organisation Consul* waren Ausdruck des unbedingten Willens der organisierten Rechten, Republik und Demokratie mit allen Mitteln zu beseitigen.

Auch wenn zum Beispiel die *Organisation Consul* 1922 verboten wurde, hielten Teile der konservativen Eliten der Weimarer Republik ihre schützende Hand über die extreme Rechte. Die teilweise lächerlichen Urteile gegen rechte Gewalttäter kamen geradezu einer Aufforderung gleich, die Aktivitäten fortzusetzen.

Die Durchdringung des neuen Staates mit Feinden der Republik eröffnete einer militarisierten und gewalttätigen Rechten alle Möglichkeiten, sich zu organisieren, den Kampf gegen links und gegen die Demokratie auf die Straße zu tragen und ihre Ziele mit Gewalt und Terror zu verfolgen. Paramilitärische und gewaltaffine Massenorganisationen der Rechten wie der *Stahlhelm*, der bis zu 400 000 Mitglieder hatte, wurden nicht nur geduldet, Reichspräsident Hindenburg selbst war Ehrenmitglied einer solchen Organisation.

Seit 1921 organisierte die NSDAP eine gewaltbereite paramilitärische Gruppe: die Sturmabteilung (SA), die schnell von wenigen Hundert Mitgliedern auf mehr als 10 000 Mitte der 1920er Jahre und bis 1932 auf fast 500 000 anwuchs. Dieser faschistische Kampfbund war für den größten Teil der rechten Gewalt verantwortlich und eine direkte Bedrohung für die Republik. Neben politischen Gegner*innen richtete sie sich auch gegen Jüdinnen und Juden. Sven Reichardt (2002) belegt in seiner Darstellung faschistischer Kampfbünde die Ausweitung der Straßengewalt am Ende der Weimarer Republik. Die Militarisierung der extremen Rechten hatte auch zu einer Militarisierung aufseiten der Linken geführt, was die Bilanz der Gewaltopfer in die Höhe trieb. Schließlich suchten wichtige Teile der bürgerlichen Eliten aus Wirtschaft, Politik und Militär in der Krisenphase ab 1930 nach einer autoritären Lösung, bei der sie auch vor dem Bündnis mit dem Faschismus nicht zurückschreckten.

RECHTSTERRORISMUS UND GEWALTWELLEN VON RECHTS HEUTE

Die Bundesrepublik ist nicht Weimar, und doch lassen sich aktuell Tendenzen und Entwicklungen ausmachen, die besorgniserregend sind und die Frage nach einer Destabilisierung der liberalen Demokratie aufwerfen. Die Geschichte rechter Gewalt und der Umgang mit ihr können hier ein Indikator sein.

Zunächst ist die Geschichte der Bundesrepublik auch eine Geschichte rechtsterroristischer und anderer Formen rechter Gewalt (Quent u. a. 2019). Das Oktoberfestattentat 1980, die antisemitischen Morde am Verleger und Rabbiner Shlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke, die tödlichen Anschläge von Mölln und Solingen, die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und anderswo – diese Blutspur der extremen Rechten wurde jedoch

über Jahrzehnte vernachlässigt und führte nicht dazu, rechte Gewalt als eine Bedrohung in der Bundesrepublik anzusehen. Erst die mit der Selbstenttarnung des NSU bekannt gewordene und 13 Jahre unaufgeklärt gebliebene rassistische Mordserie einer rechtsterroristischen Vereinigung hat zu einer nachhaltigen Verunsicherung geführt und das Thema stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die 187 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 (vgl. Jansen et al.) blieben vom Staat und seinen Repräsentant*innen in der Regel unbeachtet, die Taten wurden entpolitisiert und die Zahlen systematisch kleingerechnet. Die Aufdeckung des NSU-Komplexes markierte insofern eine Veränderung, als jetzt der Staat und sein Handeln – oder vielmehr Nichthandeln – stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerieten. Seit Mitte der 2010er Jahre hat sich der Charakter rechter Gewalt jedoch gewandelt, ein Wandel, der als Diversifizierung zu beschreiben ist.

DIVERSIFIZIERUNG RECHTER GEWALT

Rassistische Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund bildet einen Schwerpunkt der Gewalt von rechts. Deshalb überrascht es nicht, dass seit dem massiven Anstieg der Zahl der Geflüchteten 2015 auch ein massiver Anstieg rechter und rassistischer Gewalt zu verzeichnen ist. Straftaten gegen Geflüchtete, aber auch physische Angriffe, Brand- und Sprengstoffanschläge auf Unterkünfte für Asylbewerber*innen erreichten 2015/16 einen neuen Höchststand.

Wurde rechte Gewalt bisher als Phänomen einer eng umrissenen und isolierten Gruppe am Rande der Gesellschaft definiert, so zeigt die Welle rechter Gewalt ab 2015, dass das von Staat und Sicherheitsbehörden propagierte Extremismus-Paradigma nicht mehr in der Lage ist, das Geschehen adäquat abzubilden. Mit dem Aufstieg der AfD und der Etablierung einer rassistischen Straßenbewegung in Form von Pegida fand eine Ausbreitung rechter Gewalt über den Kreis der organisierten radikalen Rechten hinaus statt. Im Verfassungsschutzbericht 2015 heißt es, diese »fremdenfeindliche Gewalt wird auch von Personen außerhalb rechtsextremistischer Strukturen verübt«. Auch eine Ausweitung ihrer Ziele auf Journalist*innen, Flüchtlingshelfer*innen, Polizist*innen und Politiker*innen wird konstatiert. Weiter heißt es: »Die Anti-Asyl-Agitation schafft einen Resonanzboden für rechtsextremistische Ideologiefragmente (Enttabuisierung). Rechtsextremistische Protagonisten sind teilweise integraler Teil der Proteste. Damit wird an vielen Orten ein Nährboden verfassungsfeindlicher Agitation etabliert. Der Rechtsextremismus gewinnt an Anschlussfähigkeit.« (Bundesministerium des Innern 2016, 40ff.)

Zahlreiche Anschläge beispielsweise gegen Flüchtlingsunterkünfte wurden in dieser Zeit von Täter*innen ohne jede organisatorische Anbindung an die extreme Rechte verübt. Damit zeigt sich ein Bild auch aktueller rechtsterroristischer Täter*innen, die ideologisch zur extremen Rechten gehören, ohne jedoch organisatorisch in diese Szene eingebunden zu sein, bzw. nur eine rein virtuelle Anbindung über das Internet haben.

Aber auch bezüglich der potenziellen Opfer ist eine Diversifizierung und Ausbreitung rechter Gewalt in dieser Phase festzustellen. Neben den rassistisch und antisemitisch definierten »Feinden« werden nun auch die vermeintlich politisch Verantwortlichen in den

staatlichen Institutionen ins Visier genommen: Die versuchten Morde an der Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker 2015 und dem CDU-Politiker Andreas Hollstein 2017, die Brand- und Sprengstoffanschläge auf Häuser und Autos zahlreicher Politiker*innen und schließlich der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke 2019 stehen dafür. Das politische Attentat als Fanal spielt damit wieder eine Rolle und ist Ausdruck eines gestiegenen Selbstbewusstseins dieser Szene, die Gewalt jetzt direkt gegen den demokratischen Staat richtet.

EINSICKERN IN STAATLICHE SICHERHEITSBEHÖRDEN

Diese ideologische und organisatorische Ausbreitung wird schlagend dadurch veranschaulicht, dass die Sicherheitsbehörden zunehmend von Anhänger*innen der extremen Rechten durchdrungen werden. Seit 2016 gibt es vermehrt Gruppen im Umfeld der extremen Rechten, die Vorbereitungen für einen möglichen Bürgerkrieg oder einen als »Tag X« imaginierten Umsturz treffen, zu denen auch Angehörige aus Polizei und Bundeswehr gehören (vgl. Renner/Wehrhahn in diesem Heft).

Die Nähe von Angehörigen der Sicherheitsbehörden zur extremen Rechten ist nicht neu und lässt sich in der Geschichte der Bundesrepublik vielfach nachweisen. Mit den generellen Geländegewinnen der extremen Rechten ist entsprechend auch eine Ausweitung dieses Problems in den Sicherheitsbehörden zu verzeichnen. Die konkreten Vorbereitungen auf einen »Bürgerkrieg« lassen jedoch eine neue Qualität erkennen.

Der offene Bezug oder gar der Übergang von relevanten Teilen der Angehörigen der Funktionseliten – insbesondere des staatlichen Sicherheitsapparats – zur extremen Rechten müsste als ein Alarmsignal für die Demokratie wahrgenommen werden. In Weimar waren die Feinde der Republik bis in die Spitzen des Staates hinein mit der extremen Rechten verbandelt. Davon kann in der Bundesrepublik gegenwärtig nicht die Rede sein. Eine Figur wie der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans Georg Maaßen ist jedoch Indiz für einen Konservatismus, der die Hürden zu extremen Rechten recht niedrig hält. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer sieht die aktuelle Gewalteskalation der extremen Rechten entsprechend als Ausdruck einer Gefährdung der Demokratie (vgl. Freiheit u. a. auf *LuXemburg Online*).

RECHTE GEWALT DAMALS UND HEUTE: GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE

Nimmt man noch einmal die oben genannten Punkte in den Blick, die die Zerstörung der Weimarer Republik durch eine gewaltbereite extreme Rechte befördert haben, so lassen sich klare Unterschiede, aber auch beunruhigende Tendenzen ausmachen.

1 // Extrem rechte und faschistische Massenorganisationen waren ein Kennzeichen von Weimar, mit denen politische Kämpfe immer wieder militarisiert wurden. Von solchen gewaltbereiten Massenorganisationen der extremen Rechten kann heute keine Rede sein. Die Vorstellung, der Bundespräsident könne Ehrenmitglied einer republikfeindlichen Miliz sein, ist einigermaßen abenteuerlich. Dennoch lässt sich eine Ausweitung rechter Gewalt über den engen Kreis einer militanten Rechten hinaus beobachten, die ganz unterschiedliche Gruppen trifft. Die Ziele der aktuellen Gewalt spiegeln dabei die

Erfahrungen von Weimar: rassistisch und antisemitisch definierte »Andere«, Linke, politische Repräsentant*innen des Staates. Der Antifeminismus spielt heute eine deutlich größere Rolle. Am besorgniserregendsten ist, wie sich die Gewalt heute entgrenzt und diversifiziert. Radikalisierungen, die bis zu rechtsterroristischen Anschlägen führen, verlaufen heute völlig anders. So kann das Video eines Täters aus Neuseeland einen Rassisten in Halle zur Tat animieren. Das Internet ist hier ein ungeheurer Beschleuniger auch für rechte Gewalt.

2 // Ignoranz, Bagatellisierung und Verharmlosung rechter Gewalt sind kennzeichnend für die Geschichte der Bundesrepublik. Zahlreiche Urteile gegen rechte Gewalttäter*innen sind eher eine Verhöhnung der Opfer als eine Abschreckung für die Täter*innen. Und selbst dort, wo es eine gesellschaftliche und politische Anteilnahme, wie bei den Opfern der NSU-Mord- und Anschlagsserie gab, sind staatliche Sicherheitsbehörden nicht in der Lage oder nicht willens, das Netzwerk der rechten Gewalt in seinem gesamten Umfang aufzuklären. Ähnliches zeichnet sich aktuell beim Prozess zum Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ab.

3 // Sympathien, Zwielichtigkeiten oder gar der Übergang von Teilen des Staatapparates zur extremen Rechten sind ein klares Alarmsignal. Auch wenn die Bundesrepublik ohne Zweifel weit von der Instabilität der Weimarer Republik entfernt ist, so zeigt die Entwicklung der letzten Jahre doch Risse und Bruchstellen. Mit der AfD hat sich eine Partei der extremen Rechten auf allen Ebenen des Parlamentarismus verankert. In bisher ungekannter Weise befeuert sie Ressentiments und auch Gewaltfantasien der extremen Rechten und findet in Teilen der Sicherheitsbehörden großen Anklang. Die Zunahme der Gewaltbereitschaft auch jenseits des engen Feldes der organisierten radikalen Rechten und das verstärkte Einsickern einer solchen Haltung in Teile des Sicherheitsapparates sind offensichtlich auch für die politische Klasse Alarmsignale.

4 // Extreme Rechte und bürgerliche Eliten standen am Anfang und am Ende von Weimar gemeinsam gegen die Republik. Während in Weimar maßgebliche Teile der Eliten aktiv an der Beseitigung von Demokratie und Republik arbeiteten, begreift die Bourgeoisie heute die Bundesrepublik und ihr politisches System als ihren Staat. Insofern fehlt der Gewalt von rechts ein zentrales Element für einen erfolgreichen Angriff auf das Fundament des Staates. Mit der AfD und einer in Teilen bürgerlichen rassistischen Straßenbewegung ist die extreme Rechte jedoch anschlussfähiger gegenüber der politischen Mitte geworden. Die Zusammenarbeit von CDU, FDP und AfD in Thüringen hat gezeigt, dass vermeintliche Gräben schnell zugeschüttet werden können.

LITERATUR

Bundesministerium des Innern, 2016: Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015, Berlin

Jones, Mark, 2017: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin

Quent, Matthias u. a., 2019: Rechtsterrorismus, Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft 6/2019, Berlin

Jansen, Frank/Kleffner, Heike/Radke, Johannes/Staud, Torsten, 2020: Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit der Wiedervereinigung, in: Der Tagesspiegel, 30.9.2020

Reichardt, Sven, 2002: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln

RECHTE GEWALT IN UND AUS DEUTSCHLAND
EIN JAHRHUNDERTPROBLEM

DOMINIK RIGOLL

Von den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über die Verbrechen des Naziregimes bis zum rassistischen Anschlag in Hanau zieht sich eine Blutspur rechter Gewalt. Wie haben sich Form und Inhalt dieser Gewalt über die Zeit verändert?

Die Geschichte rechter Gewalt in Deutschland ist nur für die zwölf Jahre gut erforscht, in denen die nationalistische Rechte allein an der Macht war – während des Nazismus. Dass deutsche Rechte auch vor 1933 und nach 1945 systematisch Gewalt ausübten, ist zwar vielen bekannt, wurde geschichtswissenschaftlich aber ungleich seltener untersucht. Außerdem haben Historiker*innen die Rechte in der Weimarer Republik, der Hitlerdiktatur, der Bundesrepublik und der DDR bislang in der Regel getrennt voneinander erforscht.

Hier setzt dieser Essay an. Er skizziert eine hundertjährige Geschichte rechter Gewalt in und aus Deutschland, in der Opposition und an der Macht. Sie reicht von den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Februar 1919 in Berlin zu denen an Mercedes Kierpacz, Ferhat Unvar, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Păun, Said Hashemi, Fatih Saraçoğlu und Gabriele Rathjen im Februar 2020 in Hanau.

Gegen wen richtete sich rechte Gewalt? Wer übte sie aus und wer ermöglichte sie? Wie veränderte sie sich über die Zeit? Um diese Fragen beantworten zu können, analysiere ich rechte Gewalt nicht als »rechtsextrem« oder »rechtsradikal«, sondern als nationalistisch (vgl. hierzu Rigoll/Müller 2020).

RECHTE GEWALT ALS NATIONALISTISCHE GEWALT

Das Phänomen, das heute als »Rechtsextremismus« oder »Rechtsradikalismus« bezeichnet wird, entstand in den ersten Jahren der Weimarer Republik. In dieser Periode formierte sich eine nationalistische Bewegung, die eine »nationale Diktatur« und eine »nationale Volksgemeinschaft« in einem »Großdeutschen Reich« propagierte. Wie die sozialistische Lin-

ke war und ist auch die nationalistische Rechte, die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur in Deutschland herausgebildet hatte, alles andere als homogen. Bis heute umfasst sie Nationalist*innen, die sich »nationalkonservativ« und »nationalliberal« nennen, ebenso wie Rechte, die sich als »nationalsozialistisch«, »völkisch« oder »identitär« bezeichnen. Das Wort »völkisch« war 1870 eingeführt worden, um das Lateinische »national« zu ersetzen.

Die Gewaltakte, die nationalistische Rechte praktizierten oder propagierten, zielten entweder auf eine Veränderung der nationalstaatlichen Ordnung oder auf eine andere Zusammensetzung der Bevölkerung ab. Neben einer ordnungspolitischen Funktion kam nationalistischer Gewalt also häufig auch eine biopolitische Funktion zu.

Der »Nationalstaat« sollte durch die gezielte Ausschaltung von Gegner*innen im linken, liberalen und zum Teil auch konservativen Lager und durch die Eroberung und Kolonisierung von Territorien umgestaltet werden, die (vermeintlich) Slaw*innen, Jüd*innen oder People of Color bewohnten. Der Zusammenhalt des »Nationalvolks« sollte durch die Diskriminierung von »Fremden«, »Kranken«, »Perversen« und »Asozialen« gestärkt werden. Bis heute richtet sich rechte Gewalt in und aus Deutschland gegen diese Gruppen.

DOMINIK RIGOLL ist Historiker am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und Mitbegründer des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte (ZAER).

NATIONALISTISCHE GEWALT ALS ORDNUNGS- UND BIOPOLITIK

In den zwölf Jahren, in denen die nationalistische Rechte an der Macht war, nutzte sie den Staatsapparat, um ihr ordnungs- und biopolitisches Programm gewaltsam durchzusetzen. Zum einen vertrieb, internierte und ermordete sie Zehntausende ihrer politischen Gegner, zuerst in Deutschland, dann in den besetzten Gebieten. Zum anderen organisierte sie den Massenmord an »Kranken« sowie die Ermordung von Jüdinnen und Juden, Sinti, Roma, Pol*innen und Sowjetbürger*innen in den von der »Volksgemeinschaft« zu kolonisierenden Gebieten.

In Zeiten der Opposition, also vor 1933 und nach 1945, zählen Attentate auf Menschen

aus dem linken und liberalen, aber auch konservativen Lager, die sich der Rechten in den Weg stellten, zu den bekanntesten Erscheinungsformen rechter Gewalt: von den Morden an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Walther Rathenau in der Weimarer Republik über den Mord an Franz Oppenhoff, der 1944 von den Amerikanern als Aachener Bürgermeister eingesetzt und im März 1945 vor seinem Haus erschossen wurde, bis hin zu den Attentaten auf Rudi Dutschke 1968 und Henriette Reker 2015 oder dem Mord an Walter Lübcke 2019.

Viele Opfer der politischen Attentate in der Weimarer Republik waren Juden. Hier flossen nationalistische Ordnungs- und Biopolitik ineinander, genau wie bei der die Gewalt legitimierenden Propaganda vom »jüdischen Bolschewismus«. So ging es bei dem Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Lewin 1980 und bei dem Anschlag auf das Grab von Heinz Galinski 1998 nicht nur um Antisemitismus: Beide waren auch deshalb verhasst, weil sie lauter als andere vor rechter Gewalt warnten.

Ermordet oder mit dem Tod bedroht wurden und werden schließlich Menschen, die rechte Gewalt dokumentierten und analysierten, so in den 1920er Jahren der bayerische USPD-Politiker Karl Gareis. Nach 1945 waren es engagierte Entnazifizierer wie Eugen Kogon und Fritz Bauer, der übrigens auch gegen rechte Paramilitärs ermittelte. Angegriffen wurden außerdem Gedenkstätten und beispielsweise die Wehrmachtsausstellung. Heute richten sich Drohungen gegen Anwält*innen von Opfern rassistischer Übergriffe, wie Seda Başay-Yıldız, aber auch gegen »Verräter« in den eigenen Reihen, die Informationen über geheime Strukturen oder Waffendepots weitergeben.

Schaut man sich an, wer seit 1919 in Deutschland oder in besetzten Gebieten nationalistische Gewalt ausübte, sind es meist Angehörige vigilantischer Strukturen – also von Organisationen und Netzwerken, die behaupten, Polizei und Justiz bei der Herstellung von »Ruhe und Ordnung« zu unterstützen.

RECHTSVIGILANTISMUS WIRD VERSTAATLICHT

Der rechte Vigilantismus entstand 1918, als die nationalistische Rechte durch die Novemberrevolution erstmals seit ihrer Entstehung im Kaiserreich von der politischen Macht verdrängt worden war. Entmachtete und gedemütigte Militärs, die wegen der Abrüstungsauflagen des Versailler Vertrages um ihren Job bangen mussten, förderten nicht nur die Bildung nationalistischer Parteien wie der NSDAP, sondern auch paramilitärische Strukturen, mit deren Hilfe rechte Gewalt militarisiert und verpolizeilicht wurde. Auch Adolf Hitler hatte 1918/19 als Propagandist und V-Mann einer solchen Struktur, des Reichswehr-Geheimdienstes, begonnen.

Die Weimarer Republik war geprägt von der Gewalt rechter und rechtsoffener Milizen, die sich etwa als Freikorps, Einwohnerwehren oder Wehrverbände bezeichneten. Viele Angehörige der Sturmabteilung (SA) und der Schutzstaffel (SS) der NSDAP, darunter SA-Chef Ernst Röhm, hatten vorher anderen rechten Milizen angehört.

Als 1933 eine Koalition aus NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) die Macht übernahm, konnte rechte Gewalt über die Behörden der nationalen Diktatur ausgeübt werden. Die inzwischen auf über 400 000 Mann angewachsene SA terrorisierte politische Gegner nun als von den Innenmi-

nisterien beauftragte »Hilfspolizei«. Nachdem die SS 1934 führende »Braunhemden« ermordet und somit sichergestellt hatte, dass die SA keine Konkurrenz zur Wehrmacht werden würde, fusionierten SS und Polizei nach und nach. Rechter Vigilantismus wurde sozusagen verstaatlicht. Insofern können auch die sogenannten Einsatzgruppen – rechte Mordkommandos, die in den zur Kolonisierung vorgesehenen Gebieten in Osteuropa vor allem Jüdinnen und Juden sowie Roma und Sinti, aber auch Kommunist*innen und Menschen mit Behinderung ermordeten – als Produkte dieser Verschmelzung von rechten Milizen und deutschem Staat angesehen werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg internierten die Alliierten viele überlebende Angehörige dieser Gewaltstrukturen. Dadurch, dass rund 400 000 Zivilist*innen und 12 Millionen Kriegsgefangene weggesperrt und teils deportiert wurden, konnte verhindert werden, dass sich 1945 ff. – anders als nach 1918 – aus der Masse der Deklassierten eine breite Rechtsopposition formierte.

Gleichwohl löste sich der rechte Vigilantismus nicht einfach in Luft auf, sondern wandelte erneut die Form: Durch seine Einbindung in Strukturen des Kalten Krieges wurde er in der Bundesrepublik gleichsam auf Stand-by gestellt oder in »heiße Kriege« exportiert.

RECHTSVIGILANTISMUS WIRD DOMESTIZIERT UND GLOBALISIERT

Für den Export spielten die Alliierten, die rechte Gewaltspezialisten für ihre Zwecke einspannten, eine zentrale Rolle. Das US-Militär gründete die Organisation Gehlen (O.G.), die in der Kontinuität der Organisation Consul und Organisation Escherich stand, aber dem Westen gegenüber loyal blieb. Die O.G. verübte keine Attentate, war wie ihre Vorläufer aber im Waffenhandel und in der psychologischen Kriegsführung gegen Linke und Remilitarisierungsgegner aktiv.

Nach 1945 fanden sich diejenigen, die nach 1918 rechte Milizen gebildet hatten, zunächst in alliierter Gefangenschaft und danach oft im Dienst der Alliierten wieder. So kam es, dass deutsche Söldner, Berater, Ausbilder und Firmen im Kalten Krieg in die Vorbereitung und/oder Führung von vielen »heißen Kriegen« involviert waren, gedeutet als Konflikt zwischen Freiheit und Kommunismus. Faktisch ging es jedoch auch um Antisozialismus, Antiliberalismus, Rassismus und Imperialismus – also um eine Agenda in der Kontinuität des rechten Nationalismus. Rechte Gewalt wurde so in den Herrschaftsbereich der Westmächte exportiert und insofern domestiziert, als ihre Anwendung zwar geplant, aber vor allem außerhalb Europas stattfand.

Dass rechtsterroristische Gruppen ab den 1970ern und 1980ern wieder in der Bundesrepublik aktiv wurden, hat womöglich auch damit zu tun, dass sich der rechte Vigilantismus von einer Bundesregierung mit sozialdemokratischer Beteiligung nicht mehr domestizieren lassen wollte. Schließlich wurde er Teil einer rechten Jugendbewegung, die ihre Verflechtung mit staatlichen Institutionen lockerte, aber über das V-Leute-System und wohl auch über Sympathisant*innen mit ihnen verbunden blieb. Ab Ende der 1980er Jahre bildete der Rechtsvigilantismus gesamtdeutsche Strukturen aus.

RECHTSVIGILANTISMUS WIRD JUGENDBEWEGT UND OSTERWEITERT

Die Vielzahl an gewaltbereiten Gruppen und Grüppchen, die ab 1969 – dem Jahr, in dem die NPD nur knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte und die SPD erstmals den Bundeskanzler stellte – entstanden, ist frappierend und zugleich kaum dokumentiert. In diesen Strukturen, von denen die Wehrsportgruppe Hoffmann die bekannteste ist, wirkten alte Rechte, die das Naziregime miterlebt hatten, gemeinsam mit jungen Rechten, die sich den Umarmungsversuchen der Strauß-CSU verweigerten. Die Gewalt, die sie ausübten und planten, war häufig antikommunistisch. Das galt für Anschläge auf DKP-Büros und einen sowjetischen Wachsoldaten in Berlin. Sie richtete sich aber auch gegen Entspannungspolitiker, denen die Aufgabe der »Ostgebiete« vorgeworfen wurde, etwa gegen Willy Brandt, Gustav Heinemann und Walter Scheel, was jedoch kaum öffentlich thematisiert wurde.

Besser dokumentiert ist das Ausmaß an rassistischer Gewalt in den 1980er Jahren. Rechte verbanden sich nun mit der Skinhead-Subkultur. Neben Shlomo Lewin und seiner Freundin Frieda Poeschke, die 1980 ermordet wurden, starben 1980 die Vietnamesen Nguyên Ngoc und Đô Anh Lân nach einem Brandanschlag der Deutschen Aktionsgruppen um Manfred Roeder auf ein Hamburger Übergangsheim für Geflüchtete. Ein weiterer bekannt gewordener Fall ist der Mord an Ramazan Avcı in Hamburg im Jahr 1985. Ein Grund für den Anstieg rechter Gewaltakte könnte sein, dass der liberale Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) seit 1979 ungleich stärker als seine Vorgänger gegen Rechtsvigilantismus vorging.

Ab Ende der 1980er Jahre formierten sich auch in Ostdeutschland vigilantische Strukturen aus der organisierten Rechten und der Skinhead-Subkultur heraus. Ihre Gewalt richtete sich gegen alle, die sich der nationalistischen Rechten entgegenstellten, und nahm ein seit der Weimarer Republik nicht mehr gekanntes Ausmaß an. Während staatliche Behörden in Westdeutschland seit den 1970er Jahren viele Anschläge vermutlich durch ein V-Leute-System vereitelt hatten, waren sie nun dazu nicht mehr willens oder in der Lage.

Das Projekt der »National befreiten Zonen« stand dabei nicht nur in der Kontinuität der »Befreiung vom Kommunismus« in der alten BRD, sondern auch der Vertreibung von ordnungs- und biopolitisch definierten »Staats- und Volksfeinden«. Auch einige »Bürgerwehren«, die sich ab 2015 gegen Geflüchtete bildeten, knüpften sowohl an organisierte Gewalt gegen »Ausländer« und »Asylanten« in Westdeutschland an, als auch an Strukturen, die sich nach 1918 und 1945 gegen die Präsenz (vor allem jüdischer) Osteuropäer*innen in Deutschland gerichtet hatten.

RECHTSVIGILANTISMUS SOLL EINSCHÜCHTERN UND GEGENGEWALT PROVOZIEREN

Um seine volle Wirkung zu entfalten, braucht rechter Vigilantismus reguläre Polizist*innen, die nachlässig oder gar gegen die Opfer ermitteln, sowie Richter*innen, die milde urteilen – eine Art politische Arbeitsteilung zwischen nationalistischer Bewegung und rechten Verbindungspersonen im Polizei-, Militär- und Justizapparat. Dies war in der Weimarer Republik so, wo weniger die rechte Gewalt an sich als ihre Duldung durch Polizei und Justiz die Linke demoralisierte oder radikalisierte,

es zeigt sich aber auch in unzähligen Ermittlungsverfahren, die in der Bundesrepublik etwa wegen der Mordserie des NSU-Netzwerks gegen rechte Gewalttäter*innen geführt wurden. Das Verhalten der Behörden verstärkt so die ordnungs- und biopolitische Funktion rechter Gewalt, die nicht nur die Körper der Opfer treffen soll, sondern auch die Gefühle all derer, die derselben politischen Bewegung oder Community angehören. Sie sollen eingeschüchtert, zum Schweigen gebracht und im Idealfall vertrieben werden.

Oftmals steckt hinter dem rechten Vigilantismus eine Provokationsstrategie, wie es der Historiker Martin Sabrow nennt: Die gezielte, oft grausame Gewalt soll den politischen Gegner zu einer Überreaktion provozieren, auf die die Rechte dann gemeinsam mit der regulären Staatsmacht reagiert und für »Ruhe und Ordnung« sorgt. Auch Gewaltakte, die politischen Gegnern in die Schuhe geschoben werden sollen, sind Teil des rechten Methodenarsenals, so wie es mutmaßlich für die Oktoberfestbombe von 1980 zutrifft.

RECHTSVIGILANTISMUS MUSS FINANZIERT UND KOORDINIERT WERDEN

In der Weimarer Republik konnte rechter Vigilantismus auf zahlreiche Sympathisant*innen in den Institutionen setzen. Eine wichtige Rolle spielten nationalistische Geheimbünde wie die Thule-Gesellschaft, die an der Planung von Putschen beteiligt waren. Hier kamen rechte Politiker*innen, Financiers und staatliche Eliten zusammen. Auch in der Bonner Republik gab es zunächst solche Geheimbünde. Die »Bruderschaft«, die sich 1946 in Internierungslagern gebildet hatte, zerfiel aber 1951. Der »Naumann-Kreis«, der die FDP mithilfe rechter Financiers in eine rechte Sammlungspartei – eine AfD *avant la lettre* – umfunktionieren wollte, wurde 1953 von den Briten zerschlagen.

Es ist nicht auszuschließen, dass vergleichbare Strukturen heute existieren. Wenn die nationalistische Rechte ihrem Vigilantismus seit hundert Jahren die Treue hält, warum sollte sie ihren Hang zur Geheimbündelei ablegen? In der Debatte um das NSU-Netzwerk war mit Blick auf Polizei und Verfassungsschutz oft von strukturellem Rassismus die Rede. Möglicherweise lässt sich auch hier der dargestellte organisierte Nationalismus erkennen.

NATIONALISTISCHE UND ANTINATIONALISTISCHE ARBEITSTEILUNG

Trotz riesiger Unterschiede zwischen der heutigen Situation und der in der Weimarer oder Bonner Republik sind die Kontinuitäten deutlich: zum einen hinsichtlich der ordnungs- und biopolitischen Funktion wie der Auswirkung rechter Gewalt; zum anderen in Bezug auf die Bedeutung von vigilantischen Strukturen, deren Handlungsfähigkeit damit steht und fällt, ob sie sich Unterstützung in Staat und Wirtschaft sichern können. Insofern lehrt uns die rechte Kontinuitätsgeschichte auch, dass es neben der nationalistischen dringend eine antinationalistische Arbeitsteilung geben sollte, bei der linke, liberale und konservative Antinationalist*innen in Theorie wie Praxis kooperieren.

LITERATUR

Rigoll, Dominik/Müller, Yves, 2020: Zeitgeschichte des Nationalismus. Für eine Historisierung von Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus als politische Nationalismen, in: Archiv für Sozialgeschichte 60, im Erscheinen

(K)EIN ENDE DER GEWALT?

WARUM DIE BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT KEINEN FRIEDEN BRINGT

ALEX DEMIROVIĆ



Ein Gewaltmonopol gibt es nicht. Im Gegenteil: Die bürgerliche Gesellschaft ist von Gewalt durchzogen, auch wenn es ihrem Selbstverständnis widerspricht.

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler und lehrte an den Universitäten in Frankfurt am Main, Basel und Berlin. Er ist im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

Die bürgerliche Gesellschaft ruht auf einem breiten Sockel der Gewalt und ist von ihr durchzogen. Das hatte sich das Bürgertum anders vorgestellt. Durch einen Gesellschaftsvertrag wollten die männlichen Eigentümer den als gewaltförmig imaginierten Naturzustand überwinden. Die bürgerliche Gesellschaft sollte eine Situation ablösen, in der Feindseligkeit, Furcht und Gefahr eines gewaltsamen Todes herrschen und, wie Hobbes schrieb (1976, 96), es keinen Ackerbau, keine Schifffahrt, keine Waren, keine gesellschaftlichen Beziehungen gibt. Wenn die Ergebnisse der Arbeit der Einzelnen erst einmal durch staatliche Eigentumsrechte gesichert sein würden, dann würde Frieden herrschen. Die, die doch noch gewalttätig wären, würden auf die Natur zurückfallen und müssten als Feinde der Gesellschaft betrachtet werden.

Damit hat das Bürgertum das religiöse Heilsversprechen eines ewigen friedlichen Lebens auf die Erde geholt, es säkularisiert. Die Gesellschaft, der Markt, der Staat werden dem bürgerlichen Selbstverständnis nach durch die Eindämmung, Hegung, Zivilisierung und Überwindung von Gewalt konstituiert (Balibar 1994). Die Geschichte stellt sich als Fortschritt dar hin zu einem weltbürgerlichen Zustand, der die Idee des ewigen Friedens verwirklicht. Kant nahm ein untergründig sich vollziehendes Gesetz der Entwicklung der Menschheit an, durch das die negative Seite der geschichtlichen Entwicklung – die Kriege, die Rüstungsanstrengungen, die Verwüstungen, die Gemetzel, die Folter – die Menschen realgeschichtlich zu dem führen würde, was die Vernunft sie auch ohne diese negativen Erfahrungen lehren könnte (Kant 1988, 203): zu umfassenden Staatengemeinschaften und zu einem

Völkerbund. Die Moderne will durch staatlich verfasste Gesellschaften, durch Handel und durch internationale Verträge die Gewalt überwinden – eine Gewalt, die als Natur imaginiert wird, obwohl es so spezifisch für die menschliche Spezies ist, alle gesellschaftlichen Mittel zu nutzen, um übereinander herzufallen und sich wechselseitig abzuschlachten.

Dort, wo Gewalt ausnahmsweise – und sie wird als Ausnahme, nicht als Normalfall aufgefasst – doch noch als erforderlich gilt, soll sie strenger Kontrolle und klaren Regeln folgen. Clausewitz zufolge soll selbst im Krieg die Gewalt der Politik als ein Instrument für ihre Ziele dienen. Nach dem Krieg soll die Möglichkeit bestehen, wieder in Frieden miteinander leben zu können. Auch die Regeln modernen staatlichen Handelns nach innen sollten als ein Beitrag zur Verwirklichung von Moralität verstanden werden. In der Justiz wurde von der öffentlich vollzogenen peinlichen Strafe der Marter übergegangen zur sich eher unsichtbar vollziehenden Freiheitsstrafe. Der kapitalistische Staat beansprucht mit seiner konstitutiven Trennung einer öffentlichen von einer privaten Sphäre (Familie/Unternehmen) das Monopol auf die legitime Gewaltpraxis. Allein den Mitgliedern von Polizei und Militär soll die Anwendung von Gewaltmitteln erlaubt sein. Sie werden ermächtigt, diese nach strengen Regeln und nur unter bestimmten Bedingungen einzusetzen.

DOCH DIE VERHÄLTNISSE, SIE SIND NICHT SO

Es kam anders. Kants Erwartungen wurden enttäuscht. Der Krieg, die innerstaatliche Gewalt hat nicht die Dialektik freigesetzt, die zu Frieden führt. Die *Politik*, die Zivilität ermöglichen und durchsetzen sollte, hat vielmehr enorme Gewaltpotenziale geschaffen und freigesetzt. Die bürgerliche Gesellschaft stürzt von Apokalypse zu Apokalypse: die Bürgerkriege, die Massaker der Weltkriege, die Völkermorde und ethnischen Säuberungen. Von den Diktatoren und der Demokratie zum Feind erklärte Menschen werden zum Experimentierfeld neuer Waffen, Strategien, Kontrollmethoden und Folterpraktiken (Harcourt 2019). Die Schlachten, die für die Verteidigung und die Eroberung von kapitalistischem Eigentum geführt wurden und werden, zerstören menschliches Leben und die natürlichen Lebensgrundlagen.

Der kapitalistische *Handel* hat mit den Verträgen nicht den Frieden gebracht, sondern die aggressiven Energien der gewaltförmigen Interessendurchsetzung potenziert. Das Bestreben, Vorteile vor den immer drohenden Konkurrenten zu erlangen, führt zu permanenten Kriegen. Diese machen es wiederum erforderlich, nach innen und nach außen dauerhaft jene Gewaltdispositive zu unterhalten, die die militärische oder polizeiliche Durchsetzung von Interessen ermöglichen: die medizinischen oder sozialpsychologischen Forschungen, die Rüstungsindustrie, die bewaffneten Verbände, die kulturindustrielle Propaganda. In all diesen Fällen werden Ressourcen, Wissen und Lebenszeit von Menschen in großem Maßstab

unproduktiv genutzt, die so für eine »völlige Entwicklung der Naturanlagen« der Individuen und der Gesellschaft (Kant 1988, 205) nicht mehr zur Verfügung stehen. Es gehört zur Dialektik der Aufklärung, dass auf immer höherem Wissensniveau Waffen produziert werden und die Produktivität des Tötens schon längst ausreicht, um die menschliche Gattung, wenn nicht das ganze Leben auf dem Planeten zu vernichten.

Hobbes' und Kants Vorstellungen wurden durch den Lauf der Dinge widerlegt. Selbst dort, wo der *Staat* noch am ehesten den Erwartungen eines Anstaltsstaats im Sinne Max Webers entspricht und folglich nach legal gesetztem Recht operiert, erwies er sich nicht als Barriere und Schutz vor der Gewalt. Er wurde zu einem unübersichtlichen Gelände vielfältiger und spezialisierter Gewaltpraktiken. Die Polizeien werden ausgebaut, ihre Ausrüstungen martialischer, besondere Einheiten ähneln in Training und Ausstattung dem Militär. Sie werden gegen Bürger*innen eingesetzt, schwere Verletzungen, Traumatisierungen und Tod werden in Kauf genommen (vgl. Thompson in diesem Heft; Harcourt 2019). Es war weltfremd zu erwarten, dass die Gewaltapparate eine neutrale Instanz der rechtlich kontrollierten, bürokratischen Gewaltanwendung sein würden. Sie sind vom Bürgertum von vornherein als politische Aktivität und Taktik gegen die Subalternen eingerichtet worden. Die herrschenden Kräfte streiten um die Kontrolle der Gewaltapparate, und sie werden aus dem Inneren der Apparate von denjenigen unterstützt, die für die Anwendung von Gewalt günstige Verhältnisse anstreben. Zusammenhänge und Netzwerke informeller, illegaler Gewaltpraktiken und entsprechende Orientierungen (Rechtsradikalismus, Rassismus, Korruption) müssen deswegen als ständig vorhandene immanente Momente der Gewaltapparate verstanden werden (vgl. Renner/Wehrhahn in diesem Heft).

DIE GEWALTFÖRMIGE ZIVILGESELLSCHAFT

Aufgrund der Erfahrungen mit der faschistischen Mobilisierung hat Antonio Gramsci die marxistische Staatstheorie erweitert. Der bürgerliche Staat ist demnach ein gesellschaftliches Verhältnis und er besteht aus politischer und ziviler Gesellschaft, aus Zwang und Führung. Gramsci zufolge kann sich aufgrund der Eigeninitiative und der Ressourcen des bürgerlichen Lagers auch in der Zivilgesellschaft eine als »privat« geltende Gewalt entfalten: Informelle, parastaatliche Gewaltakteure können Gewalt propagieren und ausüben und mit Duldung und Unterstützung aus dem Polizeiapparat, der Verwaltung oder den Gerichten rechnen. Es bilden sich gewaltbereite zivilgesellschaftliche Gruppierungen heraus: Clans und mafiöse Gruppen, Wehr- und Kampfsportgruppen, rechtsradikale militante Gruppen und Milizen, INCELs, Lebensschützer*innen, religiöse Netzwerke. Sie können miteinander kooperieren, auf die Konsensbildung einwirken, symbiotisch

mit den Staatsapparaten verbunden sein und sich emanzipatorischen Kräften mit Drohung und Gewalt entgegenstellen – noch lange, bevor Apparate der politischen Gesellschaft aktiv werden (vgl. Rigoll in diesem Heft).

Mit seiner Überlegung hat Gramsci nicht nur das materialistische Verständnis des kapitalistischen Staates erweitert, sondern indirekt auch eine These von Marx zur Herrschaftspraxis in den Produktionsverhältnissen modifiziert. Marx zufolge wurden Menschen einem mehrere Jahrhunderte währenden Prozess der Gewaltanwendung ausgesetzt, bevor sie bereit waren, sich der Lohnform und dem Kommando über ihr Arbeitsvermögen zu unterwerfen. »So wurde das von Grund und Boden gewaltsam expropriierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert.« (Marx 1962, 765) Marx nahm an, dass sich aufgrund dieser Gewalterfahrung eine Arbeiterklasse entwickelt habe, die aus Erziehung und Gewohnheit die Anforderungen dieser Produktionsweise als Naturgesetz anerkenne. Unmittelbare Anwendung außerökonomischer Gewalt sei demnach nicht mehr notwendig, der »stumme Zwang« der ökonomischen Verhältnisse reiche als Herrschaftspraxis aus. Doch der Prozess der unmittelbaren Gewaltanwendung gehört nicht der Vergangenheit an. Die bürgerliche Klasse hat seit Mitte des 18. Jahrhunderts eine Vielzahl von Gewaltpraktiken entwickelt, durch Vorarbeiter, Werkschützer, Spitzel, Provokateure, Detektive. Hinzu kommen sexistische Gewalt, gelbe Gewerkschaften und bezahlte Gruppen, die gewerkschaftliche Organisationsversuche, Versammlungen oder Streiks mit Gewalt verhindern, widerständige Arbeiter*innen bedrohen, verletzen oder gar ermorden (vgl. Foucault 2015).

GEWALT ALS VERHÄLTNIS

Gewalt wird häufig einem Täter zugerechnet, der auf andere einwirkt, um ein Ziel zu erreichen. Mit seiner Überlegung zum »stummen Zwang« zeigt Marx, dass es Gewaltverhältnisse gibt, in denen Gewalt nicht aktiv eingesetzt werden muss und auch nicht mehr zugerechnet werden kann. In ähnlicher Weise bezeichnet Balibar die sozialen Folgen von Überschwemmungen, Desertifikation oder Epidemien als ultra-objektive Formen der Gewalt (1994, 344). Es handele sich um Massengewalt, die zwar nicht ohne soziale Ursachen ist, aber doch ohne verantwortliches Subjekt ausgeübt wird.

Die vielen Gewaltpraktiken lassen sich gerade wegen ihrer »Subjektlosigkeit« nicht auf einen Nenner bringen. Gewalt durchzieht die gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie ist nicht nur schwierig zu begreifen, weil sie ubiquitär ist, sie tritt auch in sehr unterschiedlichen Formen auf. Gewaltpraktiken können einen umfassenden Zusammenhang bilden, der die Einzelnen als Täter und Opfer in Spiralen der Gewalt hineinzieht, in denen sie auch die Rollen wechseln, indem diejenigen, die

sich wehren oder die Gewalt beseitigen wollen, selbst die Gewaltdynamik eskalieren (vgl. Dorlin in diesem Heft). Die Gewalt besteht nicht allein aus Unterdrückung oder Verhinderung, sondern sie wirkt mit an der Gestaltung von Verhältnissen, wird selbst zu einem Verhältnis, in dem Einzelne oder Gruppen sich (bereitwillig oder gezwungenermaßen) ständig bewegen. Gewalt feuert auch die Fantasie an, verstärkt ideologisch-psychologische Impulse, die in Kategorien wie Angst, Kühnheit, Feigheit oder Mut codiert werden. Angesichts der Gewalt können sich Menschen als Opfer und Verfolgte fühlen, sie kann ihnen aber auch den Willen zur Verteidigung und zur Freiheit vermitteln.

Die religiösen Erzählungen, die Literatur, die Musik, Filme oder Computerspiele fördern und unterstützen Gewaltfantasien und -habitus, sie ziehen die Individuen in Welten der Gewalt hinein: In die Imaginationen von Verbrechen, Folter, Verschwörungen, Kämpfen, sie verbreiten Schrecken und Drohung. Mit kulturindustriellen Bildern und Erzählungen demonstriert die bürgerliche Gesellschaft in riesigem Umfang und unentwegt, dass Gewalt jederzeit möglich und denkbar ist, und welche neuen und immer raffinierteren, schmerzvolleren Formen sie annehmen kann. Allerdings drängt sie die Individuen auch, sich als mächtig, kampf- und handlungsfähig zu imaginieren, sodass sie Lösungen suchen und zu Frieden, Harmonie und Versöhnung finden. Doch das bleibt illusionär, nicht die bürgerliche Gesellschaft beendet Gewalt, ihr Ende wäre die Bedingung dafür, Gewalt loszuwerden.

GEWALT UND AUFKLÄRUNG

Die moderne Gesellschaft steht also hinsichtlich der Gewalt vor einem Widerspruch. Sie verspricht, sie derart einzudämmen und zu kontrollieren, dass sie für das alltägliche Leben keine Bedeutung mehr hat (Reemtsma 2008). Doch gleichzeitig haben sich die Gewaltpraktiken in einem ungeheuren Maß entfaltet. Diese Behauptung beinhaltet die Frage nach dem historischen Beurteilungsmaßstab für die widersprüchliche Bewegung der Gewalt: Die Produktivität des Tötens ist gewachsen, zahlreiche Gesellschaften werden in die Gewaltspiralen von Krieg, Terror oder Kriminalität hineingezogen, viele Individuen sind von täglicher Gewalt in der Familie betroffen. Gleichzeitig haben aber internationale Kontrollen und Bemühungen der Einhegung zugenommen. Die Gewalt von Polizei und Justiz ist Gegenstand umfangreicher Proteste und öffentlicher Diskussionen (vgl. Brazzell in diesem Heft). Besonders bemerkenswert ist, dass sich seit mittlerweile mehreren Jahrzehnten eine Erinnerungskultur hinsichtlich der kolonialen und Völkermordverbrechen entwickelt hat, die darauf hinzielt, inhärente Gewaltdynamiken in den kapitalistischen Zentren zu dechiffrieren und zukünftig zu verhindern. Auch das Schweigen angesichts von (sexualisierter) Gewalt gegen Frauen oder von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen bricht auf. Analysen und Maßnahmen sollen zu ihrer Verhinde-

rung beitragen. Diese Offenlegung verschwiegener perennierender Gewaltverhältnisse, die das Leben vieler Menschen als Täter und Opfer prägen, die Verbote von Prügelstrafe in Schulen oder Familien weisen darauf hin, dass in der bürgerlichen Gesellschaft eine Veränderung insofern stattfindet, als die Sensibilität gegenüber alltäglicher Mikrogewalt ebenso wie politischer Gewalt angewachsen ist und das Gewaltniveau als weniger akzeptabel angesehen wird.

DIE GEWALT LOSWERDEN

Von der Linken kann gesagt werden, dass sie in der Tradition von Kant steht und für das Projekt eines friedlichen Zusammenlebens, also ewigen Frieden, eintritt. Das Ziel besteht darin, Gewalt als Herrschaftstechnik und als besonderes Verhältnis zwischen Menschen zu überwinden. Die Frage ist, ob die Linke dies tatsächlich tut; eine zweite Frage ist, ob ein ewiger Friede überhaupt denkbar ist.

Zur ersten Frage: Es gibt keinen Zweifel, dass das Verhältnis der Linken zur Gewalt oft nicht eindeutig ist. Herrschende Gewalt oder Blockierung von nicht notwendigen Veränderungen können nahelegen, Friedfertigkeit aufzugeben und für die Durchsetzung konkreter Ziele Gewalt anzuwenden. Dies bestätigt die Erfahrung. Denn häufig wird öffentliche Aufmerksamkeit und Veränderungsbereitschaft erst durch gewaltförmige Proteste und Aktivitäten mobilisiert. Gerade deswegen bleibt zwischen Konfliktparteien aber auch strittig, was als Gewalt gelten kann oder soll: eine Demonstration, die Gesichtsverdeckung, die Sitzblockade und Platzbesetzung, Steinwürfe gegen Fenster, Baumhäuser, Zerstörung von Autos oder Ställen, Verteidigung gegen oder Angriffe auf Polizist*innen? Was als Gewalt gilt, steht deswegen häufig nicht eindeutig fest und kann von den Umständen und von der Definitionsmacht der Beteiligten abhängen. Auch in der Linken blieb deswegen immer umstritten, ob es progressive Gewalt zur Verteidigung oder Durchsetzung emanzipatorischer Ziele geben kann.

Seit den Erfahrungen der Französischen Revolution wird jedoch diskutiert, ob nicht die Anwendung von Gewalt zweifelhafte Wirkungen hat. Denn es entsteht die Gefahr, dass die Dynamik der Verwendung von Gewalt auch auf der Linken zu einer tiefgreifenden Veränderung der Verhältnisse und der gemeinsamen Praktiken führt und eine Rückkehr zum langfristigen Ziel eines versöhnten Zusammenlebens nicht nur verhindert, sondern selbst Gewaltdynamiken entfesseln kann. Angesichts des Paradoxes, dass die Überwindung der Gewalt mit den Mitteln der Gewalt kaum möglich, es aber ohne Gewalt nicht zu einer solchen Überwindung zu kommen scheint, bleibt bis auf Weiteres nur eine Politik der äußerst strengen und zunehmenden Begrenzung der Gewalt, deren Anwendung sich an rationalen Maßstäben ausweisen muss – und die stets von Gewaltakteuren bedroht bleibt.

Ist ein solches Ziel des ewigen Friedens realistisch? Das wird oft mit Hinweis auf natürliche Konstanten im Menschen bestritten. Solche Konstanten gibt es nicht

(Zelik 2020, 267ff), aber selbst wenn es sie gäbe, dürfte man ihre Wirkung nicht überschätzen. Denn zu Gewalt kommt es meist nur unter bestimmten Verhältnissen, die wiederum von Menschen zu verändern wären.

Erstens werden viele Gewalthandlungen von Männern ausgeübt, die geschlechtliche Identität spielt also eine zentrale Rolle. Auch Rassismus ist mit hoher männlicher Gewaltbereitschaft verbunden. Muster von Geschlechtlichkeit können aber verändert werden, Männer können in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung andere Funktionen wahrnehmen. In der Veränderung einer patriarchalen Kultur und in dem damit verbundenen Dominanzanspruch liegt also ein Eingriffspunkt für eine Einhegung von Gewalt. *Zweitens* werden viele Konflikte von Einzelnen, Unternehmen oder Staaten geschürt, weil sie entweder benachteiligt sind oder befürchten, durch die Konkurrenz, durch das Konkurrenzverhalten anderer Akteure zukünftig benachteiligt zu werden. Hier wäre eine zweite Eingriffsmöglichkeit, Konfliktpotenziale zu entschärfen, indem Verhältnisse eingerichtet werden, unter denen alle erwarten könnten, dass ihre Lebenschancen durch ein demokratisches, gemeinsam koordiniertes Handeln garantiert würden. Ein *dritter* zentraler Gesichtspunkt ist, dass das Verletzungs- und Tötungspotenzial von Gewalt von Waffen abhängt. Waffen sind ein gesellschaftliches Verhältnis, das umfassend Ressourcen, Wissen, Erwartungen und Praktiken für den kurzen und konzentrierten Moment der Gewalthandlung zur Verfügung stellt (Latour 1998). Würde die Produktion von Waffen eingestellt, würde sicherlich nicht jede Gewalt aus der Welt geschafft. Wir wissen nicht, welche Formen von Gewalttätigkeit übrig blieben. Insgesamt würden sie aber die gesellschaftlichen Verhältnisse kaum derart prägen können, wie das in den vergangenen Jahrhunderten der Fall war.

Eine friedliche Welt ist denkbar – und somit auch machbar.

LITERATUR

Balibar, Étienne, 1994: Gewalt und Politik. Einige Fragen, in: Caysa, Volker (Hg.), Praxis, Vernunft, Gemeinschaft, Weinheim, 333–350

Foucault, Michel, 2015: Die Strafgesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1972–1973, Berlin

Harcourt, Bernard E., 2019: Gegenrevolution. Der Kampf der Regierungen gegen die eigenen Bürger, Frankfurt a. M.

Hobbes, Thomas, 1976: Leviathan, hrsg. von Iring Fetscher, Frankfurt a. M. u. a.

Kant, Immanuel, 1988: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: ders., Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, hrsg. von Hermann Klenner, Berlin

Latour, Bruno, 1998: Über technische Vermittlung, in: Rammert, Werner (Hg.), Technik und Sozialtheorie, Frankfurt a. M./New York, 29–81

Marx, Karl, 1962: Das Kapital, Bd. 1, in: MEW 23, Berlin

Reemtsma, Jan Philipp, 2008: Vertrauen und Gewalt, Hamburg

Zelik, Raul, 2020: Wir Untoten des Kapitals, Berlin

»NÄCHSTENLIEBE HEISST, DIE MÄCHTIGEN VOM THRON ZU STÜRZEN«
WAS TUN GEGEN DIE GEWALT DER VERHÄLTNISSE?

GESPRÄCH

MIT BENEDIKT KERN UND JULIA LIS

Ihr arbeitet aus einer befreiungstheologischen Perspektive an Möglichkeiten der gesellschaftlichen Veränderung. In eurer Praxis spielen auch Formen des zivilen Ungehorsams eine Rolle. Wie nehmt ihr die Debatte um zivilen Ungehorsam und staatliche Repression wahr?

JULIA: Die Protestform des zivilen Ungehorsams hat eine größere Selbstverständlichkeit bekommen. Viele Menschen, nicht nur Linke, finden es inzwischen legitim, Sitzblockaden als Protestmittel einzusetzen – sei es bei Naziaufmärschen oder bei den Massenaktionen von »Ende Gelände«. Mit »Fridays for Future« sind auch neue Formen entstanden – etwa der Schulstreik für das Klima. Auch in der feministischen Bewegung hat sich der Frauen*streik als internationale Praxis entwickelt.

Gleichzeitig sehen wir eine gewisse Stagnation: Sitzblockaden werden zwar immer ›professioneller‹ durchgeführt, es fehlt aber manchmal an Kreativität und Mut, auch neue Formen zu ausprobieren. Die Frage ist, wie sich Menschen in diesen Praxen so ermächtigen, dass daraus Selbstorganisierungsprozesse entstehen können, wie dort Erfahrungen gemacht werden, die ermutigen, einen Schritt weiterzugehen. Das wäre eine Radikalisierung im positiven Sinne: Dass wir mit unserer Kritik an die Wurzeln gehen, die strukturellen Ursachen der Probleme aufdecken und beginnen, diese grundlegend zu verändern.

BENEDIKT: Ja, oft gibt es eine starke Fokussierung darauf, was in der bürgerlichen Presse und Öffentlichkeit positive Resonanz findet. Das ist aber nur ein Aspekt von zivilem Ungehorsam: Es geht auch um die Unterbrechung des Status quo und darum, als Bewegung das Bewusstsein zu entwickeln, dass man dazu kollektiv in der Lage ist. Das hat etwas mit Selbstermächtigung zu tun. Ob etwas erreicht wurde, kann man also nicht einfach daran messen, ob es tolle Bilder in der Presse gab oder ob wir eine Minimalforderung durchsetzen konnten.

Auch der Umgang mit staatlicher Repression wird oft vor allem juristisch bestimmt: Wie ist es möglich, die Repression möglichst gering zu halten? Das ist verständlich, gleichzeitig

» Die Befreiungstheologie unterscheidet zwischen der Gewalt der Verhältnisse und der Reaktion der Unterdrückten darauf. « (Julia)

» Bei zivilem Ungehorsam geht es auch um die Unterbrechung des Status quo und um das Bewusstsein, dazu kollektiv in der Lage zu sein. « (Benedikt)

braucht es auch einen politischen Umgang. Repression weist auf die Widersprüche hin, die diesem Staat inhärent sind: ein Gewaltmonopol, das Polizist*innen erlaubt, legal Dinge zu tun, die bei anderen als Straftat gelten; Gesetze, die darauf zielen, die bestehende Wirtschaftsordnung und das Recht auf Eigentum zu verteidigen; dass es zwar erlaubt ist zu sagen, was die Ursachen der Probleme sind, aber verboten, daran etwas zu verändern.

Als sozialistische Linke haben wir es ja mit dem Problem zu tun, ein strukturelles Gewaltverhältnis überwinden zu wollen. In den Protesten in den USA nach dem Mord an George Floyd stand auf vielen Transparenten »We're not starting a race war – we're trying to end one«. Wie denkt ihr das Verhältnis von Gewalt und Gegengewalt?

JULIA: Tatsächlich wird meistens nicht zwischen struktureller Gewalt, die die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bildet, und Gegengewalt unterschieden. Die Befreiungstheologie hat sich mit dieser Unterscheidung schon in den 1970er Jahren auseinandergesetzt. Um es mit den Worten des brasilianischen Bischofs Dom Hélder Câmara zu sagen: »Zunächst möchte ich festhalten, dass es eine Gewalt gibt, von der sich jede andere Gewalt herleitet: die Gewalt Nummer eins – die Gewalt der Ungerechtigkeiten, die überall bestehen, die Gewalt der Unterdrückung. Die meisten meinen nämlich, wenn sie von Gewalt sprechen, bereits die Gewalt Nummer zwei – die Reaktion der Unterdrückten, den Aufstand der Jugend gegen die ursprüngliche Gewalt.«[1] Diese Unterscheidung hat auch heute, wie sich etwa an den jüngsten Black-Lives-Matter-Protesten in den USA zeigt, nichts von ihrer Aktualität verloren.

Inzwischen gelingt es der Rechten ja sogar, den von ihr behaupteten linken »Tugendter-

JULIA LIS UND BENEDIKT KERN arbeiten am Institut für Theologie und Politik in Münster (www.itpol.de), das an der Schnittstelle von (Befreiungs-)Theologie und sozialen Bewegungen wirkt. Ihre thematischen Schwerpunkte liegen im Bereich Klima und Flucht/Migration.

ror«, Political Correctness und seit Neustem eine sogenannte Cancel Culture als linke Gewalt zu brandmarken. Wie kommen wir aus dieser Dauerschleife der Rechtfertigung raus?

BENEDIKT: Dass wir uns dauernd in der Defensive fühlen, liegt auch daran, dass wir mit der eigenen gesellschaftlichen Marginalität nicht umgehen können. Als linke Christ*innen müssen wir uns damit anders auseinandersetzen. Wir sind auch in den eigenen Reihen eine Minorität. Das heißt nicht, sich für die eigene Position ständig zu rechtfertigen, aber doch vernünftige Argumente zu finden, wieso das, was wir tun, legitim und angesichts der Verhältnisse sogar geboten ist. Dazu bedarf es auch einer theoretischen Arbeit, wie wir sie am Institut leisten; einer Theorie, die ernst nimmt, dass eine widerständige Praxis immer begründungspflichtig ist. Wir müssen eine eigene Idee davon entwickeln, wie eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aussehen könnte, und diese deutlich artikulieren. Der Widerstand im Hambacher Forst beispielsweise war auch deshalb so erfolgreich, weil viele Menschen es faszinierend fanden, dass sich dort Menschen entschlossen haben, über Jahre hinweg einen Wald zu besetzen und aus der Verwertungslogik auszusteigen. Das hat viele angezogen, die dann auch in den Wald kamen, um sich der Räumung entgegenzustellen. Es war weniger die Liebe zum Wald als die Frage, wie ein Leben jenseits der kapitalistischen Logik der Zerstörung von Natur und sozialen Beziehungen eigentlich aussehen kann.

Ihr selbst habt konkrete Erfahrungen mit staatlicher Gewalt gemacht. In welchem Zusammenhang war das?

BENEDIKT: Am 1. Februar 2020 vor den Protesten des Bündnisses »Ende Gelände« am neuen Kraftwerk Datteln IV wurden wir als theologische Beobachter*innen in Gewahrsam genommen und erst am nächsten Tag wieder freigelassen. Uns wurde jedoch keine Straftat vorgeworfen; allein die Tatsache, am Kraftwerksgelände auf einer Landstraße vorbeigefahren zu sein und Proviant, Schlafsäcke und Wechselkleidung im Kofferraum gehabt zu haben, wurde als Begründung für eine Gewahrsamnahme angeführt. Unser Fahrzeug wurde beschlagnahmt und abgeschleppt, ein Handy wurde konfisziert, wir mussten uns unwürdigen Durchsuchungen aller Körperöffnungen unterziehen und die Nacht ohne die Möglichkeit, eine*n Anwält*in zu kontaktieren, halbnackt in Einzelzellen verbringen. Am nächsten Morgen wurden wir mit einem dreimonatigen Betretungsverbot eines mehrere Quadratkilometer großen Bereichs belegt.

JULIA: Dieses Vorgehen der Polizei war nicht nur unverhältnismäßig, es gab auch Verstöße gegen Dienstvorschriften. Als einziger Grund für diese Maßnahmen wurde die Gefahrenprävention angegeben, es handelte sich also um eine Präventivgewahrsamnahme. Was wir persönlich hier an Gewalt erlebt haben, ist Ausdruck einer um sich greifenden staatlichen strukturellen Gewalt. Unserer Wahrnehmung nach handelt die Polizei immer öfter ohne gesetzliche Grundlage und im Wissen, dass ihre Maßnahmen später von den Gerichten für ungesetzlich erklärt werden. Für die Aktivist*innen und für alle, die wegen ihrer gesellschaftlichen Position häufig Opfer polizeilicher Gewalt werden (z. B. durch Racial Profiling), ist es dann aber zu spät.

Christlich motivierten Linken wird oft unterstellt, sie stünden für eine Haltung, in der es gilt, »die andere Wange hinzuhalten«. Wie passen für euch das Gebot der Nächstenliebe und widerständige Politikformen im Kampf gegen die Gewalt des Kapitalismus zusammen?

JULIA: Das Gebot, »die andere Wange hinzuhalten« so zu verstehen, als handle es sich um die Aufforderung zur Nichteinmischung und zu gleichgültiger Passivität, ist ein weit verbreitetes Missverständnis. Dabei geht es im Gegenteil um einen provokanten Akt, der auf die Gewalt eben nicht mit einer Flucht aus der konfrontativen Situation reagiert, sondern sich dieser stellt. Nächstenliebe hat nichts mit schwärmerischen Gefühlen für andere zu tun, sondern bedeutet, sich dafür einzusetzen, »die Mächtigen vom Thron zu stürzen« (Lukas 1,52), um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Ziviler Ungehorsam gilt manchen als eine besonders radikale Form von Politik, die ja auch mit Risiken einhergeht. Letztlich bleibt sie aber doch innerhalb der gegebenen Spielregeln unserer kapitalistischen Demokratie. Die Ursachen von Ausbeutung, Unrecht, Rassismus oder Klimakatastrophe werden gar nicht berührt. Was tun?

JULIA: Auch das ist eine Frage, mit der sich die Befreiungstheologie seit ihren Anfängen beschäftigt. Es geht immer um eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der kolumbianische Befreiungstheologe Camilo Torres formulierte es in den 1960er Jahren so: »Revolution heißt: eine Regierung einsetzen, die den Hungernden zu essen gibt, die Nackten kleidet und die Unwissenden unterrichtet, kurz, Liebe übt, dies aber nicht nur gelegentlich oder vorübergehend tut und nicht nur einige wenige befriedigt, sondern sich um die große Masse unserer Brüder und Schwestern kümmert. Aus diesem Grunde ist die Revolution dem Christen nicht nur gestattet, sondern sie ist seine Pflicht, wenn sie die einzige wirksame und hinreichende Möglichkeit ist, die Liebe zu allen durchzusetzen.« Nicht alles würden wir heute genauso formulieren. Aber wir sind überzeugt, dass wir im Bestehenden, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein »Leben in Fülle«, wie es in der Bibel heißt, nicht erreichen werden.

BENEDIKT: Wir müssen also zu einer Gesellschaft gelangen, die Produktion und Reproduktion nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert, nicht nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung. Wie wir das tun können, dafür gibt es sicherlich keinen Masterplan. Der erste Schritt ist, dass Menschen sich organisieren. Es muss deutlich werden, dass wirkliche Alternativen zum Bestehenden nicht nur nötig, sondern auch möglich sind, dass wir nicht nur im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten denken können. Daran müssen wir heute arbeiten, die nächsten Schritte und Formen solcher Veränderungen gilt es dann kollektiv zu entwickeln.

Das Gespräch führte Barbara Fried.

---

1 Interview mit dem Erzbischof von Olinda und Recife, Dom Hélder Câmara: »Wenn man mir die Nägel ausreißt«, 21.9.1970, in: Der Spiegel 39/1970, www.spiegel.de/spiegel/print/d-44904924.html

KASSEL, 6. MAI 2006

BRUCHLINIEN

NINO PAULA BULLING
ANNE KÖNIG



Der NSU-Prozess lässt wie unter einem Brennglas Bruchlinien sichtbar werden, die sich durch Deutschland ziehen. Die Graphic Novel rekonstruiert drei Episoden, die im fünfjährigen Gerichtsprozess unter den Tisch gefallen sind. Ergänzend zu den Bildgeschichten erscheinen Gespräche mit Angehörigen, Aktivist*innen, Anwält*innen und Journalist*innen. Hier ist der Schweigemarsch »Kein 10. Opfer!« 2006 in Kassel dargestellt. Dort forderten über 4000 überwiegend migrantische Teilnehmer*innen die Aufklärung der rassistischen Mordserie, die erst fünf Jahre später durch die Selbstenttarnung des NSU publik wurde.



München, 11. Juli 2018.

Guten Morgen.

Es sind anwesend: die fünf Hauptangeklagten und ihre Verteidiger, die Bundesanwaltschaft, die Nebenklage.

Nach der Verhandlungsstand wird heute das Urteil verkündet.

Wir beginnen mit der Hauptangeklagten Beate Zsch–

HERR YOZGAT!

ALLAHU AKBAR!

Unterlassen Sie das, oder ich muss Sie des Saales verweisen.





Der gefährlichen Körperverletzung, der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der schweren Brandstiftung.

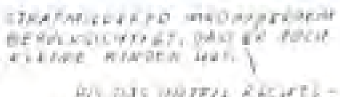





DER MITANGEKLAGTE ANDRÉ EMINGER WIRD WEGEN UNTERSTÜTZUNG EINER TERRORISTISCHEN VEREINIGUNG...

... ZU EINER FREIHEITSSTRAFE VON ZWEI JAHREN UND SECHS MONATEN VERURTEILT.

WEGEN DES VORWURFS DER BEIHILFE ZUM MORD WIRD ER FREIGESPROCHEN. DER HAFTBEFEHL GEGEN IHN ...

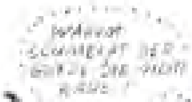

... WIRD AUFGEHOBEN, WEIL DIE UNTERSUCHUNGSHAFT NICHT MEHR VERHÄLTNISMÄSSIG IST.

STRAFMILDERND WURDE BERÜCKSICHTIGT, DASS ER NOCH KLEINE KINDER HAT.

BIS DAS URTEIL RECHTSKRÄFTIG IST, KANN ER SICH AUF FREIEM FUß BEWEGEN.

JAAAAAA AA

BRAVO

BRAVO

UNTERLASSEN SIE DIESE BEKUNDUNGEN, SONST MUSS ICH SIE DES SAALES VERWEISEN.
BRAVO

WARUM SCHMEISST DER GÖTZL DIE NICHT RAUS!

BRAVO

DER MITANGEKLAGTE RALF WOHLLEBEN WIRD WEGEN BEIHILFE ZUM NEUNFACHEN MORD ZU EINER FREIHEITSSTRAFE VON ZEHN JAHREN VERURTEILT.

STRAFMILDERND WURDE BERÜCKSICHTIGT, DASS ER AUCH NOCH KLEINE KINDER HAT.
WARUM DIESE MILDEN URTEILE ??
MEIN KLEINER BRUDER WAR SECHS, ALS MEIN VATER ERMORDET WURDE!



»MAN GEHT IN DIE OFFENSIVE, ODER MAN GIBT AUF«

WIE UMGEHEN MIT RECHTER BEDROHUNG?

GESPRÄCH

MIT FERAT KOCAK, HANNAH MÜLLER
UND BERENA YOGARAJAH

Ihr alle engagiert euch gegen Rassismus und rechte Gewalt und seid auch selbst davon betroffen. In welcher Weise greift diese Gewalt in euer Leben ein?

FERAT: Bei mir hat es so richtig begonnen 2018 mit dem Brandanschlag auf mich und meine Familie, den wir knapp überlebt haben. Seitdem sind Morddrohungen und Hassmails normal geworden. Ich bekomme nachts Anrufe, erhalte SMS, bin auf der Liste des NSU 2.0. Dieser Terror belastet nicht nur mich, sondern auch mein Umfeld. Das Wohnhaus meiner Eltern haben die Nazis immer noch im Visier. Ich selbst bin wegen meines politischen Engagements auf die Abschussliste geraten. Damit bin ich nicht der Einzige. Hier in Berlin-Neukölln gibt es seit elf Jahren organisierten rechten Terror mit Brandanschlägen, Morddrohungen und auch Morden, an Burak Bektaş 2011 und Luke Holland 2015. Diese Gewalt hat mich tief geprägt. Angst ist seither Teil meines Alltags.

BERENA: Ich erlebe keine so krassen Bedrohungen wie Ferat, aber ich kenne rechte Gewalt auf verschiedenen Ebenen. Gesellschaftlichen Rassismus seit der Stunde null, schon bevor ich selbst irgendwie agieren konnte: Nachbarn, die kommentieren, Kinder, die mich auf dem Schulweg angehen, Lehrer, die mich anders behandeln. Das alles sind Erfahrungen mit Gewalt. Dazu kommt eine politische, eine institutionelle Gewalt. Ich erinnere mich genau, wann ich sie das erste Mal bewusst gespürt habe. Ich war mit Genoss*innen zur Prozessbeobachtung des NSU in München und wir haben uns den Tatort angeguckt, wo Habil Kiliç ermordet wurde. Als wir an einer Polizeiwache in der Nähe vorbeischlenderten und zu lange hinguckten, wurden wir festgenommen. Einfach weil wir »Zecken« waren. Die dritte Ebene ist das, wovon Ferat berichtet: Sobald du öffentlich auftrittst als Antifaschist*in, bekommst du es mit rechter Hetze zu tun.

HANNAH: Ich bin nicht direktes Ziel von Alltagsrassismus, einfach weil ich weiß bin. Das Wissen um rechte Gewalt hat mich trotzdem seit meiner Kindheit geprägt, denn mein

» Solidarität ist überlebenswichtig.
Sie hat mich zurück ins Leben gebracht. « (Ferat)

» Wir müssen Politik mit offenem Visier machen:
Wir sind hier, wir bleiben hier,
wir sind Teil dieser Gesellschaft. « (Berena)

Vater saß als Antifaschist im KZ. Ich möchte aber nicht so sehr persönlich antworten, sondern über die verbale Gewalt sprechen, die inzwischen auch uns *Omas gegen Rechts* trifft, im Netz wie auf der Straße. Das wurde das erste Mal letztes Jahr deutlich, als der rechtsradikale Sven Liebig bei einer Demo per Lautsprecher dazu aufforderte, man solle uns Omas mal in einem Flüchtlingsheim ordentlich »beglücken«. Diese sexistischen und rassistischen Angriffe haben viele der Frauen tief getroffen. Wenig später gab es in Halle auch tätliche Angriffe: Liebich-Anhänger umzingelten und schubsten eine Omas-gegen-Rechts-Gruppe, die gegen die AfD demonstrierte. Viele bekamen es mit der Angst zu tun. Als einige den Medien davon berichtet haben, versuchte Liebich, ihre Adresse herauszufinden – wieder eine Taktik, Leute einzuschüchtern.

Was habt ihr gegen die Angriffe unternommen?

HANNAH: Wir versuchen, Solidarität untereinander zu schaffen, und dafür ist Vernetzung wichtig. Viele Betroffene haben Unterstützung erfahren und sich dann selbst für andere eingesetzt. Die *Omas* in Halle haben sich anfangs gar nicht mehr auf die Straße getraut. Nur durch unsere bundesweite Unterstützung fanden sie den Mut, weiterzumachen. Viele haben versucht, sich mit rechtlichen Mitteln zu wehren, und gegen Liebig Anzeige erstattet. Die Anzeigen wurden alle fallengelassen. Das hat viele erschüttert und mutlos gemacht. Es gibt einige, die sich zurückgezogen haben, aber auch viele, die umso entschlossener weitermachen. Uns ist klargeworden, dass es

FERAT KOCAK ist aktiv in verschiedenen antirassistischen Bündnissen sowie im Netzwerk LINKS*KANAX aktiv und stellvertretender Sprecher der LINKEN Neukölln.

HANNAH MÜLLER (Name geändert) ist aktiv in der Initiative *Omas gegen Rechts* Berlin.

BERENA YOGARAJAH ist aktiv bei der Interventionistischen Linken in Köln im Bereich Antirassismus.

nur zwei Möglichkeiten gibt: Entweder man wehrt sich, geht nach vorne. Oder man gibt auf, zieht sich zurück.

FERAT: Ich sehe das genauso. Im Grunde habe ich den Spieß umgedreht: Durch Nichtstun würde ich eingehen. Ich lasse mich nicht einschüchtern. In der Folge des Anschlags musste ich meine Lohnarbeit aufgeben. Ich habe es nicht mehr hinbekommen, acht Stunden am Tag etwas anderes zu machen, während meine Gedanken um das eine Thema kreisen. Inzwischen habe ich mein Engagement gegen rechts zum Beruf gemacht. Es hilft mir, meine Angst zu verarbeiten und mit Menschen zusammenzukommen. In gewisser Weise hat der Anschlag meinem sozialen Engagement einen tiefergehenden und persönlichen Sinn gegeben. Mein Aktivismus hilft mir, mit der Bedrohung klarzukommen.

Ferat, bei wem konntest du angesichts dieser extremen Bedrohung Unterstützung finden? Hast du dich durch Polizei oder andere Staatsorgane geschützt gefühlt?

FERAT: Ganz konkret waren Opferberatungsstellen wichtig, ohne die wäre in unserer Familie gar nichts gegangen. Sie haben das Thema mit uns an die Öffentlichkeit getragen, aber auch im Alltag unterstützt und zum Beispiel dafür gesorgt, dass die Laterne vor unserem Haus wieder funktioniert. Dass gerade diesen Initiativen die Gelder gekürzt werden, ist krass. Die brauchen eigentlich viel mehr Finanzmittel. Die Polizei war weniger hilfreich. Nach dem Anschlag hat sie mir ein Konzept vorgelegt, wie wir unser Haus schützen können. Hätte ich das umgesetzt, hätte ich 20 000 Euro zahlen müssen. Die habe ich nicht. Später habe ich erfahren, dass die Polizei meine Sicherheit sogar gefährdet hat: Sie wusste im Vorfeld des Anschlags, dass ich von Nazis beobachtet werde, aber hat mich nicht gewarnt. Ich kann der Polizei also nicht vertrauen. Ein ungutes Gefühl hatte ich schon immer, als Mensch, der so aussieht wie ich und immer fürchten muss, kontrolliert zu werden. Dazu kommt jetzt eine neue Art von Angst. Dass da ein Polizist vor meinem Haus steht und ich nicht weiß, ist es ein guter oder ein böser. Das alles ist Teil eines größeren Problems, offensichtlich gibt es Strukturen, die den rechten Terror in Neukölln seit Jahren ermöglichen und begünstigen. Seit elf Jahren haben wir Anschläge und eine Ermittlungsquote von null Prozent. Gleichzeitig gibt es immer wieder Polizeiskandale rund um diese Vorfälle. Wir Betroffene haben uns inzwischen zusammengetan und einen Untersuchungsausschuss gefordert, aber keine wirkliche Unterstützung von der Berliner Politik erhalten. Vor Kurzem flog noch auf, dass die Staatsanwaltschaft mit verwickelt ist, der Zuständige für den rechten Terror wurde wegen Befangenheit abgezogen. Wir haben den Eindruck, keines der Staatsorgane kann uns helfen. Mir bleibt nur, systemkritisch an das Thema ranzugehen und mit anderen kritischen Menschen zu kämpfen, um mir ein gewisses Sicherheitsgefühl zu holen. Aber die Unsicherheit bleibt natürlich trotzdem.

Was gibt dir die Kraft, trotzdem weiterzumachen?

FERAT: Für mich war die Solidarität nach dem Anschlag überlebenswichtig. Dadurch bin ich wieder zurückgekommen. Wer mit Betroffe-

nen arbeitet, weiß, dass man erst mal verloren ist. Man weiß nicht mehr, wem man vertrauen kann. Umso wichtiger ist die Unterstützung und Anteilnahme von anderen Betroffenen, wie zum Beispiel durch die Familie von Burak Bektaş. Irgendwann habe ich gespürt, dass meine Geschichte gehört wird, und mehr noch, dass meine Geschichte Menschen motiviert, gegen rechts aktiv zu werden. Das hat mich ein Stück ins Leben zurückgebracht. Heute weiß ich, dass es das ist, was ich in meinem Leben machen muss: Antifaschismus, Antirassismus, von morgens bis abends.

Antirassismus heißt Offensive.
Siehst du das auch so, Berena?

BERENA: Ich sehe das ähnlich: Rückzug ist keine Lösung. Ich wohne wie andere Menschen, ich esse das gleiche Essen, ich kaufe dort ein, wo sie einkaufen. Ich bin Teil dieser Gesellschaft. Es kann nicht das Ziel sein, sich eine kleine sichere Insel aufzubauen. Im Gegenteil, spätestens *Black Lives Matter* hat klargemacht, dass Alltagsrassismus, institutioneller Rassismus und Nazi-Terror ineinandergreifen und wir eine Bedrohung auf verschiedenen Ebenen haben, gegen die wir uns allein gar nicht schützen können. Wir müssen Politik mit offenem Visier machen und in die Offensive kommen. Ein Akteur, der das exemplarisch verkörpert, ist für mich das Netzwerk *We'll come united*. Die sagen, wir sind hier, wir bleiben hier, wir waren immer Teil der Gesellschaft. Natürlich muss man die Bedrohung ernst nehmen. Aber die Antwort kann nicht nur sein, das Telefon zu verschlüsseln. Ich sehe im Moment, dass die Gewalt sichtbarer, spürbarer wird – aber auch der Widerstand wird lauter.

HANNAH: Ja, so erlebe ich es auch. Heute jährt sich zum ersten Mal der Anschlag auf die Synagoge in Halle. Gestern habe ich ein erschütterndes Bild aus Halle gesehen, das so typisch ist für dieses Land. Da war gesprayt: *Niemals vergessen, Kevin und Jana*. Darüber prangt seit gestern Abend ein rotes Hakenkreuz. Dieses Hakenkreuz ist eine Bedrohung für uns alle. Die rechte Gewalt dringt immer mehr in den Alltag, scheint immer normaler. Wir brauchen viel stärkere Bündnisse dagegen.

FERAT: Genau das ist für mich eine Form von Selbstschutz: Kämpfe verbinden. Berena hat es schon gesagt: Rechter Menschenhass und rassistischer Terror sind nicht vom Himmel gefallen. Sie stehen in Kontinuität zur Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen und zu einem rassistischen System. Wir müssen die Kämpfe zusammenbringen. Aber nicht zwanghaft nach dem Motto »Die *Seebrücke* muss bunter werden, *Fridays for Future* muss bunter werden«. Nein, wir müssen die Kämpfe zusammenbringen, indem wir die Inhalte betonen, die die Menschen verbinden. Dann haben wir eine klare Antwort gegen die rechten und konservativen Kräfte, bei denen Profite über Menschen stehen.

Wie genau muss eine offensive antifaschistische und antirassistische Politik denn heute aussehen? Was ist jetzt strategisch wichtig?

FERAT: Breite Bündnisse sind wichtig, aber das ist immer leicht gesagt. So breit sind sie oft gar nicht, oft reden die Politprofis der großen Organisationen und es fehlen migrantisierte Menschen. Ich würde deshalb

sagen, wir brauchen sowas wie *Unteilbar.* auf migrantischer Ebene. Wir müssen den Akteuren, die es schon gibt, eine gemeinsame Plattform geben und dafür sorgen, dass die Betroffenen eine Bühne bekommen. In Berlin haben wir deshalb das *Aktionsbündnis Antirassismus* gegründet, um trotz aller Unterschiede und Konflikte mobilisierungsfähig zu sein. Wenn es in Moria brennt oder ein Anschlag in Halle passiert, dann wollen wir in der Lage sein, schnell einen großen Protest auf die Straße zu bringen. Und dafür müssen wir Differenzen auch mal ausblenden. Heute organisieren wir in Berlin zum Beispiel die Gedenkdemo zu Halle. Da geht es um Antirassismus und Antisemitismus, wo dann immer der Nahost-Konflikt aufkommt. Halle ist exemplarisch dafür, dass diese beiden Kämpfe zusammengehören und unser Bündnis nicht an einem 3000 Kilometer entfernten Konflikt zerbrechen darf.

BERENA: Ich finde es wichtig, die Verbindung zwischen Kämpfen nicht nur zu behaupten, sondern zu verstehen. Wirklich zu begreifen, was die europäische Kolonialgeschichte mit den Gastarbeiter*innen zu tun hat und wie das mit Faschos zusammenhängt. Wir haben so viele wichtige Bewegungen und Initiativen gegen Rassismus und Faschismus, aber häufig ist ihre Arbeit eng an bestimmte Identitäten geknüpft. Man streitet sich darüber, ob die Straßenumbenennungen oder das N-Wort gerade relevanter sind als rechte Netzwerke in der Polizei oder der Kampf gegen Abschiebungen. Natürlich ist die Herangehensweise, die Ferat benannt hat, richtig: vor Ort Bündnisse zu schließen, um handlungsfähig zu sein. Kämpfe zu verbinden, fängt aber damit erst an und ist mit dem gemeinsamen Demo-Aufruf nicht abgeschlossen. Ich bin überzeugt, dass Lernprozesse durch gemeinsame Praxis gelingen können. Es gibt Menschen, die sich in Willkommensinitiativen engagieren und jetzt begreifen, was ihre Arbeit mit dem Mord an George Floyd zu tun hat. Wenn ich verstehe, dass mein Kampf eng verbunden ist mit dem von anderen, dann stellt sich auch die Frage, wer zu welchem Thema sprechen darf, in dieser Weise nicht mehr. Dann sind wir »united against racism«, ob wir nun gegen die Klimazerstörung kämpfen oder gegen Grenzregime. Dann handeln wir in Solidarität, in dem Bewusstsein und dem Umgang damit, dass manche mehr und manche weniger betroffen sind.

HANNAH: Also toll wäre es, wenn die *Omas gegen Rechts* noch diverser wären: *Migrantifa*, gebt uns die E-Mail-Adressen eurer Eltern, die müssen bei uns mitmachen! Was ich hier in Deutschland zentral finde: Es müssen viel mehr von uns wieder selbst Nazis blockieren. Bei den Corona-Demos im August war ich sehr enttäuscht. Es war klar, da kommen auch organisierte Rechte, und sie haben angekündigt, an der Synagoge und am Holocaust-Mahnmal vorbeizulaufen. Das konnten wir durch die Anmeldung von Gegendemonstrationen und Proteste verhindern. Dennoch standen wir dort am Ende mit 350 Leuten und sahen Tausende Corona-Leugner und Rechte an uns vorbeiziehen. Da haben wir uns alleingelassen gefühlt, auch von der Linken. In solchen Momenten müssen mehr Menschen runter vom Sofa, raus aus der Wohlfühlzone und sichtbar auf der Straße

sein. Die Unterschrift unter Aufrufe zu setzen reicht nicht.

Wie blickt ihr in die Zukunft? Was wird entscheidend sein für die Bewegung?

HANNAH: Ich wünsche mir, dass die Vernetzung, die begonnen hat, weitergeht. Dass wir einander solidarischer verbunden sind, indem wir uns besser kennenlernen. Für mich ist Sprache dabei wichtig: Wir müssen die Gesellschaft auch in der Sprache wieder verändern, auf Sprache aufmerksam machen und gleichzeitig lernen, gelassener zu sein, wenn jemand sich verspricht. Dass wir kämpferisch sind, wenn jemand mit Sprache angreift, aber eine eigene Sprache entwickeln, die alle mitnimmt.

FERAT: Ich finde, wir müssen wieder und wieder die Ursachen in den Fokus nehmen: die Form des Nationalstaats, das kapitalistische Wirtschaftssystem. Wir brauchen eine grundlegend neue Art und Weise des Zusammenlebens, aber wir stecken in diesem System fest. Selbst die Parteien, in denen wir aktiv sind, verwalten oft nur noch die Strukturen, anstatt darüber hinaus zu denken. Die Menschen haben Angst, dass etwas Neues nicht funktioniert. Als Antifaschist*innen müssen wir uns in diesen Kampf um die Zukunft mehr einmischen, unsere Visionen wieder herauskramen und sagen: Eine bessere Welt ist möglich. Und lasst uns in Neukölln damit anfangen, hier, wo wir leben.

BERENA: Da schließe ich mich an. Den politischen Horizont zu erweitern und zu verschieben, ist die Aufgabe von uns Linken. Und darauf habe ich richtig Bock. Ich habe Bock auf einen antirassistischen Kampf, der sich als antikolonialer versteht und die Perspektive der Marginalisierten in den Fokus rückt. Auf Antikapitalismus, der Ausbeutung überall anprangert, wo sie passiert, in der Care-Arbeit oder in der Arbeit der Illegalisierten. Ich habe Bock auf einen feministischen Kampf für sexuelle Selbstbestimmung. Denn am Ende geht es um ein besseres Leben für uns alle. So pathetisch es klingt: *Touch one, touch all!* Wir können alle nicht frei sein, solange es Unterdrückung gibt. Das sage ich nicht, weil es gut klingt, sondern weil ich an diesem Punkt überzeugte Universalistin bin: Antirassismus, Feminismus, Dekolonisierung versprechen tatsächlich Befreiung für alle Menschen. Und der faschistische feuchte Traum ist eine totale Dystopie, ein Albtraum für alle. Das ist so irre, wie dieses System unsere kollektive Fantasie beschränkt. Wir leben in einem Europa, das Gleichheit und Freiheit in jeder blöden Nationalhymne trällert, aber wo man sich Bewegungsfreiheit nicht mal als Utopie vorstellen kann. Ich würde die Frage also andersherum stellen: Wie können wir unsere Kämpfe denn *nicht* zusammen begreifen? Wir sind voneinander abhängig. Ich kann gar nicht anders, als mich mit euch verbunden fühlen, ohne euch macht mein Kampf keinen Sinn. Das ist der Ausgangspunkt meiner politischen Praxis.

HANNAH: Ein schöneres Schlusswort kann man sich wohl nicht vorstellen: Eine Liebeserklärung an den gemeinsamen Kampf.

Das Gespräch führten Rhonda Koch und Hannah Schurian.

WAS EIN KÖRPER VERMAG

EINE GENEALOGIE DER SELBSTVERTEIDIGUNG

ELSA DORLIN

Sklaven und Indigenen war im Kolonialismus streng untersagt, was ihren Unterdrückern selbstverständlich gestattet war: sich zu bewaffnen oder zu verteidigen. Woher rührt diese historische Kluft zwischen »verteidigungswürdigen« und wehrlosen Körpern, die organisierte Entwaffnung der Unterworfenen, die in jedem Befreiungsversuch die Frage der Gewalt aufruft? Welche »Kampfethiken des Selbst«, welche Praxen der Selbstverteidigung lassen sich aufspüren, wenn man die Geschichte aus der Perspektive der Unterdrückten neu erzählt?

3. März 1991, Los Angeles. Rodney King, ein junger afroamerikanischer Taxifahrer von 26 Jahren, wird von drei Polizeiautos und einem Polizeihubschrauber gestoppt, die ihn auf der Autobahn aufgrund einer Geschwindigkeitsüberschreitung verfolgen sollten. Als er sich weigert, aus seinem Fahrzeug auszusteigen, wird er mit einer an sein Gesicht gehaltenen Feuerwaffe bedroht. Einige Sekunden später fügt er sich und legt sich schließlich auf den Boden; ihm werden mit einem Taser Elektroschocks verabreicht; und als er dann aufzustehen und sich zu schützen versucht, um zu verhindern, dass ihn ein Polizist schlägt, wird mit Schlagstöcken dutzendfach auf sein Gesicht und seinen Körper brutal eingeprügelt. Gefesselt wird er bewusstlos liegen gelassen, Schädel und Kiefer sind mehrfach gebrochen, ein Teil des Mundes und des Gesichts ist zerfetzt, er hat offene Wunden und einen gebrochenen Knöchel; erst Minuten später trifft ein Krankenwagen ein, der ihn ins Krankenhaus bringt.

Die Lynchszene von Rodney King kann dank eines Amateurvideos Sekunde für Sekunde beschrieben werden. Es wurde von einem Zeugen aufgenommen, George Holliday, der an diesem Abend von seiner Wohnung aus, von der man auf die Autobahn sehen kann, etwas eingefangen hat, was einem Archiv heutiger Herrschaft ähnelt. Noch am selben Abend wird das Video über die Fernsehkanäle verbreitet und geht alsbald um die Welt. Ein Jahr später beginnt vor einem Geschworenengericht der Prozess gegen die vier Polizisten, die am unmittelbarsten an den Prügeln von Rodney King beteiligt waren (insgesamt wurden mehr als zwanzig festgenommen). Die Anklage lautet auf »übermäßige Gewaltanwendung«. Bei der Auswahl der Geschworenen wurden von den Strafverteidigern alle Afroameri-

ELSA DORLIN ist Professorin für Philosophie an der Universität Paris 8 Vincennes-Saint-Denis. Ihr Buch »Selbstverteidigung. Eine Philosophie der Gewalt« entwirft eine Genealogie der politischen Widerstandspraktiken von den Sklavenaufständen bis zu queeren Schutzpatrouillen. Es erschien im Oktober 2020 beim © Suhrkamp Verlag – wir veröffentlichen einen Auszug aus dem Prolog.

kaner abgelehnt, die Jury (bestehend aus zehn Weißen, einem Lateinamerikaner und einem Sinoamerikaner) wird die Polizisten nach einem fast zweimonatigen Prozess freisprechen. Nach der Verkündung des Urteils entbrennen die berühmten »Unruhen von Los Angeles«: sechs Tage Revolte in der Stadt, bei der die bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften (Polizei und Armee) 63 Tote und mehr als 2 000 Verletzte fordern.

Abgesehen von dem Urteil, das die Polizisten im wahrsten Sinne weißwäscht, ist der Verlauf der Debatten und die Darlegung der Gründe, die die Geschworenen dazu brachten, die vier Angeklagten freizusprechen, aufschlussreich: Die Verteidigungslinie ihrer Anwälte bestand darin, die Geschworenen davon zu überzeugen, dass die Polizisten in Gefahr waren. Ihnen zufolge fühlten sie sich angegriffen und machten nichts anderes, als sich gegen einen »Riesen« zu verteidigen (Rodney King war über 1 m 90 groß), der sie sogar noch am Boden schlug und unter dem Einfluss einer Droge stand, die ihn »gegen Schläge unempfindlich machte«. Einige Monate später wird Rodney King bei dem zweiten Prozess erklären, dass er »nur versuchte, am Leben zu bleiben«. Diese Schuldumkehr ist hier die zentrale Frage. Beim ersten Prozess haben die Anwälte der Polizisten nur einen einzigen Hauptbeweis vorgelegt und ausgewertet: das Video von George Holliday. Derselbe Film, der in der Öffentlichkeit als Beleg für die Brutalität der Polizei angesehen wurde, wurde von ihnen ausgeschlachtet, um im Gegenteil zu suggerieren, dass die Polizisten von Rodney King »bedroht« wurden. Im Gerichtssaal wird das von den Geschworenen angesehene und von den Anwälten der Ordnungskräfte kommentierte Video als Notwehr-Szene betrachtet, die von der »Verwundbarkeit« der Polizisten zeugt. Wie ist eine solche Diskrepanz der Interpretation zu verstehen? Wie können dieselben Bilder Anlass für zwei grundverschiedene Versionen und Opfer sein, je nachdem, ob man ein weißer Geschworener in einem Gerichtssaal oder ein gewöhnlicher Zuschauer ist?

Diese Frage stellt Judith Butler in einem Text, der wenige Tage nach dem Urteil verfasst wurde. Sie lenkt hier die Aufmerksamkeit nicht auf die divergierenden Interpretationen, um zu entscheiden, »wer Opfer ist«, sondern auf die Bedingungen, unter denen bestimmte Sichtweisen die Individuen veranlassen zu glauben, dass Rodney King ein Opfer von Lynchjustiz ist oder dass die Polizisten Opfer eines Angriffs sind. Aus einer Fanon'schen Perspektive, auf die sie sich beruft, vertritt Butler die Ansicht, dass nicht die Logik der widerstreitenden Meinungen Gegenstand einer kritischen Analyse sein muss, sondern der Verständnisrahmen der Wahrnehmungen, die nie unmittelbar sind. Das Video ist nicht als eine nackte Tatsache, als eine zu interpretierende Materie zu begreifen, sondern als Ausdruck eines »rassegesättigten Feldes der Sichtbarkeit« (Butler 1993, 15). Anders gesagt, bestimmt die rassiale Schematisierung der Wahrnehmungen sowohl die Erzeugung des Wahrgenommenen als auch das, was das Wahrnehmen besagen möchte: »Wie kann man über diese Ver-

kehrung der Geste und Absicht in den Begriffen der rassialen Schematisierung des Feldes der Sichtbarkeit Klarheit gewinnen? Handelt es sich um eine spezifische Umwertung des Handelns (*agency*), die für eine rassialisierte Episteme typisch ist? Und wirft die Möglichkeit einer solchen Verkehrung nicht die Frage auf, ob das, was »gesehen wird, nicht schon immer zum Teil eine Frage dessen ist, was eine bestimmte rassistische Episteme als sichtbar produziert«? (ebd., 16) Somit muss man nach diesem Prozess fragen, nach dem, wodurch die Wahrnehmungen sozial erzeugt werden, produziert von einem Korpus, das jeden möglichen Erkenntnisakt weiterhin beherrscht.

»Indem sich Rodney King verteidigte, wurde er unverteidigbar. Er wurde umso mehr als Aggressor wahrgenommen, je mehr er sich verteidigte und je mehr er geschlagen wurde.«

Rodney King wird unter Absehung von jeglicher Notlage oder jeglichen Ausdrucks der Wehrlosigkeit als angreifender Körper gesehen, und er nährt das »Phantasma der Aggression weißer Rassisten« (ebd., 20). Im Gerichtssaal kann er in den Augen der weißen Geschworenen nur als »Agent der Gewalt« gesehen werden. […]

Bilder sprechen nie von selbst, was in einer Welt, in der die Darstellung von Gewalt zu den beliebtesten Stoffen der visuellen Kultur gehört, sehr wichtig ist. Ganz am Anfang von Hollidays Video sieht man Rodney King aufrecht, er geht auf einen Polizisten zu, der versucht, ihn zu schlagen, und streckt seine Arme nach vorne: Diese Geste zu seinem Schutz wird systematisch als Drohgebärde angesehen werden, die bereits eine eindeutige Aggression darstellt. Wie Kimberlé Crenshaw und Gary Peller darlegen, bestand die von den Anwälten der Polizisten eingesetzte Technik darin, das Video in einzelne Standbilder zu zerlegen und die Bilder immer wieder anzuhalten, die dann isoliert voneinander Stoff für endlose Interpretationen boten. Indem sie die widersprüchlichen Berichte über eine Szene vervielfachten, die aufgesplittert und von dem sozialen Kontext getrennt wurde, in dem und durch den sie sich ereignete, gelang es den Anwälten der Polizei, den Sinn der Bildsequenz in ihrer Gesamtheit zu vernebeln und zu »zersetzen«. (Crenshaw/Peller 1993, 61) Auch wenn dieses Video für einen Teil der Bürger (Schwarze, aber auch Weiße) einen erdrückenden Beweis für die Brutalität der Polizei darstellen konnte, konnten die Anwälte im Gerichtssaal behaupten, dass es nichts gibt, was auf eine übermäßige Gewaltanwendung schließen lässt. Die Polizisten hatten von der Gewalt »einen angemessenen Gebrauch« gemacht. Der Moment, in dem die Brutalität der Polizei ihren Höhepunkt erreicht, in der 81. Sekunde der Aufnahme, wurde so zu einer Notwehr-Szene gegen einen Rasenden.

Die Wahrnehmung der Polizeigewalt hängt nicht nur von einem Verständnisrahmen ab, der der Vergangenheit entstammt, vielmehr wird dieser Rahmen ständig von materiellen und diskursiven Machttechniken aktualisiert, die unter anderem darin bestehen, die Wahrnehmung der Ereignisse gesellschaftlicher und politischer Kämpfe auszuschließen, die just

dazu beitragen, sie an der Geschichte festzumachen und andere Wahrnehmungs- und Verständnisrahmen für die erlebte Erfahrung auszubilden.

Indem sich Rodney King gegen die Polizeigewalt verteidigte, wurde er unverteidigbar. Er wurde mit anderen Worten umso mehr als Aggressor wahrgenommen, je mehr er sich verteidigte und je mehr er geschlagen wurde. Die Sinnverkehrung von Angriff und Verteidigung, Aggression und Schutz in einem Rahmen, der strukturell erlaubt, ihre legitimen Elemente und Agenten zu bestimmen, egal, wie ihre Gesten tatsächlich beschaffen waren, transformiert diese Handlungen in anthropologische Eigenschaften, die eine Farbgrenze zu markieren vermögen, die die so formierten Körper und sozialen Gruppen diskriminiert. Diese Trennlinie grenzt nicht nur bedrohliche/aggressive Körper und defensive Körper voneinander ab. Vielmehr trennt sie diejenigen, die Handelnde sind (Agenten ihrer eigenen Verteidigung), und diejenigen, die eine vollkommen negative Form von Handlungsvermögen bezeugen, insofern sie nur Agenten »reiner« Gewalt sein können. […] Für diese Gewalt werden immer die schwarzen Männer verantwortlich gemacht: Sie sind ihre Ursache und ihre Wirkung, ihr Anfang und ihr Ende. Aus diesem Blickwinkel wurden die Schutzreflexe Rodney Kings, seine ungeordneten Gesten, um am Leben zu bleiben (er schlägt mit den Armen um sich, taumelt, versucht wieder aufzustehen, kniet), als von ihm ausgehende »totale Kontrolle« und als Beleg für eine »gefährliche Absicht« eingestuft, so als könne die Gewalt die einzige willentliche Handlung eines schwarzen Körpers sein, womit man ihm de facto jegliche legitime Verteidigung absprach. Indem bestimmten Gesellschaftsgruppen, die zu »Risikogruppen« aufgebaut werden, dieses ausschließlich disqualifizierte und disqualifizierende gewalttätige Handeln, dieses negative Handlungsvermögen zugeschrieben wird, soll verhindert werden, dass die Polizeigewalt als Aggression wahrgenommen wird. Da die Körper, die zur Minderheit gemacht wurden, eine Bedrohung sind, da sie eine Gefahrenquelle sind, Agenten jedweder möglichen Gewalt, kann man die ständig auf sie ausgeübte Gewalt, angefangen bei der von Polizei und Staat, nie als die unerhörte Gewalt ansehen, die sie ist: sie ist sekundär, schützend, defensiv – eine Reaktion, eine immer schon legitimierte Antwort. […]

»Die Möglichkeit, sich zu verteidigen, ist das ausschließliche Privileg einer herrschenden Minderheit.«

Hier geht es nicht mehr nur um das Handlungsvermögen: Was zur Debatte steht, ist auch die Überprüfung der Person – die moralische und politische Einstufung –, die Anerkennung von »Rechtssubjekten« oder vielmehr von Subjekten, die ein Recht auf Selbstverteidigung haben oder nicht. King kann nicht als ein Körper wahrgenommen werden, der sich verteidigt, er wird a priori als ein Agent der Gewalt angesehen. Die Möglichkeit, sich zu verteidigen, ist das ausschließliche Privileg einer herrschenden Minderheit. Im Fall der Lynchung von Rodney King wird der Staat – in Form seiner bewaffneten Arme und seiner Repräsen-

tanten – nicht als gewalttätig wahrgenommen, vielmehr ist man der Ansicht, dass er auf die Gewalt reagiert, er verteidigt sich gegen die Gewalt. Für Rodney King, aber auch für jeden anderen Körper, der ein Opfer der Rhetorik von der Notwehr und dieser Sichtweise ist, gilt hingegen, je mehr er sich verteidigt hat, desto mehr wurde er unverteidigbar. […]

Davon ausgehend könnte man versuchen, ein bestimmtes Dispositiv derMacht zu identifizieren, das ich als »Verteidigungsdispositiv« bezeichnen würde.Wie verfährt es? Es zielt auf das ab, was die Kraft, den Impetus, den polarisierten Antrieb zur eigenen Verteidigung zur Geltung bringt, indem es bei bestimmten Personen ihre Bahn in einem Rahmen absteckt, der die Verteidigung fördert und legitimiert oder im Gegenteil bei anderen ihren Vollzug, ja selbst ihre Möglichkeit verhindert, indem es diesen Impetus zu etwas Unbeholfenem, Unentschlossenem oder Gefährlichem macht, das für die anderen wie für einen selbst bedrohlich ist.

Dieses zweischneidige Verteidigungsdispositiv zieht eine Demarkationslinie zwischen Subjekten, die würdig sind, sich selbst zu verteidigen und verteidigt zu werden, auf der einen Seite und Körpern, die zu defensiven Taktiken gezwungen sind, auf der anderen Seite. Diesen verwundbaren und misshandelbaren Körpern wird nur mit bloßen Händen eine Subjektivität zuteil. In und mit der Gewalt in Schach gehalten, leben oder überleben sie nur, wenn es ihnen gelingt, sich Taktiken zur Verteidigung zuzulegen. Diese subalternen Praktiken bilden das, was ich als Selbstverteidigung im eigentlichen Sinne bezeichne, im Gegensatz zum juristischen Begriff der Notwehr. Im Unterschied zu Letzterem hat die Selbstverteidigung paradoxerweise kein Subjekt – womit ich sagen will, dass das Subjekt, das sich verteidigt, vor der Initiative, gegen die Gewalt Widerstand zu leisten, zu deren Zielscheibe es geworden ist, nicht existierte. So verstanden, kommt die Selbstverteidigung dem gleich, was man, so mein Vorschlag, als »Kampfethiken des Selbst« bezeichnen kann.

»Dieses zweischneidige Verteidigungsdispositiv zieht eine Demarkationslinie zwischen Subjekten, die würdig sind, sich selbst zu verteidigen und verteidigt zu werden, und Körpern, die zu defensiven Taktiken gezwungen sind.«

Wenn man dieses Dispositiv an den Punkten aufspürt, an denen es aufgekommen ist, nämlich in einer kolonialen Situation, kann man die Prozesse der monopolistischen Aneignung der Gewalt durch Staaten hinterfragen, die für sich den legitimen Gebrauch physischer Gewalt in Anspruch nehmen: Eher als von einem Monopol könnte man von einer Herrschaftsökonomie der Gewalt sprechen, die paradoxerweise die Personen verteidigt, denen schon immer das Recht zugestanden wurde, sich selbst zu verteidigen. Diese Ökonomie behauptet die Legitimität bestimmter Subjekte, physische Gewalt zu gebrauchen, überträgt ihnen den Machterhalt und die Gerichtsbarkeit (die Selbstjustiz) und räumt ihnen die Erlaubnis zum Töten ein.

Doch geht es hier nicht nur um die grundlegende Unterscheidung zwischen »verteidigten Subjekten« und »verteidigungslosen Subjekten«, zwischen Subjekten, die das Recht haben, sich zu verteidigen, und Subjekten, die nicht das Recht haben, dies zu tun (und dadurch unverteidigbar werden). Es gibt noch eine subtilere Staffelung. Denn man muss hinzufügen, dass die Regierung der Körper im Maßstab der Muskeln erfolgt. Gegenstand dieser Regierungskunst ist der Nervenimpuls, die Muskelkontraktion, die kinästhetische Körperspannung, die Entladung hormoneller Flüssigkeiten; sie wirkt auf das ein, was ihn anregt oder hemmt, was ihn agieren lässt oder ihm entgegenwirkt, was ihn zurückhält oder erregt, was ihn sichert oder erschüttert, was bewirkt, dass er zuschlägt oder nicht zuschlägt.

Mehr vom Muskel als vom Gesetz auszugehen würde die Art und Weise, in der die Gewalt im politischen Denken problematisiert wurde, jedoch zweifellos verschieben. Ich konzentriere mich auf die Momente des Übergangs zur defensiven Gewalt, auf die Momente, über die, wie mir scheint, keine Klarheit zu gewinnen ist, wenn man sie einer politischen und moralischen Analyse unterzieht, die um die Fragen der »Legitimität« kreist. In jedem Moment des Übergangs zur defensiven Gewalt geht es um nichts anderes als um das Leben: nicht sofort getötet zu werden. Die physische Gewalt wird hier als Lebensnotwendigkeit und als Widerstandspraxis gedacht.

Die Geschichte der Selbstverteidigung ist ein Abenteuer, bei dem unaufhörlich zwei Pole, zwei antagonistische Ausdrucksformen der Verteidigung von »sich« einander gegenübergestellt werden: einerseits die herrschende juridisch-politische Tradition der legitimen Verteidigung, die mit einer Unzahl von Machtpraktiken mit unterschiedlichen Formen von Brutalität verbunden ist, die es hier auszugraben gilt, und andererseits die verschüttete Geschichte der »Kampfethiken des Selbst«, die die politischen Bewegungen und die zeitgenössischen Gegenbewegungen durchzogen haben und eine erstaunliche Beständigkeit des defensiven Widerstands zum Ausdruck bringen, die ihre Stärke ausmacht.

»In jedem Moment des Übergangs zur defensiven Gewalt geht es um nichts anderes als um das Leben: nicht sofort getötet zu werden.«

Ich möchte […] der Geschichte der Selbstverteidigungskonstellationen nachgehen, und zwar nicht, indem ich die markantesten Beispiele herauspicke, sondern indem ich die Erinnerung an jene Kämpfe erforsche, bei denen die Körper der Beherrschten die Hauptarchive darstellen: die synkretistischen Kenntnisse und Kulturen der Selbstverteidigung der Sklaven, die Praxis der feministischen Selbstverteidigung, die in Osteuropa von jüdischen Organisationen gegen die Pogrome entwickelten Kampftechniken. […]

Mit der Öffnung dieser Archive, die noch viele andere Erzählungen enthalten, erhebe ich nicht den Anspruch, Geschichtsschreibung zu betreiben, sondern es geht mir darum, an

einer Genealogie zu arbeiten. An diesem äußerst dunklen Himmel leuchtet die Konstellation infolge von Nachklängen, Schreiben, Testamenten, zitierten Berichten auf, die die verschiedenen Lichtpunkte vorsichtig und subjektiv miteinander verbinden. Die entscheidenden Texte, die das Fundament der Philosophie der Black Panther Party for Self Defense bilden, würdigen die Aufständischen des Warschauer Ghettos; die Queer-Selbstverteidigungspatrouillen stehen in einem zitathaften Zusammenhang mit den Bewegungen der schwarzen Selbstverteidigung; das Jiu-Jitsu, das die internationalistischen anarchistischen englischen Suffragetten praktizierten, wurde ihnen zum Teil aufgrund der imperialen Politik der Aneignung des Wissens und Know-hows der Kolonisierten durch deren Entwaffnung zugänglich.

»Was macht die Gewalt Tag für Tag mit unserem Leben, unserem Körper, unseren Muskeln? Und was können diese ihrerseits innerhalb und mit der Gewalt sowohl tun als auch nicht tun?«

Meine eigene Geschichte, meine körperliche Erfahrung waren das Prisma, durch das ich dieses Archiv gehört, gesehen und gelesen habe. Meine theoretische und politische Kultur hinterließen mir als Erbe die Grundidee, dass sich die Machtverhältnisse in situ nicht immer gänzlich auf bereits kollektive Auseinandersetzungen beschränken können, sondern in der Intimität eines Schlafzimmers, in einem Metroschacht, hinter der augenscheinlichen Ruhe eines Familientreffens […] erlebte Herrschaftserfahrungen berühren. Für manche endet mit anderen Worten die Frage der Verteidigung nicht, wenn der markanteste Moment der politischen Mobilisierung vorüber ist, sondern sie gehört zu einer kontinuierlich erlebten Erfahrung, einer Phänomenologie der Gewalt. Dieser feministische Ansatz erfasst anhand des Rasters der Machtverhältnisse das, was traditionell als jenseits oder außerhalb der Politik angesehen wird. Indem ich diese Verschiebung vornehme, möchte ich nicht auf der Ebene der bestehenden politischen Subjekte arbeiten, sondern auf der Ebene der Politisierung der Subjektivitäten: im Alltag, in der Intimität der sich in uns befindenden Affekte der Wut, in der Einsamkeit erlebter Erfahrungen der Gewalt, gegen die man eine ständige Selbstverteidigung betreibt, ohne dass diese als solche auftritt. Was macht die Gewalt Tag für Tag mit unserem Leben, unserem Körper, unseren Muskeln? Und was können diese ihrerseits innerhalb und mit der Gewalt sowohl tun als auch nicht tun?

LITERATUR

Butler, Judith, 1993: Endangered/Endangering: Schematic Racism and White Paranoia, in: Robert Gooding-Williams (Hg.): Reading Rodney King/Reading Urban Uprising, New York/London, 15–22

Crenshaw, Kimberlé/Peller, Gary, 1993: Reel Time/Real Justice, in: Robert Gooding-Williams (Hg.), Reading Rodney King/Reading Urban Uprising, New York/London, 56–70

SELBSTVERTEIDIGUNG UND BEFREIUNG

WIE SCHWARZE FEMINISTINNEN IN BRASILIEN FÜR DEMOKRATIE KÄMPFEN

CHRISTIANE GOMES

Die Institutionen der Macht in Brasilien waren immer schon *weiß* und männlich. Jetzt sind sie auch noch von Rechten dominiert. Die Bewegungen der Marginalisierten haben den Weg in die Parlamente angetreten.

Als Schwarze Frau lebe ich in einem Land, das noch immer unter den Folgen des Kolonialismus und einer mehr als 300 Jahre andauernden Sklaverei leidet, das von strukturellem Rassismus geprägt ist und in dem der Staat von Beginn an vor allem die Interessen einer räuberischen Elite vertritt. Die allermeisten Schwarzen, insbesondere Frauen, haben keinen Zugang zum Reichtum des Landes und auch nicht zu den politischen Institutionen. Viele ihrer Wohnviertel werden von einer militarisierten Polizei kontrolliert, ihre Kinder haben kaum Chancen auf höhere Bildung und leben täglich mit der Gefahr, umgebracht zu werden. All das ist in diesem Land schon sehr lange so.

Doch 2018 mussten wir einen neuen Höhepunkt dieser menschenverachtenden und ausbeuterischen Herrschaft erleben: die Machtübernahme von Jair Bolsonaro. Damit hatte sich ein extrem rechter Politiker, dessen Wahlkampf von misogynen, rassistischen, homophoben und ultraneoliberalen Äußerungen sowie vom massiven Einsatz von Fake News geprägt war, an die Spitze des Landes gesetzt. Es fällt schwer, sich einen Schlimmeren in der Funktion des Präsidenten vorzustellen. Dieser Schlag ereilte uns in einer Situation, als wir noch voller Trauer waren über den Verlust von Marielle Franco. 2016 war Marielle zur Stadträtin in Rio de Janeiro gewählt worden und am 14. März 2018 wurde sie zusammen mit ihrem Fahrer Anderson Gomes brutal ermordet.

Ihre Geschichte steht exemplarisch für den gegenwärtigen Kampf Schwarzer Frauen in Brasilien: um Anerkennung, um Rechte und auch um Sichtbarkeit – ein Kampf, der letztlich eine Form der Selbstverteidigung ist. Aber es ist nicht nur ein Abwehrkampf, es ist auch ein Angebot: Wir bringen die brasilianische Gesellschaft dazu, über Rassismus, über Schwarzen

Feminismus, über Transfeindlichkeit und über Kinderrechte zu sprechen, über die Wirtschaft und über die aktive Rolle, die Schwarze Frauen darin einnehmen. Wir entwerfen eine alternative Erzählung für diese Gesellschaft, die sich auf das Konzept *Bem Viver* (»das gute Leben«) stützt. Die Situation in unserem Land wäre, auch was das Ausmaß an Gewalt angeht, noch viel dramatischer, wenn es keinen starken Widerstand gegen all diese Missstände gäbe, der von sozialen und politischen Bewegungen angeführt wird. Schwarze Frauen spielen darin eine zentrale Rolle. Wir folgen damit einem Pfad, den bereits unsere Vorfahr*innen, die als Sklav*innen nach Brasilien gekommen waren, vor Jahrhunderten beschritten. Dieser Weg ist geprägt von Widerständigkeit und Resilienz.[1] Als Schwarze Frauenbewegung ist uns immer bewusst, dass unsere Schritte von sehr weit her kommen.

CHRISTIANE GOMES ist Journalistin und Feministin. Sie arbeitet als Projektmanagerin im Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo.

WARUM MARIELLE?

Marielle Franco steht für das Schicksal und den täglichen Kampf Schwarzer Frauen in dieser Gesellschaft. Sie war Schwarz, Mutter, bisexuell und kam aus der Favela da Maré in Rio de Janeiro. Zur Aktivistin wurde sie, nachdem sie eine Freundin durch Polizeigewalt verloren hatte. Sie gab Kurse, die Schwarze Jugendliche auf die Aufnahmeprüfungen an den staatlichen Universitäten vorbereiten, studierte Soziologie, trat der Partei Sozialismus und Freiheit (PSol) bei und wurde einige Jahre später zur Stadträtin gewählt, mit dem damals fünftbesten Ergebnis in ganz Brasilien.

Während ihrer Zeit im Stadtrat prangerte sie unermüdlich die Gewalt und den Machtmissbrauch der Militärpolizei in den Armenvierteln von Rio de Janeiro an. Sie brachte Gesetze zum Schutz von Schwarzen Frauen, Marginalisierten, Favela-Bewohner*innen und der LGBTQI+-Community voran und kämpfte für soziale Gerechtigkeit. Marielle wusste, dass sie eine Community repräsentierte, die von der institutionellen Politik vernachlässigt wird. Neben 51 *weißen* Männern und einer *weißen* Frau war sie die einzige Schwarze in diesem Stadtrat. In ihrer letzten Rede erklärte sie: »Der Angriff des Staates gilt denen, die

aus der Favela stammen. Wir werden immer wieder verletzt und vergewaltigt. Wenn der Staat mit militärischen Mitteln diese Community schikaniert, frage ich mich, wie geht es den Eltern und den Verwandten dieser Kinder? […] Wie geht es den Frauen, die keinen Zugang zu dieser Stadt haben? Davon gibt es viele. Es sind Schwarze Frauen, lesbische Frauen, Transfrauen, Frauen vom Land, Frauen, die diese Stadt am Laufen halten.«

Marielles Präsenz an den Schaltstellen der institutionalisierten Macht war das Ergebnis einer Bewegung, die einen Bruch mit der rassistischen, patriarchalen Politik bedeutet, in der *whiteness* als System der Unterdrückung und Ausbeutung fungiert. Marielle stand für eine neue politische Perspektive, die beansprucht, kollektives Handeln zu repräsentieren; die nah bei den Menschen und ihren Bedürfnissen ist und auf schlagkräftige Weise ihre Rechte verteidigt: antirassistisch und intersektional. Die Mächtigen fühlten sich von ihrem Aktivismus bedroht. Die Auftraggeber ihrer Mörder dachten wohl, dass sie auf diese Weise auch das Projekt zerstören können, für das sie stand. Doch da haben sie sich geirrt. Die Schwarze feministische Bewegung ist gut organisiert und tief verwurzelt. Aus dem Leid und der Trauer über den Verlust von Marielle ist neuer Mut entstanden, auch wenn die Umstände ihrer Ermordung bis heute nicht aufgeklärt sind.

KOLLEKTIVE MANDATE: DEMOKRATIE VON UNTEN

Die alltägliche ökonomische, physische und psychische Gewalt, der wir ausgesetzt sind, kann nur durch einen grundlegenden Umbau der Machtverhältnisse und der damit zusammenhängenden Institutionen beendet werden. Die Vorstellung, dass dies überhaupt möglich sein könnte, diesen Samen der Hoffnung hat Marielle gesät. So kam es, dass an demselben Wahltag, an dem Bolsonaro an die Macht kam und die hasserfüllte Politik der extremen Rechten gestärkt wurde, auch eine ganze Reihe Schwarzer Feministinnen auf nationaler Ebene und in den Bundesstaaten Mandate in den Parlamenten errang. Dies hat vielen Kraft und Hoffnung gegeben.

Für Schwarze Frauen ist es ein großer Erfolg, in diesen politischen Strukturen vertreten zu sein. Das bedeutet *auch*, mit ihren Schwarzen Körpern in den *weißen* Parlamenten präsent zu sein. Nach Jahrhunderten der Gewalt und Unterdrückung hat dies eine große symbolische Bedeutung. Gleichzeitig ist klar, dass wir in diesen Institutionen nicht einfach nur nach den geltenden Regeln agieren können. Unsere Aufgabe ist es, sie von innen heraus zu transformieren, um wirkliche Veränderungen zu erreichen. Ein Ansatz, der in diese Richtung weist, ist die Einführung von kollektiven Mandaten. Sie sind der Versuch, die Verfahren der parlamentarischen Repräsentation zu demokratisieren und Politik im Sinne der Marginalisierten zu betreiben, in enger Zusammenarbeit und im strategischen Austausch mit den Basisbewegungen. Die Politiker*innen, die solch ein Mandat ausüben, stehen in einem Dialog mit denjenigen, die sonst kaum gehört werden, sie demokratisieren die Repräsentation selbst.
Solche kollektiven Mandate gab es etwa im Staat Minas Gerais und in Juntas im Bundesstaat Pernambuco. In São Paulo wurde Erica Malunguinho 2018 mit einem sehr guten Ergebnis ins Landesparlament gewählt. Erica ist eine Schwarze Transfrau – in dieser

machistischen Gesellschaft ist das an sich ein Erfolg. Solche Posten zu erringen ist zentral, um eine andere politische Wirksamkeit zu erreichen. Der Raum der institutionellen Politik ist von Repräsentanten des *weißen* Patriarchats dominiert. Nun wird er zum Feld der strategischen Auseinandersetzung. Die Debatte um Intersektionalität ist in Brasilien nicht einfach Teil von Identitätspolitik, sondern bildet die Grundlage für die Verteidigung politischer Rechte. Die Soziologin Vilma Reis betont, dass es gerade die Schwarzen Frauen sind, die linke Parteien weiter nach links treiben. Wir sind es, die für eine Radikalisierung des Diskurses sorgen und uns zugleich für die Rechte der Bevölkerungsmehrheit einsetzen.

Die öffentliche Debatte um die zunehmende Präsenz Schwarzer Frauen in der offiziellen Politik ist wichtig und etwas Hoffnungsvolles, das aus der Flut an schlechten Nachrichten hervorsticht. Der Weg, der noch vor uns liegt, ist lang und steinig, er verlangt Mut und Entschlossenheit, denn die reaktionären Teile der Bevölkerung und die politische Rechte wollen diesen Fortschritt um jeden Preis verhindern.

EIN LANGER KAMPF

Im November 2020 wurden in Brasilien erneut Stadträt*innen und Bürgermeister*innen gewählt und wir konnten einen historischen Erfolg erzielen: Noch nie zuvor wurden im ganzen Land so viele Schwarze Frauen gewählt. Viele von ihnen nehmen erneut kollektive Mandate wahr. Ein Beispiel hierfür ist die Gruppe Quilombo Periférico in São Paulo, in der sich Schwarze Männer und Frauen aus der Peripherie zusammengeschlossen haben. Erika Hilton, eine junge Transfrau, erhielt die allermeisten Stimmen in der Stadt. Auch wenn die Vertreter*innen der alten Politik weiterhin die politischen Räume besetzen, sind diese Wahlergebnisse strategisch wichtig für den politischen Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen. Es ist von enormer Bedeutung, in den Stadträten präsent zu sein. Dennoch möchte ich vor allem die Prozesse hervorheben, die uns dorthin gebracht haben: die vielen kollektiven Debatten, die Kämpfe um gesellschaftliche Teilhabe und die gemeinsamen Lernprozesse. Lokale und regionale Wahlen in Brasilien bieten dabei für *Weiße*, die sich als antirassistisch verstehen, die Gelegenheit, ihrer Haltung Nachdruck zu verleihen.

Der Aktivismus Schwarzer Frauen in Brasilien wird andauern und nicht nachlassen. Wir kämpfen an vielen Fronten und diese Kämpfe ergänzen und verstärken sich gegenseitig. Die institutionalisierte Politik ist eine dieser Fronten – ein strategisch wichtiger Ort, der es uns erlaubt, in anderen Bereichen weitere Fortschritte zu erzielen. Es ist ein langwieriger Prozess, der nicht so schnell voranschreitet, wie wir es gerne hätten und wie es notwendig wäre, um das Vordringen der extremen Rechten aufzuhalten. Doch die konkrete Hoffnung entsteht im Alltag, wo die eigene Existenz an sich schon ein Akt des Widerstands ist.

Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Caroline Kim und Oliver Precht

1 In BPoC Communities bezieht sich das Konzept der Resilienz auf die kollektive Fähigkeit, eine Widerstandsfähigkeit gegenüber (intergenerationalen) Traumata, Unterdrückung und Ausgrenzung zu entwickeln. Dabei wird auf das Wissen und auf (körperliche) Erfahrungen vorangegangener Generationen Bezug genommen. Resilient sein ist dabei keine Wahl, sondern eine Überlebensstrategie und selbst ein Akt des Widerstands [Anm. d. Übers.].

DIE POLIZEI ABSCHAFFEN?
WAS UNS WIRKLICH SICHER MACHT

GESPRÄCH

MIT MELANIE BRAZZELL

Nach den jüngsten Protesten der Black-Lives-Matter-Bewegung hat der Stadtrat in Minneapolis beschlossen, die Polizeibehörde aufzulösen. In anderen Städten wird über *defunding* gesprochen. Was bedeutet das?
Bis Sommer 2020 hatten 13 Städte in den USA, darunter Seattle, Washington, D.C., Los Angeles, San Francisco, Boston, New York und Baltimore, ihre Polizeibudgets bereits gekürzt. Der *Defunding*-Ansatz, also die Idee, finanzielle Mittel der Polizei in andere gesellschaftliche Bereiche umzulenken, geht aber eigentlich auf die radikalere Forderung nach einer Abschaffung der Polizei zurück. Insofern ist es eine Art strategischer Übergangsforderung. *Critical Resistance*, ein Netzwerk von Aktivist*innen, das unter anderem von Angela Davis mitgegründet wurde, nennt dies eine »nicht reformistische Reform« – also eine Reform, die den Weg für weitergehende Transformationen öffnen kann (vgl. Critical Resistance, 2018). Das Konzept hat eine lange sozialistische Tradition. In der aktuellen Debatte geht es aber letztlich um *abolition*, also um die Abschaffung der Polizei.

Wofür tritt das *Abolitionist Movement* ein?
Der Begriff wurde in Bezug auf Polizei und Gefängnisse in den 1990er Jahren ebenfalls von *Critical Resistance* geprägt, um auf die Kontinuitäten zwischen der Sklaverei und dem strukturellen Rassismus der heutigen Polizei und der Gefängnisindustrie hinzuweisen. In den USA hat die Polizei ihre Wurzeln in den Sklavenpatrouillen, im Nordosten lag ihre zentrale Funktion darin, Streiks und Gewerkschaften zu zerschlagen. In Deutschland ist die Geschichte natürlich eine etwas andere, hier spielen eher Kolonialismus und Nationalsozialismus eine Rolle. Das *Abolitionist Movement* sieht sich in der »Schwarzen radikalen Tradition« nach Cedric Robinson (1983) und wird maßgeblich von Schwarzen Frauen und Queers angeführt. Ich denke, dass diese Tradition in den Schwarzen Communitys in Deutschland auch sehr präsent ist und in der Linken Beachtung finden sollte.

Würde eine grundlegende Polizeireform nicht reichen?
Die Funktion der Polizei ist es, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Das ist ein Sys-

> » Es geht nicht darum, aus der bestehenden Gesellschaft einfach die Polizei zu entfernen, alles andere aber so zu lassen. Abolition entwirft eine Welt, in der Polizei und Gefängnisse nicht mehr nötig sind. «

tem der Unterdrückung, aber natürlich trifft die damit verbundene Gewalt nicht alle gleich. Communitys of Color berichten, was es heißt, ständig mit Polizeikontrollen konfrontiert zu sein. Geflüchtete werden kriminalisiert, weil sie hier Asyl suchen. Frauen, die sich gegen gewalttätige Partner oder sexualisierte Gewalt wehren, oder Sexarbeiter*innen erhalten oft keinen Schutz von der Polizei. Für einen relevanten Teil der Bevölkerung – nämlich für die Marginalisierten – bietet die Polizei keine Sicherheit. Im Gegenteil, sie haben Angst, verletzt, verhaftet oder gar ermordet zu werden (vgl. Thompson in diesem Heft). Polizei, Grenzregime und Gefängnisse produzieren und reproduzieren also *Un*sicherheit auf struktureller Ebene. Teils schaffen sie erst Probleme, die dann wieder polizeilich gelöst werden müssen. Diese Einsicht legt nahe, dass es mit einer bloßen »Reform« nicht getan ist. Eine emanzipatorische Bewegung muss die Polizei wirklich abschaffen.

In Teilen der hiesigen Linken wird Polizei eher im Kontext sozialer Infrastrukturen diskutiert. Es geht um Demokratisierung, um die Stärkung von Bürgerpolizeielementen oder veränderte Ausbildungsinhalte. Sie wird nicht als zentrales Problem für die Linke gesehen.

Naja, die Polizei und die Sicherheitsdienste sind derzeit die Orte, wo sich Nazis, *white supremacists* und die Alt-Right-Bewegung in den Staatsapparat einschreiben. Auch in Deutschland. Sie vernetzen sich innerhalb dieser Institutionen, hier beschaffen sie sich ihre Infos, ihre Waffen, ihre Daten, ihre Zugänge. Das ist gefährlich, es ist momentan ihr Weg in die Regierung und ihr Weg zur Legitimierung. Das sollte man ernst nehmen.

Wir haben in den USA all diese Reformversuche erlebt, darunter auch Community-

MELANIE BRAZZELL beschäftigt sich wissenschaftlich und politisch mit Transformativer Gerechtigkeit und ist Gründer*in des Projekts »Was macht uns wirklich sicher?«. Zurzeit promoviert Melanie an der University of California, Santa Barbara, und untersucht, wie partizipative Forschung ein Mittel sozialer Bewegungen sein kann.

Policing. Es gab die *8-Can't-Wait-Kampagne*, um die Polizei weniger gewalttätig zu machen, und Diversity- oder Anti-Vorurteils-Trainings, aber letztlich sind das kosmetische Dinge. Durch das Community-Policing konnte die Polizei sogar noch stärker in den Alltag der Menschen eingreifen.

Wir brauchen unbedingt eine Demokratisierung, aber was heißt das? Dass wir die Polizei nicht von innen, sondern von außen verändern müssen. Sie muss zur Verantwortung gezogen und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Transparenz, Kennzeichnungspflicht, unabhängige Beschwerdestellen, ein Antidiskriminierungsgesetz so wie in Berlin – all das sind Versuche der Demokratisierung von außen (vgl. Renner/Wehrhahn in diesem Heft). In Chicago konnte 2015 beispielsweise im Zuge eines Gerichtsverfahrens durchgesetzt werden, dass das Wissen über die jahrzehntelangen Folterskandale der Chicagoer Polizei unter Jon Burge nun verpflichtendes Thema im Schulunterricht ist. Auch das heißt Demokratisierung von außen: nicht die Ausbildung der Polizei verändern, sondern das gesellschaftliche Wissen über ihr Handeln und ihre Funktion erweitern. Ein allgemeines Wissen darüber, wie Polizeigewalt erlebt wird, hilft, die Grenze zwischen den Communitys, die mit dieser Gewalt im Alltag konfrontiert sind, und den anderen Teilen der Bevölkerung einzureißen.

»In Chicago konnte 2015 im Zuge eines Gerichtsverfahrens durchgesetzt werden, dass das Wissen über die jahrzehntelangen Folterskandale der Chicagoer Polizei nun verpflichtendes Thema im Schulunterricht ist. Auch das heißt Demokratisierung: nicht die Ausbildung der Polizei verändern, sondern das gesellschaftliche Wissen über ihr Handeln und ihre Funktion erweitern.«.

Mariame Kaba, eine prominente Aktivistin des *Abolitionist Movement* argumentiert, Polizei und Gefängnisse müssten erst »abgeschafft« werden, bevor sie reformiert werden könnten. Was meint sie?

Mit diesem Paradox weist sie darauf hin, dass es um einen sehr grundlegenden gesellschaftlichen Umbau geht. *Abolition* wird oft einfach als die Abwesenheit von Polizei verstanden. Ruth Wilson Gilmore, ebenfalls Mitbegründerin von *Critical Resistance*, widerspricht dem: Es gehe nicht darum, aus der bestehenden Gesellschaft einfach die Polizei zu entfernen, alles andere aber so zu lassen. Das wäre ja verrückt. *Abolition* entwirft eine Welt, in der Polizei und Gefängnisse nicht mehr nötig sind. Das ist weitreichend. Es geht also auch darum, Alternativen zur Polizei aufzubauen: lebensbejahende und demokratische Strukturen.

Muss also Rassismuskritik mit einer grundlegend anderen Sozialpolitik verbunden werden?

Ja, dazu ist es wichtig, sich die Entwicklung der letzten Jahrzehnte anzuschauen. Ab den 1970er Jahren, mit dem Aufstieg des Neoliberalismus, gab es einen *punitive turn,* eine Wende hin zum strafenden Staat. Der Wohlfahrtsstaat wurde rückgebaut, aber anders, als die neoliberale Ideologie behauptet, entsteht damit nicht *weniger*, sondern nur eine andere Staatlichkeit – ein strafender oder Sicherheitsstaat. Soziale Dienstleistungen

wurden in vielen Bereichen zurückgefahren und durch Sicherheitsinstitutionen ersetzt. Natürlich erleben die verschiedenen Klassen und Gruppen dies unterschiedlich. Reiche können von den Resten des Wohlfahrtsstaats noch profitieren, die Lücken durch privatisierte Angebote füllen, während die Armen und People of Color (PoC) den Staat zunehmend von seiner disziplinierenden, repressiven Seite erleben. Dies gilt tendenziell auch für Deutschland – je mehr der Wohlfahrtsstaat abgebaut wird, desto mehr Probleme entstehen, auf die repressiv geantwortet wird. Wir müssen aber nicht nur die Polizei in den Blick nehmen, auch die Institutionen des Wohlfahrtsstaats haben eine disziplinierende Seite, sind von Rassismus und der Verächtlichkeit gegenüber armen Menschen durchzogen.

Wäre mit mehr Geld für soziale Dienstleistungen das Gewaltproblem erledigt?

Nein, das heißt nicht, dass es dann gar keine Gewalt mehr gäbe. Strukturelle Gewaltverhältnisse wollen wir zwar überwinden, aber auch in einer befreiten Gesellschaft werden Konflikte und zwischenmenschliche Probleme existieren. Dafür lassen sich aber andere Lösungen entwickeln als die, die ich als »negative Sicherheit« bezeichne, also Disziplinierung und Eindämmung. Wir müssen neue Umgangsformen mit Konflikten und interpersonaler Gewalt finden – positive Sicherheitsvorstellungen. Insofern reicht es nicht, die Polizei abzuschaffen und bestehende Institutionen umzubauen. Wir müssen Fantasie entwickeln und ausprobieren, wie solche neuen Strukturen aussehen könnten. In meiner Arbeit stelle ich deshalb die Frage: Was macht uns *wirklich* sicher?

Du arbeitest seit Jahren zu Transformativer Gerechtigkeit, wie steht dieser Ansatz zum *Abolitionist Movement*?

In den USA gibt es eine lange Geschichte des *weißen* Mittelschichtsfeminismus, in dem Fragen von Rassismus und Staatsgewalt kaum eine Rolle gespielt haben. Und umgekehrt haben die Kämpfe gegen rassistische Staatsgewalt die spezifischen Probleme von Schwarzen Frauen nicht immer ernst genommen. Frauen und Queers of Color befinden sich an der Schnittstelle dieser beiden Bewegungen. Sie haben eine strategische Scharnierfunktion. Aus dieser Erfahrung ist Ende der 1990er Jahre die Idee von *community accountability*, von kollektiver Verantwortungsübernahme und *Transformative Justice* entstanden. Eine der ersten Gruppen war *Communities Against Rape and Abuse* (CARA) aus Seattle, gegründet von Frauen und Queers of Color, die im Anti-Gewalt-Bereich gearbeitet haben. Sie haben den *punitive turn* hautnah miterlebt, emblematisch war hier der *Violence Against Women Act* von 1994, mit dem übrigens der neue US-Präsident Joe Biden bekannt wurde. Das war ein feministischer Durchbruch gegen patriarchale Gewalt qua verschärfter Strafverfolgung, ähnlich wie die Sexualstrafrechtsreform 2016 in Deutschland. Für die betroffenen Frauen verbesserte sich dadurch aber kaum etwas. In Gewaltsituationen haben sie letztlich nur die Möglichkeit, die Polizei zu rufen und die Täter anzuzeigen. Genau das ist aber für viele keine Option: Oft ist der Kontakt mit der Polizei eher retraumatisierend oder sie laufen Gefahr, selbst kriminalisiert zu werden: Sie können abgeschoben werden, die Kinder verlieren oder selbst ins Gefängnis kommen. Wenn beispielsweise der Typ, der

gegen rassistische Polizeigewalt kämpft, seine Partnerin zu Hause verprügelt, ist klar, dass es für sie nicht infrage kommt, die Polizei zu rufen, weil sie ihn massiv gefährden würde. Ihrem Bedürfnis nach »echter Gerechtigkeit« und nach Heilung ist damit auch nicht entsprochen. Außerdem trägt Strafe kaum dazu bei, dass sich gewalttätiges Verhalten ändert

»In Geflüchtetenunterkünften, in Communitys von Sexarbeiter*innen und People of Color sind aus der Not heraus kreative, improvisierte Strategien für den Umgang mit Gewalt jenseits des »strafenden Staates« entstanden. Sie versuchen auch die Menschlichkeit von Leuten in Gewaltkonstellationen zu sehen, ihr Transformationspotenzial.«

oder Täter die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Zu CARA kamen damals viele Betroffene mit dem Wunsch, einen anderen Umgang mit diesen Problemen zu finden.

Wie genau kann das aussehen?

Wir alle wissen, wie wir mit Konfliktsituationen umgehen könnten, aber viele von uns sträuben sich dagegen. Wir wollen lieber eine Nummer anrufen und das Problem an eine staatliche Institution delegieren. Für andere ist dies aber, wie gesagt, keine Option, um ihren Konflikt zu lösen. Von ihnen können wir in diesen Fragen am meisten lernen. In Geflüchtetenunterkünften, in Communitys von Sexarbeiter*innen und People of Color sind aus der Not heraus kreative, improvisierte Strategien für den Umgang mit Gewalt jenseits des »strafenden Staates« entstanden. Sie versuchen auch die Menschlichkeit von Leuten in Gewaltkonstellationen zu sehen, ihr Transformationspotenzial. Es gibt die Erfahrung, dass Gewalt aus einem Zyklus von Gewalt heraus entsteht: Oft gebe ich die Gewalt weiter, die ich – nicht nur individuell oder in der Familie, sondern auch vonseiten gesellschaftlicher Institutionen – erlebt habe. Das ist die Sprache, in der ich mich behaupten kann. Ich muss also erst eine andere Sprache lernen und mich mit meinen eigenen Gewalterfahrungen auseinandersetzen.

Lassen sich diese Ansätze in weiße Zusammenhänge übersetzen?

Es ist wichtig, klein anzufangen. Wir sind für solche Praxen transformativer Gerechtigkeit nicht vorbereitet. Fang klein an, bevor die Sachen groß werden, denn jede Gewaltsituation oder Gewaltbeziehung hat einen harmlosen Anfang. Wir müssen üben, Verantwortung zu übernehmen. Das ist unter Linken oft besonders schwierig, denn wir wollen alle gute Menschen sein und es besser machen als die Mehrheit der Gesellschaft. Aber genau das hindert uns oft daran, wirklich empathisch zu sein, wenn Menschen Fehler machen. Wir stecken in einer »Moral-Hygiene-Kultur«. Wenn andere Fehler machen oder Gewalt ausüben, wollen wir uns davon distanzieren, wir betrachten das Schlechte, als wäre es ansteckend. Eine Aufgabe für uns alle ist es, diese emotionale Arbeit zu leisten.

Du sprichst viel von der Community. Wer ist das in einer konkreten Konfliktsituation?

Die Frage wurde mir oft gestellt, als ich in Berlin zu transformativer Gerechtigkeit gearbeitet habe. Die Community ist das jeweilige soziale Umfeld von Menschen, sind

diejenigen, mit denen wir uns im Alltag verbunden fühlen. Auch in den USA erlebe ich, dass Leute zwar eine abstrakte Vorstellung ihrer Communitys haben, aber im konkreten Fall nicht wissen, wen sie anrufen sollen, wenn sie Gewalt erfahren oder ausgeübt haben – das ist Teil des Prozesses. Das *Bay Area Tranformative Justice Collective* hat deshalb den *pod*-Ansatz entwickelt: Dabei benennen die Leute ihre Community konkret und schreiben sie zum Beispiel in Gruppen oder Kreisen auf: Wer sind die ein, zwei oder fünf Leute, die ich anrufen würde, wenn ich Gewalt erfahre oder ausübe? Das können ganz andere Menschen sein als diejenigen, die in meiner Nachbarschaft wohnen oder mit denen ich politisch organisiert bin. An und in diesen *pod*-Beziehungen kann dann gearbeitet werden, da besteht eine Möglichkeit für Veränderung, für Organisierung. Das gefällt mir am *Transformative-Justice*-Ansatz: Hier findet die große politische Arbeit *auch* auf einer Mikroebene statt, auf einer sehr affektiven, somatischen Ebene. Insofern ist damit auch ein anderer Politikbegriff verbunden: eine queere, Schwarze, intersektionale Vorstellung davon, was Politik heißt. Es geht darum, die Beziehungen, die uns am Leben halten, aktiv zu pflegen. Im Grunde ist das eine alte linke Erkenntnis, die aber kaum progressive Praxis hat (vgl. Brazzell 2018).

Lass uns noch einmal auf das *Abolitionist Movement* zurückkommen. Wenn von staatlicher Gewalt vor allem Minderheiten betroffen sind, wie gelingt es, für diesen Umbau eine gesellschaftliche Mehrheit zu gewinnen? Für Leute, die mit der Polizei keine schlechten Erfahrungen gemacht haben, bedeutet deren Abschaffung ja potenziell mehr Gewalt, mehr Chaos.

Diese Spaltung – auf der einen Seite diejenigen, die Polizeigewalt erfahren, und auf der anderen Seite Menschen, die die Polizei als Schutz sehen – müssen wir überwinden. In den USA hat die Möglichkeit, Polizeigewalt mit Handys zu filmen, sehr geholfen. So wurde die bis dahin oft unsichtbare Gewalt für die Mehrheit der Gesellschaft wahrnehmbar. Kämpfe gegen Unterdrückung, wie Black-Lives-Matter, haben eine befreiende Wirkung für alle in einer Gesellschaft - auch für die *Weißen*. Die Linke sollte Zeit, Energie und Ressourcen dafür aufwenden, Schwarzen Widerstand zu unterstützen, muslimischen und anderen PoC-Communitys zuzuhören und ihnen Gehör zu verschaffen. Nur dann wird es möglich, diese Spaltung zu überwinden. Außerdem müssen wir deutlich machen, wie diese staatliche Gewalt auch mit Hartz IV, mit dem Jugendamt, der Ausländerbehörde, mit Antigewerkschaftspolitik oder mit Zwangsräumungen zusammenhängt. Jede soziale Bewegung sollte die Polizei als zentrales Problem wahrnehmen – sobald sie über das Bestehende hinauswill, ist sie ihr erster Feind.

Das Gespräch führte Barbara Fried.

LITERATUR

Brazzell, Melanie, 2017: Sicherheit von links. Der Transformative-Justice-Ansatz, in: LuXemburg-Online, Dezember 2017, www.zeitschrift-luxemburg.de/sicherheit-von-links-der-transformative-justice-ansatz/

Dies. (Hg.), 2018: Was macht uns wirklich sicher?, Münster

Critical Resistance, 2018: Reformist Reforms vs Abolitionist Steps in Policing, http://criticalresistance.org/wp-content/uploads/2020/08/CR_NoCops_reform_vs_abolition_REV2020.pdf

Robinson, Cedric, 1983: Black Marxism: The Making of the Black Radical Tradition, London

WIE TICKT DIE POLIZEI?

FLORIAN FLÖRSHEIMER

Kritik an der Polizei blendet oft aus, dass auch innerhalb des Apparates Kämpfe geführt werden. Wenn wir sie nicht ernst nehmen, drohen sich reaktionäre Tendenzen zu verfestigen.

Im Spektrum der politischen Linken gibt es gegensätzliche Einstellungen zur Polizei. Während das autonome Spektrum häufig plakativ nur den Büttel eines autoritären Staates sieht, betrachtet das sozialdemokratische Spektrum die Polizei tendenziell ›nur‹ als öffentlichen Dienstleister, der die Regeln des demokratischen Rechtsstaates durchsetzt. Zudem richtet sich eine aktuelle Debatte gegen rassistische Tendenzen in der Polizei und die neu aufgedeckten rechten Netzwerke in den Sicherheitsapparaten. Hier wird massive Kritik nicht nur an polizeilichem Handeln, sondern auch an der Institution als solcher geübt.

So unterschiedlich die Positionen und ihre empirischen Grundlagen sind, es fällt auf, dass Rolle und Funktion der Polizei oft theoretisch unterbestimmt bleiben. Genau diese Reflexion ist jedoch notwendig, um die Realität der Polizei zu erfassen und den strategisch und politisch umkämpften Charakter der Institution wahrzunehmen. Der Alltagsverstand von Polizist*innen ist hier ein wichtiges Terrain der Auseinandersetzung – ein Terrain, in das ich aufgrund meiner Lehrtätigkeit mit angehenden Polizeibeamt*innen begrenzten Einblick habe. Nur wenn wir dieses Terrain in den Blick nehmen, können wir auch kritische Kräfte innerhalb des Polizeiapparates stärken, mit denen ein Bündnis denkbar wäre.

ZUM UMKÄMPFTEN CHARAKTER DER STAATSAPPARATE

Der moderne liberale Staat zeichnet sich durch ein Monopol an physischer Gewaltsamkeit aus. Dieses wird durch eine von der Gesellschaft getrennte, zentrale Zwangsgewalt ausgeübt. Im Unterschied zu früheren Herrschaftssystemen soll diese Gewalt erst dann gesellschaftlich intervenieren, wenn Grundlagen der Ordnung

infrage gestellt werden. Die Polizei hat in diesem Modell gewissermaßen eine Doppelfunktion: Sie ist Garant bürgerlicher Grundrechte, kann aber auch als Instrument autoritärer Herrschaft fungieren. Wie Nicos Poulantzas gezeigt hat, ist der kapitalistische Staat das Ergebnis gesellschaftlicher Klassenauseinandersetzungen, die nicht unmittelbar vom Handeln der Akteure, sondern von Strukturen und daraus folgenden Zwängen abhängen. Staatliche Organe können nicht einfach zur Durchsetzung von Klasseninteressen eingesetzt werden, ohne mit anderen Klasseninteressen oder auch mit Eigeninteressen des Staatspersonals in Konflikt zu geraten. Praktiken des Staates sind das Ergebnis interner wie externer Auseinandersetzungen. Damit ist ›der Staat‹ kein rational handelndes Subjekt, sondern *ein komplexes soziales Verhältnis bzw. eine materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse* (vgl. Poulantzas 2002). Staatliche Institutionen wie der Polizeiapparat besitzen eine eigene Materialität, widerständige Substanz oder relative Autonomie gegenüber der Gesellschaft. Dies bedeutet, dass sich gesellschaftliche Konflikte nur auf mittelbare Weise in den Apparaten wiederfinden.

FLORIAN FLÖRSHEIMER ist Lehrbeauftragter am Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin sowie an der Hochschule der Polizei Brandenburg.

Staatsapparate und ihr Personal entwickeln ein Interesse an sich selbst und an der Aufrechterhaltung ihrer Macht, was ihrer Loyalität zur herrschenden Politik theoretisch Grenzen setzt. Letztere bemüht sich, die Unterstützung des Staatspersonals zu gewinnen, und ist immer wieder mit Interessenskonflikten in den und zwischen den Apparaten konfrontiert. Von gesellschaftlichen Tendenzen ist das Personal des Staates nicht unbeeinflusst: Es soll staatliche Politik verteidigen und durchsetzen, ist aber potenziell auch selbst von dieser Politik betroffen. Dieser Widerspruch wird insbesondere in denjenigen Teilen der Polizei virulent, die im unmittelbaren Kontakt mit der Bevölkerung ›auf der Straße‹ sind, wo sich gesellschaftliche Konflikte gewaltsam verdichten und politische Entscheidungen sichtbar werden. Die Polizei muss sich hier gegenüber mindestens zwei Seiten rechtfertigen – den politischen Institu-

tionen und der Öffentlichkeit – und ist daher besonders angreifbar.

POLIZEILICHE BINNENKULTUREN

Auch wenn sie als geschlossene Organisation auftritt, ist die Polizei von Widersprüchen durchzogen und hat sich im Laufe der Zeit verändert. So hat sich das Verständnis der Polizei als Dienstleister für die Bürger*innen, als »Bürgerpolizei« und nicht allein »Staatspolizei« in Westdeutschland erst nach und nach durchgesetzt. Gesellschaftliche Kämpfe und Forderungen haben Eingang in innerpolizeiliche Debatten gefunden, wenn auch oft spät und in der Wirkung verzögert.

Als Organisation hat die Polizei ihre eigene Kultur. Die Polizeisoziologie unterscheidet zwischen einer offiziellen Managementkultur und einer informellen polizeilichen Subkultur, die auf Alltagserfahrungen und deren Bewertungen beruht. In Anknüpfung an Rafael Behr (zuerst 2000, 195ff.) lassen sich einige Muster dieser Binnenkultur beschreiben: Dazu gehört die Vorstellung, als Polizei in gefährlichen Situationen stets richtig zu handeln, sowie die Überzeugung, dass interne Konflikte intern gelöst werden sollen. Diese Muster werden in der beruflichen Sozialisation früh eingeübt und sind schon in der Ausbildung Teil der kollektiven Erzählungen aus dem Apparat.

»Die Polizei neigt dazu, einen Korpsgeist zu entwickeln, der den Einzelnen erheblichem Druck aussetzen kann, ›dichtzuhalten‹, wenn Fehler geschehen.«

Die Denk- und Verhaltensmuster der Polizeibeamt*innen ›auf der Straße‹ sind wesentlich auf die berufliche Alltagsbewältigung und eingeübte Routinen bezogen. Polizeiarbeit ist auf ein zuverlässiges Personal angewiesen. Beamt*innen verstehen sich oft als ›Gefahrengemeinschaft‹, die unbedingte Loyalität verlangt. Die eigenen Kolleg*innen nicht zu verraten, ist der inoffizielle Kodex, der zumeist Priorität hat gegenüber Forderungen nach Aufklärung oder Selbstkritik. Die Polizei neigt dazu, einen Korpsgeist zu entwickeln, der den Einzelnen erheblichem Druck aussetzen kann, ›dichtzuhalten‹, wenn Fehler geschehen. Dennoch kann diese kollektive Kultur die gesellschaftlichen Widersprüche nicht vollständig fernhalten. Sowohl die herrschende Politik wie auch Polizeiführungen müssen sich damit auseinandersetzen, dass Beamt*innen eigene Ansprüche formulieren.

Es gibt typische diskursive Muster, die den Alltagsverstand der Beamt*innen prägen, und in die ich im Rahmen meiner Lehrtätigkeit und während Hospitationen einen Einblick gewinnen konnte. Als Apparat mit Autoritätsanspruch ist die Polizei naturgemäß skeptisch gegenüber allem, was ihre Handlungsmacht infrage stellt. Dazu gehören nicht nur Demonstrant*innen, sondern auch politische Maßnahmen wie etwa die Privatisierung staatlicher Aufgaben. Die Skepsis gegenüber der »Verbetriebswirtschaftlichung« des Polizeiapparats ist groß (vgl. Flörsheimer 2012). Zudem wird häufig der Wunsch nach familienfreundlicheren und gesundheitsverträglichen Arbeitsbedingungen formuliert und über Gehälter und Schutzausrüstung diskutiert. Zentrale Anliegen sind eine Akzeptanz des eigenen Handelns in der Öffentlichkeit sowie ein Schutz vor Mobbing oder Bedrohung.

In der öffentlichen Debatte positioniert sich die Institution Polizei schnell als Opfer

und reagiert mit reflexhafter Abwehr von Kritik. Aktuelle Beispiele dafür sind Vorwürfe von Rechtsextremismus, Racial Profiling oder Polizeigewalt. Bereits eine wissenschaftliche Studie zu den Einstellungen von Polizeibeamt*innen wird als Generalverdacht gewertet. Die Phänomene als solche werden nicht geleugnet, jedoch ihre Dimensionen, Gründe und Ursachen.[1] Das Eingestehen von Fehlern fällt Polizeifunktionären oft schwer, Kritik wird erst verzögert akzeptiert, wenn der öffentliche Druck stark ist. Dagegen wird häufig über die Ignoranz von Politik und Öffentlichkeit gegenüber der vermeintlich steigenden Kriminalität geklagt, die das zentrale Argument für die Selbstlegitimation ist.

Der überwiegende Teil des Personals stammt aus eher konservativen und autoritätsaffinen gesellschaftlichen Milieus. Die Mehrheit ist immer noch weiß und männlich und zählt (sich selbst) zur Mittelschicht. Dies führt auch zu einer gewissen Tradierung des privilegierten Zugangs zur Polizei. Allerdings hat sich die Polizei geöffnet und in Bezug auf soziale und ethnische Herkunft, Geschlecht oder andere Identitäten lässt sich eine zunehmende Diversität feststellen. Migrationshintergrund, Frausein, sexuelle Identität und private Lebensgestaltung sind zumindest formal keine Ausschlusskritierien mehr und es gibt jeweils institutionalisierte Ansprechpartner für diese Gruppen. Dennoch ist der Polizeiapparat weder sozial noch politisch ein wirkliches »Spiegelbild der Gesellschaft«, wie es gerade Polizeigewerkschaften gern kolportieren, vielmehr spiegelt er gesellschaftliche Entwicklungen auf eine spezifische Weise wider. Aufgrund seiner Strukturen und Traditionen erfolgt die Rekrutierung seiner Mitglieder sehr selektiv. Für bestimmte Milieus wirkt er besonders anziehend, für andere eher abstoßend. Inwieweit dies so bleibt, hängt davon ab, wie sehr sich die Polizei öffnet, aber auch davon, inwiefern Gruppen ihren Zugang zu ihr einklagen.

AUSBILDUNG UND ALLTAGSVERSTAND

In der polizeilichen Berufspraxis werden Alltagserfahrungen schnell verallgemeinert und rassistisch gedeutet. Viele haben die Wahrnehmung, dass die eigene Arbeit vergeblich sei, weil die Justiz Täter wieder schnell freilasse. Vorstellungen, dass Ausländer respektlos seien, der Staat die Kriminalität nicht mehr im Griff habe, Polizeibeamt*innen die »Prügelknaben der Nation« seien und keine angemessene Anerkennung erhalten, sind unter Beamt*innen

»Vorgefasste Ansichten bleiben von der dreijährigen Ausbildung oder dem Studium häufig unberührt.«

weit verbreitet. Beschuldigt werden meist staatliche Institutionen wie Gerichte und Staatsanwaltschaften, die die Feinde der Gesellschaft nicht wirkungsvoll bekämpfen würden. Obwohl in der Ausbildung durchaus eine Auseinandersetzung mit Vorurteilen und nationalsozialistischen und rassistischen Haltungen stattfindet, interessiert das viele angehende Polizist*innen kaum. Vorgefasste Ansichten bleiben von der dreijährigen Ausbildung oder dem Studium häufig unberührt. Anwärter*innen in der polizeilichen Ausbildung sind oft von konservativen Law-and-Order-Vorstellungen geleitet. Politische Bildung und Sozialwissenschaften werden als weichere Inhalte betrachtet, die für die Praxis keine Rolle spielen. Diese Haltung wird von den Ausbildungsleiter*innen häufig

problematisiert. Die Ausbildung selbst hat sich in den letzten 20 Jahren aber merklich verbessert und Räume für plurale politische Bildung und Reflexion eröffnet.

Ein Grundproblem ist, Polizeianwärter*innen dazu zu bringen, sich mit Verhältnissen kritisch auseinanderzusetzen, die sie aus eigener Anschauung meist noch gar nicht kennen können. Es ist die unzureichende Verarbeitung und Reflexion späterer Alltagserfahrungen, die zum Problem wird oder problematische Haltungen verfestigt. Der Einfluss der theoretischen Ausbildung auf die berufliche Sozialisation ist daher als eher gering einzuschätzen. Berufseinsteiger*innen lernen, sich in die Verfahrens- und Denkweisen des Apparates einzufügen.

»Wer gegen autoritäre polizeiliche Selbstermächtigung protestiert, sollte sich für die Widersprüche im Staatsapparat und die Sorgen der Beamt*innen interessieren.«

KRÄFTEVERSCHIEBUNGEN UND KRITIKPOTENZIALE

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Voraussetzungen für demokratische Strukturen innerhalb der Polizei und deren demokratische Kontrolle geschaffen. Progressive Kräfte wurden im Zuge der gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesse gestärkt (vgl. Winter 2000) und der einst autoritäre und konservative Apparat musste sich in den 1970er und 1980er Jahren polizeikritischen Debatten stellen. Diese polizeikritische Haltung fand ihren institutionalisierten Ausdruck in neuen Zeitschriften[2] und in der Arbeit von Wissenschaftler*innen und Jurist*innen (vgl. etwa Busch u. a. 1985). Dieses linksliberale akademische Milieu ist heute teilweise auch in den (polizeilichen) Staatsapparaten und dort insbesondere in der Ausbildung präsent und kann dort eine innerpolizeiliche und öffentliche Wirkung entfalten. Es sind diese Akteure, sie sich für eine rechtsstaatliche Einhegung der Polizei und gegen die Kriminalisierung von politischem Protest einsetzen. Sie tragen wesentlich dazu bei, dass Forderungen wie die nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen und der Schaffung unabhängiger Beschwerdestellen sowie die Kritik an Antiterrorgesetzen und novellierten Landespolizeigesetzen auch innerhalb der Polizei diskutiert und wahrgenommen werden.

Kritische Diskurse sind innerhalb der Polizei und in den Polizeigewerkschaften – zumindest der Gewerkschaft der Polizei (GdP) – punktuell möglich, bleiben jedoch marginal und finden noch weniger Widerhall in der Außendarstellung. Es gibt andere kritische Akteure, etwa den Verein PolizeiGrün e. V., der den Grünen nahesteht und progressive Polizeibeamt*innen, Lehrende und Forschende vereint, sowie den Verein Kritische Polizisten/Hamburger Signal, in dem (ehemalige) Polizeibeamt*innen organisiert sind, die durch die Polizeikritik der 1970er und 1980er Jahre geprägt sind. Letztere haben jedoch einen nur marginalen Einfluss. Ein Austausch mit diesen eher versprengten Gruppen ist wichtig, noch wichtiger wäre aber eine offensive Auseinandersetzung mit allen Polizeibeamt*innen und die Schaffung von Gelegenheiten, um mit ihnen in einen Dialog zu treten.

DEN BLICK SCHÄRFEN

Eine Zivilgesellschaft, die gegen autoritäre polizeiliche Selbstermächtigung protestiert, soll-

te sich für die Widersprüche im polizeilichen Staatsapparat und die Sorgen der Beamt*innen interessieren. Eine wirksame Kritik der Polizei muss nicht nur Widersprüche zwischen demokratischen Rechten, staatlicher Gesetzgebung und polizeilichem Handeln offenlegen. Sie muss die inneren Widersprüche im Polizeiapparat wahrnehmen und in ihre politische Analyse einbeziehen. Von der Polizei ist zu verlangen, umfassend Rechenschaft über Tätigkeiten und Fehlleistungen ihres Personals abzulegen. Dafür muss eine Bereitschaft zur Selbstkritik und eine ›Fehlerkultur‹ innerhalb der Polizei noch deutlicher eingefordert werden. In der öffentlichen Auseinandersetzung wie auch in der Ausbildung ließe sich an unterschiedliche Interessen innerhalb der Polizei anknüpfen. Wenn Polizist*innen ihre legitimen Interessen als Beschäftigte vertreten, sollten sie unterstützt werden. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen der Polizei einen Spiegel vorhalten, sollten sich aber vor Pauschalverurteilungen hüten.

Historisch sind widersprüchliche Entwicklungen festzuhalten: zum einen die Herausbildung einer demokratischeren Binnenkultur und eines entspannteren Verhältnisses der Polizei zur Gesellschaft. Zum anderen ist zu beobachten, dass die Gesellschaft insgesamt nach rechts rückt und für autoritäre Politik anfälliger zu werden scheint. Die zahlreichen Fälle von Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden zeigen die Gefahr, dass sich dort antidemokratisches Denken wieder stärker artikuliert. Bekanntlich gibt es in der AfD überdurchschnittlich viele Polizeibeamt*innen und die Partei wird von diesen auch verstärkt gewählt (vgl. Hock/Naumann 2019). Ein dauerhaftes gesellschaftliches Bündnis zwischen weiten Teilen der Polizei und Rechtspopulist*innen und -extremist*innen ist durchaus denkbar. Umso wichtiger ist es, die potenziellen progressiven Bündnispartner in der Polizei in den Blick zu bekommen.

»Ein dauerhaftes gesellschaftliches Bündnis zwischen weiten Teilen der Polizei und Rechtspopulist*innen und -extremist*innen ist durchaus denkbar.«

Hier stellt sich nicht nur die Frage nach der aktuellen, sondern die nach der zukünftigen Polizei. Es bedarf eines Interesses jüngerer Generationen, sich der Polizei und den Sicherheitsapparaten nicht nur von außen kritisch zu nähern, sondern auch den beruflichen Weg dorthin zu suchen. Nur so lässt sich reaktionären Entwicklungen innerhalb des Apparates Paroli bieten.

LITERATUR

Behr, Rafael, 2000: Cop Culture – Der Alltag des Gewaltmonopols. Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei, Opladen

Busch, Heiner u .a., 1985: Die Polizei in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M./New York

Flörsheimer, Florian, 2012: Transformationsprozesse des Sicherheitssektors im Neoliberalismus, Baden-Baden

Hock, Alexej/Naumann, Annelie, 2019: Die neue Heimat für Law & Order?, in: Meisner, Matthias/Kleffner, Heike (Hg.), Extreme Sicherheit, Freiburg u. a., 49–57

Poulantzas, Nicos, 2002: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg

Winter, Martin, 2000: Polizeiphilosophie und Protest policing in der BRD – von 1960 bis zur staatlichen Einheit 1990, in: Lange, Hans-Jürgen (Hg.), Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland, Opladen, 203–221

---

1 Vgl. die Ausgabe 10/20 der DP – DEUTSCHE POLIZEI, der Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei, zum Schwerpunkt »Rechtsextremismus«.

2 Beispiele hierfür sind die Zeitschriften *vorgänge* (www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/aktuell/) und *Cilip/Bürgerrechte & Polizei* (www.cilip.de/).

ZWANG UND PROFIT
DIREKTE GEWALT IN DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTION

HEIDE GERSTENBERGER

Mit dem Kapitalismus ist die rohe Gewalt nicht aus den Arbeitsverhältnissen verschwunden. Zwang und Entrechtung sind elementarer Teil der globalen Wertschöpfungsketten.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich bereits weitgehend durchgesetzt, dass die Nutzung der Arbeitsfähigkeit von Menschen dann legal ist, wenn sie auf einem Vertrag basiert. Jeder Arbeitsvertrag unterstellt, dass ihn die Vertragspartner freiwillig und zum gegenseitigen Nutzen abschließen. Zu Lebzeiten von Marx hatte die Bedeutung von Arbeitsverträgen bereits dadurch immens zugenommen, dass sich in der internationalen Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei das Fehlen eines Arbeitsvertrages als entscheidendes Merkmal zur Unterscheidung zwischen freier Lohnarbeit und Sklaverei durchgesetzt hatte. Während Befürworterinnen und Befürworter des Kapitalismus diesen Unterschied als den zwischen Freiheit und Zwang verstehen, verweisen Kritiker*innen darauf, dass in beiden Fällen Gewaltverhältnisse vorliegen.

Im Falle der Sklaverei basiert die Gewalt darauf, dass Menschen das Eigentum an ihrer Person einbüßen und ganz und gar in der Gewalt ihres Eigentümers sind, eine Situation, der sie sich nur durch Flucht oder Selbstmord entziehen können. Im Falle der freien Lohnarbeit basiert die Gewalt auf den Verhältnissen, die Menschen dazu zwingen, die Nutzung ihrer Arbeitskraft als eine Ware auf Märkten anzubieten. In den letzten Jahrzehnten ist es üblich geworden, diesen Sachverhalt mit einem Terminus zu bezeichnen, den Johann Galtung vorgeschlagen hat: »strukturelle Gewalt«. Diese kann von Menschen als eine vom Staat und von vielen geteilte Erwartung an ihr Verhalten erlebt werden, aber auch als Entzug ihrer Freiheit und aller Möglichkeiten des Überlebens. Doch auch in Produktionsprozessen, die auf freier Lohnarbeit basieren, gibt es Prakti-

ken direkter Gewalt. Dies ist etwa der Fall, wenn Menschen durch Androhung privat oder staatlich ausgeführter Strafen daran gehindert werden, ein Arbeitsverhältnis zu verlassen. Um direkte Gewalt handelt es sich auch, wenn Pausen verweigert werden, keine Möglichkeit der Flucht aus einem Fabrikgebäude besteht oder der Schutz vor gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen unterbleibt. Zumeist wird direkte Gewalt in der Produktion nicht von denen ausgeübt, die von der Nutzung der Arbeitskraft profitieren, sondern von deren Beauftragten. In den kapitalistischen Zentren sind solche Praktiken im Laufe der Zeit zurückgedrängt worden, aber auch hier sind sie tatsächlich und latent weiterhin Elemente der herrschenden Produktionsverhältnisse.

HEIDE GERSTENBERGER ist Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin und hat an der Universität Bremen zur Theorie der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates geforscht und gelehrt. Ihr letztes Buch »Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus« ist 2018 in zweiter Auflage erschienen.

DIE EINDÄMMUNG DIREKTER GEWALT IN DER PRODUKTION

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts konstatierten nicht nur Kritiker, sondern auch Befürworter des Kapitalismus, dass es auch in Europa Arbeitsverhältnisse gab, in denen nicht nur die Arbeitsleistung von Menschen beherrscht wurde, sondern sie selbst. Auch war – in den meisten deutschen Staaten (bis 1869) und im Vereinigten Königreich (bis 1875) Lohnarbeit keineswegs im heutigen Verständnis frei. Ein Sonderstrafrecht stellte sicher, dass Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihren Arbeitsvertrag ohne Zustimmung des Arbeitgebers beenden wollten, damit rechnen mussten, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt zu werden. Von der Möglichkeit einer Anklage machten nicht alle, aber viele Unternehmer Gebrauch. Weder diese rechtlichen Freiheitsbeschränkungen noch die Legalität der Sklaverei in den USA und den europäischen Kolonien sind beendet worden, weil eine nennenswerte Zahl von Unternehmern und Sklavenhaltern eingesehen hätte, dass die Vermittlung von Arbeitskräften über den Markt ohne Zutun staatlicher und privater Gewaltmittel ihren Interessen

förderlich wäre. Vielmehr sind die rechtlichen Beschränkungen der Freiheit von Arbeitskräften überall durch staatliche Aktionen beendet worden. Und niemand hat den Fehlschluss ökonomischer Theoretiker hinsichtlich der geringen Produktivität versklavter Menschen je deutlicher werden lassen als all die früheren Sklavenhalter, die weltweit bemüht waren, Arbeitsverhältnisse zu erfinden, die denen der Sklaverei so ähnlich wie irgend möglich waren. Unterstützt wurden sie von Gesetzgebern, die eine Ausweitung der Schuldsklaverei ermöglichten und mit Vagabundengesetzen zahlreiche Frauen und Männer in Arbeit zwangen, die sie sich nicht ausgesucht hatten. Vor allem aber brachte der Handel mit Kuliverträgen viele Menschen in Asien in Arbeits-

»Organisierte Arbeitskräfte haben unter Einsatz ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und ihres Lebens Veränderungen erzwungen und Gewaltverhältnisse in der kapitalistischen Produktion allmählich an den Rand gedrängt.«

verhältnisse, die davon geprägt waren, dass die Unternehmer und ihre Beschäftigten bis vor Kurzem über Sklaven geherrscht hatten.

Nicht wegen mangelnder Produktivität, sondern allein durch politische Veränderungen, die von organisierten Arbeitskräften unter Einsatz ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und ihres Lebens erzwungen wurden, sind Gewaltverhältnisse in der kapitalistischen Produktion allmählich an den Rand gedrängt worden. Mit der Legalisierung von Gewerkschaften und Streiks wurde die Aushandlung von Arbeitsbedingungen institutionalisiert, was gewaltsame Auseinandersetzungen reduzierte. Dies hat den Kapitalismus in Ländern, deren Regierungen solche Aushandlungen schließlich legalisierten, gewissermaßen domestiziert. Wie fragil diese Entwicklung auch in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften weiterhin bleibt, wurde nirgends deutlicher als in Deutschland, wo der Organisationsfreiheit in der Wirtschaftskrise der 1920er Jahre und im Nationalsozialismus der Garaus gemacht wurde.

KOLONIALE UND POSTKOLONIALE GEWALTPRAXIS

Eine Domestizierung kapitalistischer Ausbeutung ist nur möglich, wenn Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern formal das gleiche Recht zugesprochen wird, ihre Interessen organisiert zu vertreten. In europäischen Kolonien war dies nicht der Fall. Zwar galt in den englischen Kolonien offiziell englisches Recht, faktisch aber hatten Einheimische mindere Rechte. In anderen Kolonien, insbesondere in den französischen, wurde für Einheimische der mindere Rechtsstatus des Eingeborenen erfunden. Alle Kolonialstaaten waren Institutionen zur Förderung der privaten Aneignung von Fremden.

Weil mit politischer Souveränität nicht zugleich wirtschaftliche Unabhängigkeit errungen werden konnte, wurden nicht nur die natürlichen Ressourcen postkolonialer Gesellschaften weiterhin ganz überwiegend von ausländischen Kapitaleignern ausgenutzt, sondern auch die menschlichen. Bauern und Bäuerinnen wurden weiterhin der Möglichkeit zur autonomen Versorgung beraubt und viele Hoffnungen auf bessere Arbeitsverhältnisse durch die politische Unabhängigkeit wurden enttäuscht. Dies umso mehr, als mit dem

Ende des Kalten Krieges die Einnahmen wegfielen, die aus der Konkurrenz der politischen Blöcke hatten gezogen werden können. Innenpolitische Entwicklungen in vielen postkolonialen Staaten wurden in erheblichem Maße durch den Wettstreit um politische Schaltstellen bestimmt, was die Möglichkeit privater Bereicherung eröffnete. Dies umfasst insbesondere die Förderung der Interessen ausländischer Investoren. Ihnen werden nicht nur vielfach Genehmigungen erteilt, die den Interessen der lokalen Bevölkerung entgegenstehen. Vielerorts werden ihnen auch eigene bewaffnete Sicherheitskräfte zugestanden. Zusätzlich können sie sich in vielen Ländern noch immer darauf verlassen, dass Streiks und andere Formen des Widerstands von Staats wegen unterbunden und unterdrückt werden. Internationale Investoren profitieren somit von der politischen Souveränität früherer Kolonien.

ARBEIT IM *OFFSHORE* DES RECHTS

Im globalisierten Kapitalismus sind zahlreiche Ausnahmen von der Allgemeinheit nationalen Rechts geschaffen worden. Um solche *Offshore*-Gebiete des Rechts handelt es sich auch bei den sogenannten Exportproduktionszonen und bei *Flags of Convenience* (sogenannten Billigflaggen). In diesen gesonderten Rechtsgebieten werden Kapitalinteressen besondere Durchsetzungschancen gegenüber Arbeitskräften zugestanden.

Staaten, welche die Benutzung ihrer Flagge, genauer gesagt die Eintragung in ihr Schiffsregister auf dem Weltmarkt anbieten, verzichten darauf, die nationale Zusammensetzung der Besatzungen vorzuschreiben. Das ermöglicht den Schiffseignern, ihre Seeleute legal irgendwo auf der Welt zu Bedingungen anzuheuern, die für sie günstig sind, was das Angebot an potenziellen Seeleuten immens erhöht. Weil die Seeleute zumeist aus Ländern kommen, deren Regierungen ein Interesse an ihren Steuerabgaben und der erhöhten Konsumkraft ihrer Verwandten haben, sind diese Regierungen an reibungslosen Vermittlungen interessiert. Im Falle eines Protestes gegen schlechte Arbeitsbedingungen riskieren Seeleute, in Zukunft nicht mehr durch die Agenturen ihres Herkunftslandes vermittelt zu werden. Da immer mehr Hafenanlagen in privatem Besitz sind, ist auch die früher übliche solidarische Unterstützung ihrer Kämpfe durch Hafenarbeiter sehr erschwert.

»Fragt man die Seeleute nach direkter Gewalt, ist die Antwort eindeutig: Sie nennen ihren Arbeitsplatz ein Gefängnis, weil sie über Wochen und Monate kaum an Land können.«

Werden Seeleute nach ihren Erfahrungen mit direkter Gewalt in ihrem Arbeitsleben gefragt, so antworten auch Besatzungsmitglieder auf Schiffen mit angemessener Versorgung ganz eindeutig: Sie nennen ihren Arbeitsplatz ein Gefängnis, weil sie allen internationalen Konventionen zum Trotz über Wochen und Monate kaum an Land können. Seit Ende 2001 ist dies nicht mehr nur den ökonomisch bedingten kurzen Liegezeiten geschuldet, sondern auch einem Abkommen, das nach dem Angriff auf das World Trade Center in New York geschlossen wurde. Der *International Ship and Port Facility Security*

Code (ISPS) behandelt Seeleute als potenzielle Terroristen, deren Kontakt zu den Gesellschaften an Land streng kontrolliert werden muss.

Auch Exportproduktionszonen operieren im *Offshore* des Rechts. Die für solche Zonen charakteristischen Regelungen wurden erstmals eingeführt, als US-amerikanische Firmen in den 1960er Jahren Montagebetriebe in Mexiko errichteten. Später wurden Hunderte solcher rechtlichen Sondergebiete vor allem in Asien geschaffen. Bis vor einigen Jahren konnten sich Investoren hier darauf verlassen, dass Regierungen auf Zölle für die Einfuhr von Produktionsmitteln und die Ausfuhr der fertigen Produkte verzichteten und in den Betrieben keine Gewerkschaften zugelassen wurden. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen ist erschwert, weil andere Beschäftigungsmöglichkeiten begrenzt sind und manche Investoren im Falle eines Arbeitskampfes mit der Verlagerung der Betriebe drohen. Die überwiegend geringe maschinelle Ausstattung solcher Betriebe erleichtert derartige Praktiken. Auch wenn

»Nicht die Anforderungen der Produktion selbst haben Verbesserungen notwendig gemacht: Industrielle Produktion war auch mit versklavten Menschen möglich.«

Löhne mancherorts erhöht wurden, sind sie allemal niedriger als in den Ländern, in denen die Investoren ihren Sitz haben.

Die Grenzen der Ausbeutung von Arbeitskraft, die national und international als akzeptabel gelten, haben sich im Laufe der Zeit verändert. Seit Ende der 1990er Jahre ist ihre international bekannteste Fassung diejenige der »Kernarbeitsnormen«, die von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) beschlossen und zumeist in dem Terminus *decent work* zusammengefasst werden.

ÜBER INDUSTRIE UND EMANZIPATION

Ungeachtet des immensen Ausmaßes moderner Sklavenwirtschaft und aller erdenklichen Formen von Ersatzsklaverei gingen und gehen Theoretikerinnen und Theoretiker des Kapitalismus davon aus, dass dieser selbst die Dominanz freier Lohnarbeit hervorbringen werde bzw. hervorgebracht hat. Seit Adam Smith wird unterstellt, unfreie Arbeitskräfte seien nicht genügend motiviert für komplizierte Tätigkeiten, weshalb auch Kapitaleigner aus ökonomischem Interesse schließlich rechtliche Emanzipation fördern würden. Anders gesagt: Die ökonomische Rationalität des Kapitalismus gilt als Ursache der zunehmenden Überwindung von direkter Gewalt in der Produktion. Die reale Geschichte des Kapitalismus hat diese Auffassung widerlegt. Stattdessen hat sich gezeigt, dass – von Ausnahmen abgesehen – Kapitaleigner alle Möglichkeiten der Profitproduktion nutzen, die sich ihnen in einer bestimmten historischen Situation in einer konkreten Gesellschaft bieten. Konkurrenz kennt keine Grenzen, die ihr nicht von außen aufgezwungen werden. Nicht die Anforderungen der Produktion selbst haben Verbesserungen notwendig gemacht: Industrielle Produktion war auch mit versklavten Menschen möglich und auch heute lassen sich viele Produktionsprozesse so organisieren, dass sie in Teilbereichen extrem ausgebeutete Arbeitskräfte einschließen. Die Basis rechtlicher und politischer Emanzipation ist keiner inneren Dynamik des Kapitalismus geschuldet. Jede Regulierung

muss politisch erkämpft werden und wird nur beibehalten, wenn ihre tatsächliche Umsetzung kontrolliert wird. Ohne die beständige Aufmerksamkeit nationaler und internationaler Öffentlichkeiten bleiben Zwangsarbeit, Kinderarbeit, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und andere Formen direkter Gewalt in der Produktion eine beständige Möglichkeit. Die anhaltende Forderung nach besseren Regelungen und die stetige Kontrolle ihrer Durchsetzung brauchen einen längeren Atem, als im *big business* der Nachrichtenindustrie angelegt. Nachdem die betrieblich verschuldeten Todesfälle in Textilfabriken in Bangladesch 2012 und 2013 internationale Empörung hervorgerufen hatten, folgten Vereinbarungen zur Verbesserung der Sicherheit. Die Regierung des Landes musste Abstand davon nehmen, den Investoren ein Verbot gewerkschaftlicher Organisierung zuzugestehen. Laut einer Studie, die von Human Rights Watch 2025 durchgeführt wurde, hat das aber nicht verhindert, dass wenige Jahre später aktive Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben weiterhin bedroht wurden und nicht nur mit Entlassung, sondern auch mit körperlicher Gewalt rechnen mussten.

Viele Menschen, die sich diesen Gefahren aussetzen, können ihre Forderungen nicht unter der Bedingung eines national mehr oder minder begrenzten Arbeitsmarktes erheben und sind darum auf Unterstützung angewiesen. Öffentliche Kritik im In- und vor allem im Ausland führt manchmal, oft nach langer Zeit, zu Erfolgen.

Nachdem in Katar seit Jahren immer wieder angekündigt wurde, das Kafala-System abzuschaffen, wurde im September 2020 tatsächlich beschlossen, ausländische Arbeitskräfte nicht länger schutzlos der Herrschaft ihres »Kafils«, eines einheimischen »Sponsors«, auszuliefern. Und auch in Saudi-Arabien sollen Beschäftigte seit November 1920 berechtigt sein, ihren Arbeitsvertrag zu beenden oder den Arbeitsplatz zu wechseln.

»Öffentliche Kritik im In- und Ausland führt manchmal, oft erst nach langer Zeit, zu Erfolgen.«

Ohne beständige öffentliche Kontrolle werden sich diese Ankündigungen nicht realisieren, da nicht nur viele Bauarbeiter aus Asien betroffen sind, sondern auch zahllose Hausangestellte, die ganz auf sich allein gestellt sind, wenn sie versuchen, ihre Rechte durchzusetzen. Ohne Unterstützung wird ihnen auch die 2011 verabschiedete Konvention der IAO zu *decent work* für Hausangestellte nicht weiterhelfen.

Um solche Zusammenhänge zu begreifen, müssen wir nicht ins Ausland schauen. Seit Jahren sind die Zustände etwa in deutschen Schlachtbetrieben bekannt. Zwar gab es zwischenzeitlich Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen, nicht aber der Dichte und Gründlichkeit von Kontrollen. Erst die massenhafte Verbreitung von Covid-19 in einem der Betriebe, der auch die Menschen außerhalb gefährdete, hat zu einem neuen öffentlichen Interesse an den Zuständen geführt.

Die Verhinderung solcher Praktiken verlangt entschlossenes politisches Handeln, das in aller Regel nur erfolgt, wenn es von einer kritischen Öffentlichkeit nachdrücklich gefordert wird. Und das gilt auch, wenn es darum geht, der Rücknahme einmal beschlossener Regelungen entgegenzutreten.

GESICHT ZEIGEN FÜR LEIHARBEITER*INNEN

GEWERKSCHAFTLICHE KAMPAGNEN GEGEN SPALTUNG IM BETRIEB

MICHAEL SCHILWA UND LUKAS WUNSCH

Der Kampf gegen Rechts muss auch im Betrieb geführt werden. Aktivierende Betriebsarbeit kann Solidarität unter denen schaffen, die oft gegeneinander ausgepielt werden.

»Zu lernen ist, dass
nicht die bessere Sache
den irdischen Sieg erficht,
sondern die besser verfochtene Sache«
(Egon Erwin Kisch)

Völkische Einstellungen und rechtes Wahlverhalten finden sich keineswegs nur bei prekarisierten Kleinbürgern oder sogenannten bildungsfernen Schichten. Auch DGB-Mitglieder wählen die AfD, und zwar leider sogar etwas häufiger als der Durchschnitt der Bevölkerung. Bei der letzten Bundestagswahl erreichte die AfD insgesamt 12,6 Prozent, bei Gewerkschafter*innen 15 Prozent. Damit wurde die AfD bei DGB-Mitgliedern drittstärkste Kraft. Noch besorgniserregender ist die Tatsache, dass rechtsextreme Netzwerke zunehmend auch betrieblich aktiv werden und rechte Initiativen wie »Ein Prozent« und »Zentrum Automobil« in den letzten Jahren an Stärke gewonnen haben.

WIE UMGEHEN MIT DEN RECHTEN IM BETRIEB?

Der erste Weckruf kam 2014 ausgerechnet aus der Hochburg der IG Metall, der größten freien Gewerkschaft der Welt: Die »Liste Zentrum« um den Nazikader Oliver Hilburger holte bei der Betriebsratswahl im Daimler-Werk Untertürkheim 13,2 Prozent. Auch wenn solche Entwicklungen momentan leicht rückläufig sind, ist das rechte Gedankengut in den Betrieben nach wie vor präsent. »Wo sie (die Rechten) 2018 antraten, wurden sie auch gewählt«, konstatiert ein aktuelles Arbeitspapier der IG Metall (Köhlinger/Ebenau 2018). Entsprechend intensiv wird über den gewerkschaftlichen Umgang mit AfD, Pegida & Co. diskutiert. IG-Metall-Chef Jörg Hofmann erklärt bündig: »Wer hetzt, der fliegt.« Andere warnen vor



kontraproduktiven Wirkungen, wenn etwa AfD Wähler*innen zu schnell in einen Topf mit Faschist*innen geworfen würden. Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, formuliert eine Zwischenposition: »Klare Kante und offene Tür.« Derartige Diskussionen sind wichtig, doch es muss klar sein, dass »die Frage, wem die klare Kante gezeigt und wem die Tür zur IGM offengehalten wird, akademisch leicht zu diskutieren, vor Ort und im Betrieb aber schwer zu entscheiden« ist (ebd.).

VERSTEHEN HEISST NICHT AKZEPTIEREN

Nicht jeder AfD-Wähler ist ein Nazi. Wer Brandsätze auf Flüchtlingsunterkünfte wirft, ist aber umgekehrt kein »besorgter Bürger« mehr, sondern ein Faschist und potenzieller Mörder. Die ›Verwirrten‹ von den ›Überzeugten‹ zu unterscheiden, ist heikel, aber in betrieblichen Kontexten elementar wichtig. Mit Faschist*innen wird nicht geredet, sie werden bekämpft. Aber welches Verhalten, welche Meinungsäußerung ist noch rechtspopulistisches Nachplappern und wo beginnen gefestigte faschistische Haltungen? Wir plädieren dafür, den Trennungsstrich nicht direkt vor den eigenen Füßen zu ziehen. Der inflationäre Gebrauch des Faschismusbegriffs banalisiert eine tödliche Gefahr. Wir wollen Kolleg*innen, die sich von der Anti-Establishment-Attitüde der Rechten angezogen fühlen, nicht zuallererst verurteilen, sondern sie zurückgewinnen. Dabei helfen weder ausschließlich programmatische Argumente wie »aber das ist doch eine Partei gegen die Interessen der kleinen Leute«, noch moralische Verurteilungen: Der »Aufstand der Anständigen« setzt voraus, dass es ein Lager der Unanständigen gibt. Was fällt in diesem Gesellschaftsbild auf? Die völlige Abwesenheit von Klassen und deren Interessengegensätzen.

Aufgrund unserer Erfahrungen als betriebliche Organizer plädieren wir für einen »klassenpolitischen Ansatz« im Kampf um

MICHAEL SCHILWA war lebenslang Taxifahrer, bis er sich vor zwei Jahren entschloss, für verschiedene DGB-Mitgliedsgewerkschaften als Organizer zu arbeiten.

LUKAS WUNSCH studiert Politikwissenschaften in Marburg und arbeitet ehrenamtlich als Teamer für die IG Metall. Seit zwei Jahren ist er projektbezogen als Organizer tätig.

die Herzen und Köpfe der Kolleg*innen. Ein bio-deutscher Hilfsarbeiter, der seinen Job durch die Billiglohnkonkurrenz eines rumänischen Leiharbeiters bedroht sieht, interessiert sich nicht für die Aufnahme in den Kreis der Anständigen. Seine Angst und seine Vorurteile werden wir ihm nur dann nehmen, wenn wir die Zusammenhänge nicht nur erklären, sondern auch erfahrbar machen. Eine Belegschaft, die erlebt hat, dass das Zusammenstehen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion im Arbeitskampf ungeahnte Erfolge ermöglicht, wird auch ohne ›Aufklärung‹ erkennen, dass bio-deutsche Arbeiter*innen mit ihren rumänischen Kolleg*innen mehr gemeinsam haben als mit ihren Bossen. Klingt pathetisch und vielleicht auch holzschnittartig. Wir möchten ein Beispiel geben, wo das zumindest ansatzweise funktioniert hat.

DAS BEISPIEL ACCUMOTIVE: VON DER GESPALTENEN ZUR SOLIDARISCHEN BELEGSCHAFT

Im ostsächsischen Kamenz produziert die Firma Accumotive mit mittlerweile 2700 Beschäftigten Batterien und Akkus für die Elektroflotte von Daimler. Obwohl Accumotive Teil des Daimler-Konzerns ist, war es lange die einzige Produktionsanlage dieser Größenordnung ohne Tarifbindung. Aus diesem Grund startete die IG Metall 2017 eine mehrmonatige Kampagne für einen Haustarifvertrag auf dem Niveau des sächsischen Flächentarifvertrags der Metall- und Elektroindustrie. Allen Beteiligten war klar, dass das ohne eine deutliche Steigerung des Organisationsgrades kaum durchzusetzen war. Möglichst viele Beschäftigte mussten als aktive Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden. Als Organizer wurden wir 2018/19 zur Unterstützung hinzugeholt.

Accumotive ist der größte Arbeitgeber der Region. Durch die wichtige Rolle der Batterieproduktion für die E-Mobilität haben die Beschäftigten eine enorme Produktionsmacht im Daimler-Verbund, was sich in einem gewissen Produzentenstolz niederschlägt (»Ohne uns fährt keine A-Klasse und keine S-Klasse«). Die Fabrik befand sich 2019 immer noch im Aufbau, der Betriebsrat war frisch gewählt und die Belegschaft ohne jede Kampferfahrung. Eine Besonderheit war die hohe Leiharbeiterquote von im Schnitt 50 Prozent und in einzelnen Produktionslinien bis zu 90 Prozent. Aufgrund der Grenznähe kommen fast alle Leiharbeiter*innen aus Polen, wo sie in vergleichbaren Jobs nur etwa ein Drittel des Accu-Entgeldes verdienen würden. Dafür nehmen sie große Unsicherheiten bei der Alltags- und Lebensplanung in Kauf, mit langen Pendelzeiten nach Polen oder einer Unterbringung in Kamenz weit entfernt von der Familie und ihrem Lebensumfeld. Für die überwiegend deutsche Stammbelegschaft waren die polnischen Kolleg*innen größtenteils schon wegen der Sprachbarriere ›Terra incognita‹. Zugleich führte die hohe Quote an Leiharbeiter*innen zu Unbehagen. Das hat zum einen mit rechten Einstellungen zu tun: Im Landkreis Bautzen erzielte die AfD bei der letzten Landtagswahl 30,4 Prozent. Zum anderen hängt es mit einem basalen Klasseninstinkt der Stammbelegschaften zusammen: mit der Tatsache, dass Leiharbeit als »billige Konkurrenz« die Gegenmacht der Gesamtbelegschaft schwächt.

»WO DAIMLER DRAUFSTEHT, MUSS AUCH TARIF DRIN SEIN!«

Unsere Aufgabe als Organizer war in erster Linie, Mitglieder für die IG Metall zu gewinnen,

um den Tarifvertrag durchzusetzen. Dabei war uns klar, dass niemand einer Gewerkschaft beitritt, weil er das Grundsatzprogramm gelesen hat. Ausschlaggebend sind stattdessen meist Emotionen und persönliche Erlebnisse: das Hochgefühl einer starken Gemeinschaft bei einem Warnstreik oder das Vorbild einer beliebten Kollegin, die Vertrauensfrau ist. Daher ist motivierendes Storytelling zentral: eine Geschichte zu erzählen, die die unmittelbaren Interessen der Beschäftigten bildhaft aufgreift und ein glaubwürdiges Ziel formuliert. Nach dem Thema unserer Erzählung bei Accumotive mussten wir nicht lange suchen.

Zwar war ein Großteil der Belegschaft eher sozialpartnerschaftlich orientiert und zufrieden, einen für die Region guten Arbeitsplatz zu haben. Dennoch war der Unmut spürbar, als 100-prozentige Daimler-Tochter keinerlei Tarifbindung zu haben. Hier ging es weniger um Zahlen, oft nicht einmal um Geld, sondern um Selbstachtung und Wertschätzung. Im Vordergrund unserer Gespräche stand also die Lebens- und Arbeitswirklichkeit der Kolleg*innen. »Accumotive ist keine Würstchenbude, sondern integraler Bestandteil eines Hightech-Weltkonzerns. Wie fühlt es sich an, wenn trotzdem Billiglöhne der vermeintlich einzige Standortvorteil sind?« Mit dieser Frage trafen wir einen Nerv und erhielten viel Zuspruch. Die Wut über die gefühlte Deklassierung drückten die Kolleg*innen in zum Teil deftigen Slogans aus wie »DDR – Der Doofe Rest?«

MEHRHEITSPETITION: DER »STILLE WARNSTREIK«

Eine gute Ansprache und das Gewinnen von Mitgliedern sind jedoch nicht alles. Es müssen auch lebendige Strukturen im Betrieb aufgebaut werden. Das funktioniert umso besser, je ernsthafter und früher eine wirkliche Beteiligung im Arbeitskampf umgesetzt wird. Die Kampagne startete mit einer sogenannten Mehrheitspetition, hier mit dem Ziel, große Teile der Belegschaft hinter der Forderung nach Tarifbindung zu vereinen und dafür eine Mehrheit der Beschäftigten für eine Unterschrift zu gewinnen. Solche Petitionen können und sollen Streiks nicht ersetzen, sondern sie vorbereiten. Sie dienen als ›ehrlicher Test‹ der Kräfteverhältnisse im Betrieb und haben – sofern sie gewonnen werden – eine motivierende Wirkung nach innen und einen warnenden Effekt nach außen bzw. oben.

Die Unterschriften wurden überwiegend und zuletzt fast ausschließlich von den Kolleg*innen selbst gesammelt. Am Ende hatten mehr als zwei Drittel der Belegschaft unterzeichnet – mit durchschlagender Wirkung. Als die meterlange Fototapete mit Unterschriften der Arbeitgeberseite pressewirksam überreicht wurde, war den Herren ungläubiges Staunen ins Gesicht geschrieben. Diese Aktion, die von der Gegenseite zu Recht als »stiller Warnstreik« gewertet wurde, führte zu ernsthaften und zügigen Verhandlungen und am Ende zu einem erfolgreichen Tarifabschluss.

Doch erst mit dem Abschluss wurde ein weiteres Terrain der Auseinandersetzung sichtbar. Schon während der Unterschriftensammlung war aufgefallen, dass auch viele Leiharbeiter*innen die Petition zum Haustarifvertrag unterschrieben hatten, obwohl sie aufgrund eines eigenen Leiharbeitstarifvertrags nur sehr mittelbar von einem Ergebnis profitieren würden. Diese Geste der Solidarität und die beeindruckende Aktivität der Stammbelegschaft in der Kampagne führten schließlich bei

den hauptamtlichen Gewerkschafter*innen, beim Betriebsrat und bei uns Organizern zu der Idee, einen zweiten Kampagnenteil zu starten, der sich explizit mit der Situation der Leiharbeiter*innen beschäftigt.

»GESICHT ZEIGEN FÜR LEIHARBEITER«

Wir starteten also eine zweite Petition mit dem Titel »Gesicht zeigen für Leiharbeiter«. Entscheidend war, dass sie nicht nur von den Leiharbeiter*innen, sondern vor allem auch von der Stammbelegschaft unterstützt würde. Die Fotopetition sollte die Solidarität der Leiharbeiter*innen aufgreifen und in eine Solidarität der Stammbelegschaft ummünzen. Natürlich braucht es mehr Mumm, sich fotografieren zu lassen, als eine Unterschrift zu leisten. Insofern ist nicht verwunderlich, dass es am Ende weniger Fotos als Unterschriften gab. Wirkung hatte die Fotopetition gleichwohl, führte sie doch zu einer Betriebsvereinbarung, die einerseits die Neueinstellung von Leiharbeiter*innen begrenzte und andererseits eine Quote festlegte, weitere Leiharbeiter*innen in die Stammbelegschaft zu übernehmen. Die Ansprache an die Stammbelegschaft appellierte zum einen an das ›Ehrgefühl‹ der Beschäftigten (»Jetzt ist es Zeit, die Solidarität zurückzugeben«), zum anderen an den eigenen Klasseninstinkt. Denn Leiharbeiter*innen können viel einfacher geheuert und gefeuert werden. Ist deren Quote im Betrieb zu hoch, steigt die Erpressbarkeit der gesamten Belegschaft. Das bedeutet umgekehrt: Es ist im Interesse der festangestellten Kolleg*innen, sich für gleiche Rechte der Randbelegschaft und deren Integration in die Stammbelegschaft einzusetzen. Unser Appell besagte also zweierlei: Ihr zeigt nicht nur Solidarität mit den schlechtergestellten Kolleg*innen, sondern helft auch euch selbst.

Bei der Ansprache der polnischen Kolleg*innen gab es anfangs riesige Probleme. Ein Großteil sprach nur schlecht oder gar nicht Deutsch, die Kommunikation erfolgte oft mit »Händen und Füßen« oder per Dolmetscher. Das größte Hindernis war die allgegenwärtige Sorge vor Repressalien – viele hatten Angst, überhaupt mit uns zu reden. Vertrauen musste Stück für Stück aufgebaut werden. Äußerst hilfreich war hier der Organizing-Ansatz, organische ›Führungspersonen‹ zu identifizieren und zu gewinnen, die dann als Multiplikatoren ihr Umfeld überzeugen können. Diese ›Leitwölfe‹ sind nicht leicht zu finden. Wer das Vertrauen der Kolleg*innen genießt und als ›guter Arbeiter‹ respektiert wird und zugleich ›Meinungsmacher‹ in der Gruppe ist, klärt sich oft erst nach vielen Gesprächen. Zudem sind die ›Leitwölfe‹ meist nicht leicht zu gewinnen – als durchsetzungsstarke Persönlichkeiten halten sie oft wenig von der Gewerkschaft, weil sie bisher auch ganz gut ohne sie ausgekommen sind. Solche Leitfiguren haben aufgrund ihrer Erfahrung und ihrer Rolle im Betrieb eine viel stärkere und authentischere Wirkung, als wir Gewerkschaftsaktive es je haben können. Umso wichtiger ist es, die Komfortzone zu verlassen und auch ›harte Nüsse‹ ins Visier zu nehmen.

Ein ›Leitwolf‹ bei Accumotive war Josef (Name geändert), der als russischstämmiger Leiharbeiter gut polnisch und deutsch spricht und ein wenig ›Kampferfahrung‹ aus seinem vorherigen Betrieb mitbrachte. Er arbeitet in einer Unterabteilung der größten Produktionslinie in der Nachtschicht und setzte sich dort persönlich für eine polnische Kollegin ein,

die vom Schichtleiter vor versammelter Mannschaft persönlich und sexistisch beleidigt wurde. Unter den Kolleg*innen der Schicht, von ihnen etwa 90 Prozent Leiharbeiter*innen, herrschte große Empörung. Josef setzte sich daraufhin mit einer festangestellten deutschen Kollegin in Verbindung. Sie entwarfen unabhängig von der IG Metall, vom Betriebsrat und von den Organizern eine Protestpetition, die mit der Daimler-Compliance (Verhaltensrichtlinien des Konzerns) argumentierte und die Versetzung des Schichtleiters forderte. Binnen weniger Tage unterschrieb fast die komplette Nachtschicht. Der Schichtleiter wurde zwar nicht versetzt, musste sich aber vor der Schicht entschuldigen. Das gab der Fotopetition einen ordentlichen Schub, weil es zeigte, dass sich Zusammenstehen lohnt.

Am Ende traten etwa 150 polnische Leiharbeiter*innen in die IG Metall ein – ein für alle Beteiligten großartiges Ergebnis. Natürlich besteht die Accumotive-Belegschaft auch nach dieser Kampagne nicht nur aus überzeugten Antifas und glühenden Internationalist*innen. Doch die Botschaft »Solidarität ist keine Einbahnstraße« hat die Herzen erobert und ist in gewisser Weise im Betrieb hegemonial geworden. Entscheidend hierfür war die Erfahrung, als eine vormals gespaltene Belegschaft für ein gemeinsames Ziel zusammenzustehen.

ETHNISIERUNG SOZIALER KONFLIKTE DURCHBRECHEN

Am Anfang sprachen wir davon, dass es wichtig ist, die rechten Dynamiken im Betrieb zu verstehen, ohne sie damit zu akzeptieren. Was bedeutete »verstehen« in Kamenz? Das Narrativ »die Polen nehmen uns die Arbeitsplätze weg« wurde den Rechten dort quasi auf dem Silbertablett serviert. Überwiegend besser qualifizierte »Deutsche« bekommen keine Festanstellung und überwiegend schlechter qualifizierte »Polen« werden in großer Zahl als Leiharbeiter*innen angeheuert. Die linke Antwort auf dieses Problem ist abstrakt klar: Es geht nicht um »Deutsche vs. Polen«, sondern um »Festanstellung vs. Leiharbeit«, nach dem Motto »Ein Betrieb – eine Belegschaft.«

Leider reicht es aber nicht, vor dem Werkstor Flugblätter mit den richtigen Losungen und Forderungen zu verteilen. Sie müssen in hartnäckigen und konkreten Kampagnen für eine Belegschaft »erfahrbar« werden. Das gelingt nur, wenn man dicht genug an die Beschäftigten herankommt. Die Rechten im Betrieb zurückzudrängen, muss also auch heißen, aufsuchende und aktivierende Betriebsarbeit in den deutschen Gewerkschaften noch breiter zu verankern. Das wird nur funktionieren, wenn sich mit diesem Ansatz mehr Menschen für die Gewerkschaften begeistern lassen als ohne ihn. Eine Erneuerung der Gewerkschaften wird es nicht geben, ohne die Gewerkschaften selbst zu stärken, und umgekehrt. Wem das zu »reformistisch« ist, der versuche es weiter mit »revolutionären Fensterreden«. Unser Fazit: mit Betriebsräten und Tarifverträgen gegen die völkischen Rattenfänger!

LITERATUR

Köhlinger, Jörg/Ebenau, Michael, 2018: Zum Umgang der IG Metall mit der AfD. Ein Arbeitspapier der Bezirksleitung Mitte, Frankfurt a. M., www.igmetall-bezirk-mitte.de/fileadmin/user/Gesellschaftspolitik/Aktiv_gegen_Rechts/2019/Arbeitspapier_AfD.pdf



WAS HEISST SOZIALISMUS IM 21. JAHRHUNDERT?

NANCY FRASER

Dass wieder über Kapitalismus und Sozialismus gesprochen wird, stimmt hoffnungsvoll. Wir brauchen aber ein umfassenderes Verständnis von beiden, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

NANCY FRASER ist Politikwissenschaftlerin und eine prominente US-amerikanische Feministin. Zurzeit ist sie Professorin für Politik- und Sozialwissenschaften an der New School for Social Research in New York City. Sie ist Mitautorin des Manifests »Feminismus für die 99 Prozent« (2019).

Allenthalben wird wieder über Sozialismus gesprochen. Über Jahrzehnte war das Wort verpönt – es stand für ein schreckliches Scheitern, war Relikt längst vergangener Zeiten. Damit ist es vorbei! Heute tragen Politiker*innen wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez das Label »sozialistisch« mit Stolz und stoßen damit auf Zustimmung. Organisationen wie die Democratic Socialists of America können sich kaum vor neuen Mitgliedern retten. Aber was genau verstehen sie unter Sozialismus? Selbst wenn wir uns über die neue Begeisterung freuen sollten, übersetzt sich diese nicht automatisch in eine ernst zu nehmende inhaltliche Auseinandersetzung. Wofür genau steht in heutigen Zeiten also Sozialismus und wofür sollte er stehen?

Zu diesen Fragen stelle ich hier einige Überlegungen an, die noch keine fertigen Antworten sind. So wie ich eine erweiterte Analyse des Kapitalismus vertrete, so schlage ich auch für den Sozialismus ein umfassendes Verständnis vor, das mit dem gängigen Ökonomismus früherer Ansätze bricht. Da ich die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht losgelöst, sondern im Zusammenhang mit ihrem widersprüchlichen und zerstörerischen Verhältnis zu ihren »nicht ökonomischen« Voraussetzungen betrachte, steht für mich fest, dass Sozialismus mehr leisten muss, als nur die Sphäre der Produktion zu verändern. Er muss darüber hinaus einen grundlegenden Wandel in Bezug auf die Bereiche und Bedingungen herbeiführen, die die kapitalistische Produktion erst ermöglichen. Ich spreche hier von der Reproduktionssphäre, der Staatsmacht, der nicht-menschlichen Natur und von Formen des Reichtums, die außerhalb des

formalen Zugriffs des Kapitals und trotzdem in seiner Reichweite liegen. Oder anders ausgedrückt: Ich bin der Auffassung, ein zeitgemäßer Sozialismus muss nicht nur die kapitalistische Ausbeutung der Lohnarbeit abschaffen. Er muss genauso die Ausnutzung von unbezahlter Care-Arbeit sowie von öffentlichen Gütern überwinden und die Aneignung des Reichtums, der auf der Enteignung von rassifizierten Menschen und Naturressourcen beruht, beenden. [...]

WAS IST SOZIALISMUS? EIN ERWEITERTER BLICK

Das Projekt, einen Sozialismus für das 21. Jahrhundert neu zu erfinden, ist zweifellos kein Kinderspiel, sondern eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Sie ist auf jeden Fall zu groß, um von einer einzelnen Person oder Gruppe in Angriff genommen zu werden, selbst wenn es sich dabei um besonders theoretisch versierte Menschen handelt. Dieses Projekt wird, wenn überhaupt, nur durch gemeinsame Anstrengungen von politischen Aktivist*innen und Theoretiker*innen gelingen. Dafür müssen wir unsere Erkenntnisse aus sozialen Kämpfen mit programmatischem Denken und politischer Organisierung zusammenbringen. Nichtsdestotrotz möchte ich im Folgenden drei Überlegungen skizzieren, die die Thematiken der institutionellen Grenzen, des gesellschaftlichen Mehrwerts und der Rolle von Märkten tangieren.

Danach zu fragen, wie vermeintlich vorgegebene »Sphären« (wie die Sphäre der Ökonomie und die Sphäre der Politik) voneinander abzugrenzen sind, halte ich für mindestens genauso relevant, wie über deren interne Organisationsweisen nachzudenken. Anstatt sich ausschließlich oder einseitig auf die Organisation der Wirtschaft zu konzentrieren, müssen Sozialist*innen über das Verhältnis der Wirtschaft zu ihren Hintergrundbedingungen reflektieren: über den Bereich der sozialen Reproduktion, über natürliche, nicht kapitalisierte Formen des Reichtums und über öffentliche Macht. Um *sämtliche* institutionalisierte Formen kapitalistischer Irrationalität, Unfreiheit und kapitalistischen Unrechts zu überwinden, müssen wir als Sozialist*innen herausfinden, wie wir das Verhältnis zwischen Produktion und Reproduktion, Gesellschaft und Natur sowie zwischen dem Sozialen und dem Politischen neu gestalten können.

Ich will damit nicht sagen, dass der Sozialismus einfach alle Unterschiede dieser Sphären übergehen kann. Die Bemühungen der Sowjetunion, die Unterscheidung zwischen Politik und Ökonomie aufzuheben, sollten hier als allgemeine Warnung dienen. Aber wir werden trotzdem nicht umhinkommen, die institutionellen Aufspaltungen unserer kapitalistischen Gesellschaften grundsätzlich infrage zu stellen und neu zu ordnen. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, diese so neu zu bestimmen, dass etwa Angelegenheiten, die heute eindeutig der Wirtschaft zugeordnet sind, zu politischen oder sozialen Fragen

werden. Wir könnten auch versuchen, bestimmte institutionelle Grenzen stärker aufzuweichen, um dafür zu sorgen, dass die verschiedenen Sphären besser miteinander korrespondieren, sich also weniger antagonistisch zueinander verhalten. Was eine sozialistische Gesellschaft auf jeden Fall überwinden muss, ist die Tendenz des Kapitalismus zu Nullsummenspielen, in denen der Produktion zugeführt wird, was zuvor der Natur oder der sozialen Reproduktion entrissen wurde.

Noch wichtiger ist es aber, die Prioritäten innerhalb dieser Bereiche anders zu setzen. Während in kapitalistischen Gesellschaften die Anforderungen der sozialen und ökologischen Reproduktion denen der auf Kapitalakkumulation ausgerichteten Warenproduktion untergeordnet sind, muss der Sozialismus das Ganze umdrehen: Die Bedürfnisse der Menschen, der Schutz der Natur sowie demokratische Selbstbestimmung sollten in unseren Gesellschaften an erster Stelle stehen und nicht länger Effizienz und wirtschaftliches Wachstum. Das heißt, wir müssen die Dinge eindeutig in den Vordergrund rücken, die das Kapital in den von ihm geleugneten Hintergrund drängt.

Schließlich muss ein für das 21. Jahrhundert tauglicher Sozialismus die Prozesse selbst, die über die Festlegung und Umgestaltung institutioneller Grenzen bestimmen, demokratisieren. Von nun an gilt es, die »metapolitische« Aufgabe der Neuordnung der verschiedenen gesellschaftlichen Sphären und deren Verhältnis zueinander zum Gegenstand kollektiver Auseinandersetzungen zu machen: Die demokratischen Öffentlichkeiten, die *Demoi*, sollen selbst darüber entscheiden, welche Angelegenheiten in welcher Reihenfolge in welchen politischen und gesellschaftlichen Arenen zu behandeln sind. Auch wenn historisch gewachsene territoriale Einheiten wie »Nationalstaaten« weiterhin eine gewisse Berechtigung haben mögen und nicht unbedingt gänzlich abgeschafft werden müssen, geht es darum, diese durch funktional definierte politische Einheiten neu zu strukturieren. Diese politischen Einheiten sollten auf verschiedenen Ebenen operieren, vor allem aber dem Prinzip der möglichst großen Teilhabe verpflichtet sein. Grundsätzlich jedoch muss eine sozialistische Neuordnung gesellschaftlicher Verhältnisse auf dem Prinzip der Nicht-Dominanz basieren. Es gilt, sich von den alten, das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem durchdringenden Ausbeutungs- und Herrschaftsformen zu verabschieden und sich gegen all die Herrschaftsverhältnisse zu wappnen, mit denen wir in Zukunft eventuell noch konfrontiert sein werden.

Darüber hinaus muss eine gesellschaftliche Neuordnung so weit wie möglich von dem Grundsatz »Was ich verbrauche, muss ich ersetzen« geleitet sein. In einer sozialistischen Gesellschaft sollte kein Platz für »Trittbrettfahren«, also für die Nutzung von Ressourcen ohne Gegenleistung, und »primitive Akkumu-

lation« sein. Im Sozialismus muss sichergestellt sein, dass die Bedingungen der Produktion nachhaltig organisiert sind, etwas, das der Kapitalismus so sträflich vernachlässigt. Mit anderen Worten: Eine sozialistische Gesellschaft wäre dazu verpflichtet, alle Ressourcen, die sie in der Produktion und Reproduktion nutzt und verbraucht, wieder aufzustocken, zu regenerieren, zu reparieren oder zu ersetzen. Das betrifft die Care-Arbeit und die generative Arbeit im Engeren, genauso wie diejenige Arbeit, die Gebrauchswerte und Waren herstellt. Eine sozialistische Gesellschaft muss den Reichtum ersetzen, den sie »von außen«, aus »peripheren« Regionen und von Bevölkerungsgruppen sowie aus der Natur holt. Sie hat zudem auf den Erhalt und die Pflege all der politischen Prozesse und öffentlichen Güter zu achten, die wir brauchen, um damit verschiedene Bedürfnisse zu befriedigen. Anders formuliert: Schluss mit dem Ausnutzen derjenigen Bereiche, die gegenwärtig in den verleugneten Hintergrund der kapitalistischen Gesellschaft verbannt sind. Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung, um den mit kapitalistischen Gesellschaften einhergehenden intergenerationellen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken. Nur wenn wir dies alles in den Blick nehmen, kann ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert die kapitalistische Irrationalität und deren krisenanfällige Institutionen überwinden.

Dies bringt mich zu meinem zweiten Punkt, der ein klassisches sozialistisches Anliegen, das des gesellschaftlichen Mehrwerts, tangiert. Der Mehrwert ist die Grundlage allen Reichtums, den eine Gesellschaft generiert, wenn sie mehr produziert, als sie unmittelbar benötigt, um sich auf dem aktuellen Niveau und in der aktuellen Form zu reproduzieren. In kapitalistischen Gesellschaften ist es bekanntlich so, dass der Mehrwert als Privateigentum der Kapitalistenklasse angesehen wird. Diese kann über ihn nach Belieben verfügen. In der Regel wird der Mehrwert mit dem Ziel eingesetzt, noch mehr Mehrwert zu schaffen. Dieser Prozess wiederholt sich in einem fort, er kennt keinerlei Grenzen, birgt aber, wie wir wissen, etliche Probleme: Er ist vor allem ungerecht und selbstzerstörerisch.

Deswegen muss eine sozialistische Gesellschaft nach Wegen suchen, wie der gesellschaftliche Mehrwert auf demokratische Weise kontrolliert und umverteilt werden kann. Dafür bedarf es kollektiver Entscheidungsfindungen, die es uns erlauben, selbst darüber zu befinden, wofür genau die vorhandenen Überschüsse und Ressourcen eingesetzt werden sollen und wie viel Mehrwert eine Gesellschaft bzw. ob diese zukünftig überhaupt noch Mehrwert produzieren sollte. Mit anderen Worten: Dem Sozialismus kommt die Aufgabe zu, mit dem in das kapitalistische System eingebauten Wachstumsimperativ zu brechen. Das bedeutet noch nicht, dass wir »De-Growth« als neuen Imperativ dagegensetzen müssen. Viel wäre schon gewonnen, wenn es uns gelänge, die Frage

nach dem Wachstum (wenn Wachstum, dann wie viel Wachstum, welche Art von Wachstum, in welchen Bereichen und wofür?) zu einer politischen Frage zu machen. Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert sollte anstreben, all die hier angesprochenen Themen zu Themen der demokratischen Auseinandersetzung zu machen: Was, wie und wie viel wollen wir in Zukunft produzieren? Welchen Teil der geleisteten Arbeitsstunden wollen wir für die Produktion von Mehrwert verwenden? Und darüber hinaus: Was benötigen wir, um unsere Gesellschaften auf dem jetzigen Level zu reproduzieren und zu erhalten?

Den gesellschaftlichen Mehrwert anders zu organisieren hätte auch zeitliche Vorteile: Was könnten wir nicht alles in Zukunft mit der vielen Zeit anfangen, die uns bleibt, wenn die gesellschaftlich notwendige Arbeit getan ist, die Arbeit, die benötigt wird, um unsere grundlegenden Bedürfnisse als Menschen zu befriedigen? In allen klassischen sozialistischen Freiheitsvorstellungen, einschließlich denen von Marx, ist die frei zur Verfügung stehende Zeit eine zentrale Perspektive. Ich bezweifle jedoch, dass wir in den frühen Stadien des Sozialismus über sehr viel freie Zeit und Muße verfügen werden, weil wir mit den vielen offenen Rechnungen konfrontiert sein werden, die uns der Kapitalismus hinterlassen wird. Obwohl der Kapitalismus auf seine hohe Produktivität stolz ist und selbst Marx diese als entscheidenden Faktor für die Steigerung des Mehrwerts anerkannte, habe ich hier meine Zweifel. Das Problem ist, dass Marx nur denjenigen Mehrwert in Betracht zog, den sich das Kapital von der Arbeitszeit aneignet, die einsetzt, nachdem die Lohnabhängigen den Wert generiert haben, der ihre eigenen Lebenshaltungskosten deckt. Den verschiedenen »Geschenken« und »Schnäppchen«, die sich das Kapital, ohne mit der Wimper zu zucken, einverleibt, schenkte Marx kaum Beachtung, noch weniger dem Problem, dass das Kapital sich in der Regel weigert, für deren Reproduktionskosten aufzukommen. Was wäre, wenn all diese Kosten mit in unsere Gesamtbewertung des Kapitalismus einfließen würden? Was wäre, wenn das Kapital für all die unbezahlte Care-Arbeit, für all die anfallenden ökologischen Reparatur- und Regenerationsmaßnahmen, die öffentlichen Güter bezahlen müsste, wenn es den rassifizierten Menschen ihren enteigneten Reichtum zurückbezahlen müsste? Was bliebe dann vom durch das Kapital angeeigneten Mehrwert am Ende noch übrig? Das ist natürlich eine rhetorische Frage. Ich wüsste noch nicht einmal, wo ich anfangen sollte, um zu einer zufriedenstellenden Antwort zu gelangen. Doch in einer Hinsicht habe ich keinerlei Zweifel: Die offene Rechnung, die nach Jahrhunderten der Trittbrettfahrerei als Erbe des Kapitalismus auf eine sozialistische Gesellschaft zuzukommen droht, wird äußerst saftig ausfallen.

Teil dieser offenen Rechnung sind all die unbefriedigten menschlichen Bedürfnisse in dieser Welt: Es mangelt allenthalben an guter Gesundheitsversor-

gung, an ausreichend bezahlbarem Wohnraum, am gleichberechtigten Zugang zu gesunder (und schmackhafter) Nahrung, zu Bildung und Mobilität und vielem mehr. All dies sollte nicht als überflüssige Investitionen in menschliche Arbeitskräfte verstanden werden, sondern als eine absolute Notwendigkeit. Dasselbe gilt für die drängende und nicht länger aufzuschiebende Aufgabe, die Weltwirtschaft von ihren bisherigen fossilen Grundlagen unabhängig zu machen. Grundsätzlich nimmt die Frage, was gesellschaftlich notwendig und was überflüssig oder überschüssig ist, eine völlig andere Wendung, wenn sich der Blick auf den Kapitalismus erweitert.

Dasselbe gilt für die Frage nach der Rolle der Märkte in einer sozialistischen Gesellschaft. Die Antwort, die sich aus meinen bisherigen Ausführungen ergibt, lässt sich auf eine einfache Formel bringen: keine Märkte an der Spitze, keine Märkte am unteren Ende, aber möglicherweise in den »Zwischenräumen«. Ich will erläutern, was ich damit meine.

Wenn ich von der Spitze spreche, geht es mir um die Allokation des gesellschaftlichen Mehrwerts. Angenommen, es gibt einen gesellschaftlichen Mehrwert zu verteilen, dann muss dieser als etwas Kollektives betrachtet werden, als etwas, was die Gesellschaft als Ganzes erwirtschaftet hat. Keine Privatperson, kein Unternehmen und kein Staat sollten das Recht haben, diesen zu besitzen oder allein darüber zu verfügen. Es bedarf kollektiver Entscheidungs- und Planungsprozesse, um zu einer gerechten (Um-)Verteilung von kollektiv erwirtschaftetem Mehrwert zu kommen. Diese müssen möglichst demokratisch und transparent sein. Hierbei dürfen Marktmechanismen keine Rolle spielen. Das heißt: Ganz oben braucht es weder Märkte noch Privateigentum.

Dasselbe gilt für das »Unten«, womit ich die Ebene der grundlegenden Bedürfnisse meine: Unterkunft, Kleidung, Nahrung, Bildung, Gesundheits- und Energieversorgung, Transport und Kommunikation, Freizeitgestaltung. Ich mache mir keine Illusionen, dass man ein für alle Mal festlegen könnte, was wir unter grundlegenden Bedürfnissen verstehen und was genau erforderlich ist, um diese zu befriedigen. Auch das sollte Gegenstand von demokratischer Auseinandersetzung, Diskussion und Entscheidungsfindung sein. Aber was und wie auch immer entschieden wird: Der Zugang zu lebensnotwendigen Infrastrukturen und Dienstleistungen sollte rechtlich geregelt und keine Frage der Zahlungsfähigkeit sein. Das heißt, dass die von uns produzierten Gebrauchswerte, um diesen Bedürfnissen zu entsprechen, nicht als Waren behandelt werden dürfen, sondern als öffentliche Güter. Aus diesem Grund bin ich übrigens keine Anhängerin eines (bedingungslosen) Grundeinkommens. Letzteres sieht vor, Menschen jeden Monat eine bestimmte Summe von Geld auszuzahlen, damit sie sich Dinge zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse kaufen können. Damit

aber nimmt die Befriedigung von Grundbedürfnissen eine Warenform an. In einer sozialistischen Gesellschaft sollte das Ziel sein, Grundbedürfnisse als öffentliche Güter zu betrachten. Das heißt: keine Märkte am unteren Ende.

Also keine Märkte am unteren Ende und an der Spitze. Aber was ist mit dem Dazwischen? Ich habe keine klare und endgültige Haltung zu dieser Frage. Ich stelle mir das Dazwischen als eine Art Labor vor, in dem wir mit verschiedenen Optionen und Ansätzen experimentieren können, als einen Raum, in dem der »Marktsozialismus« zusammen mit Genossenschaften, Commons sowie selbstverwalteten Vereinen und Projekten einen Platz finden könnte. Ich vermute, dass sich in diesem von mir vorgestellten Kontext viele klassische linke Einwände gegen die Existenzberechtigung und den Zweck von Märkten erübrigen oder zumindest abschwächen würden. Denn diese Zwischenräume wären nicht von Mechanismen abhängig oder bestimmt, die allein der Kapitalakkumulation dienen oder der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwerts. Sobald an der Spitze und am unteren Ende eine Vergesellschaftung und Dekommodifizierung stattgefunden hat, wird es meiner Auffassung nach möglich sein, die Funktion und Rolle der Märkte in der Mitte zu transformieren. Auch wenn ich im Moment noch nicht genau sagen kann, wie dies umzusetzen wäre, scheint mir dieser Weg am plausibelsten.

Mir ist klar, dass das hier von mir skizzierte Sozialismuskonzept eher bescheiden daherkommt und rudimentär bleibt. Was ich in diesem Beitrag versucht habe, ist, für eine sehr kleine Teilmenge von relevanten Fragen erste vage Antworten zu formulieren. Ich hoffe trotzdem, dass dieser Aufschlag einen gewissen Wert hat. Ich hoffe insbesondere, überzeugend dargelegt zu haben, dass es sich lohnt, auch im 21. Jahrhundert solch ein Vorhaben zu verfolgen. Sozialismus sollte weitaus mehr als ein bloßes Schlagwort sein. Vor dem Hintergrund dessen, dass der gegenwärtige Kapitalismus dabei ist, unseren Planeten und unsere Aussichten auf ein freies, demokratisches und gutes Leben zu zerstören, muss Sozialismus zu einer echten Systemalternative werden. Ich wäre zudem froh, wenn ich deutlich gemacht hätte, warum ein Old-School-Verständnis von Sozialismus heute nicht mehr weiterhilft. Nur mit einer erweiterten Kapitalismusanalyse lässt sich auch ein angemessenes und modernes Sozialismusverständnis entwickeln, das sämtlichen Bedürfnissen und Hoffnungen im 21. Jahrhundert gerecht werden kann.

Dieser Text erschien zuerst im Socialist Register 2020, Vol. 56. Wir drucken hier einen Ausschnitt. Der vollständige Text findet sich auf LuXemburg-Online.

Aus dem Englischen von Britta Grell

KEINE FALSCHEN HOFFNUNGEN
WAS KANN DIE LINKE DER FRIDAYS-FOR-FUTURE-GENERATION ANBIETEN?

LEA KNOFF

Ob es bei den Bundestagswahlen 2021 für eine linke Mehrheit reichen wird, ist offen. Klar ist, dass die Bedingungen dafür von links erst hergestellt werden müssten. Um bloßes ›Mitregieren‹ kann es für die LINKE nicht gehen. Was aber sind die Voraussetzungen für einen echten Richtungswechsel? Von welchen gesellschaftlichen Kräften müsste er getragen werden? Und welche Spielräume hätte eine LINKE in der Regierung?

Dieser Text erscheint als Teil einer Reihe auf LuXemburg-Online, in der wir bisherige Erfahrungen und unterschiedliche Perspektiven auf linke Regierungsbeteiligung diskutieren.

Das Jahr 2021 wird richtungsweisend dafür sein, ob wir es schaffen, als LINKE eine solidarische Antwort auf die multiplen Krisen unserer Zeit zu formulieren. Gelingt es uns, hinter der Forderung »Nicht auf unserem Rücken« Mehrheiten zu vereinen? Oder erleben wir eine weitere neoliberale Kürzungswelle, getragen von einer schwarz-grünen Regierung? Angesichts der Bundestagswahlen im kommenden Jahr stellt sich die Frage, welche Erzählung die LINKE anbietet und welche Rolle ein linkes Regierungsprojekt darin spielt. Ich selbst bin in den letzten zwei Jahren insbesondere in der Fridays-for-Future-Bewegung und dem Bündnis zur Unterstützung der Tarifrunde Nahverkehr aktiv gewesen. Dabei habe ich die Politisierung einer neuen Generation rund um die Klimafrage miterlebt. Wie die Hoffnungen und die Enttäuschungen dieser Bewegung politisch artikuliert werden, ist für die Zukunft entscheidend. Ist mit einer linken Regierungsbeteiligung ein glaubwürdiges politisches Angebot für diese Bewegung verbunden, das den langfristigen Aufbau von Gegenmacht unterstützt – oder weckt sie falsche Hoffnungen, die diesen eher gefährden?



LEA KNOFF studiert in Halle Erziehungswissenschaften. Sie ist im Studierendenverband LINKE.SDS in Leipzig aktiv, hat im April 2019 die Students for Future mitgegründet und war an den Vorbereitungen der gemeinsamen Aktionen anlässlich der Tarifrunde Nahverkehr beteiligt.

FRIDAYS FOR FUTURE AM SCHEIDEWEG

Als Erstes möchte ich die Situation und die Stimmung des jungen Bewegungsmilieus beschreiben, das in Schulen, aber auch ausgehend von Universitäten als Fridays for Future diesen gesellschaftlichen Prozesse in Gang bringt. Dabei hilft ein kleiner Blick auf die Sozialisierung unserer Generation, die besonders von der Ära Merkel geprägt ist. Viele von uns kennen nur sie als Kanzlerin. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite von der Betonung eines weltoffenen und modernen Deutschlands geprägt sind, für das Merkel als Person gemeinhin steht. »Wir« haben 2006 bei der Fußball-Weltmeisterschaft »Freunde« empfangen, »Wir schaffen das« 2015, »Wir« sind aufgeklärt. Auf der anderen Seite ist meine Generation trotz ihres jungen Alters schon sehr krisenerfahren. Wir haben die Finanzkrise miterlebt, die Umstrukturierungen der Schulen durch G8, die Ökonomisierung der Universitäten durch das Bachelor- und Mastersystem, die sogenannte Flüchtlingskrise, und jetzt erleben wir hautnah die Klimakrise. Damit nicht genug: Mit Anfang 20 befinde ich mich mitten in der Corona-Krise und blicke der größten Weltwirtschaftskrise seit den 1930er Jahren entgegen. Meine Generation bewegt sich zwischen diesen Polen – wir wissen, was Krise bedeutet, wissen, was Protest auf der Straße ist, und wissen, dass es ein Problem mit dem System gibt. »System Change, not Climate Change« – das ist unsere Parole. Aber, und das ist entscheidend: Wir sind immer auch ein bisschen froh, dass es Merkel gibt, wir glauben immer auch ein bisschen an die Fortschrittserzählung und wir sind sauer, dass nicht auf die Wissenschaft gehört wird und nicht alle nett zueinander sind. Unser »System Change« bedeutet manchmal mehr vegetarische Würstchen und eine andere Regierung, keine andere Welt. Wir, die »Generation Merkel«, können uns manchmal nicht so ganz entscheiden.

Durch das Ende der Ära Merkel steht Fridays for Future nun vor einer Art Weggabelung. Lassen wir uns einnorden von der Erzählung eines modernen Deutschlands, das nun eine

schwarz-grüne Regierung braucht, um grüner und nachhaltiger zu wirtschaften, etwa mit einer Figur wie Markus Söder an der Spitze? Oder verhindern wir eine Neuauflage des ›Merkelismus‹ und schlagen eine andere Erzählung vor? Wie erweitern wir den Horizont, um der Hoffnung auf grüne Modernisierung eine sozialistische Perspektive entgegenzustellen und auf Selbstermächtigung und Selbstorganisierung zu orientieren? Die Partei DIE LINKE muss sich daran messen lassen, ob sie dazu einen substanziellen Beitrag leistet. Der SDS kann, so glaube ich, als Teil der LINKEN den Pfad eines sozialökologischen Systemwechsels anbieten.

KONKRETE VERÄNDERUNGEN ORGANISIEREN

Für diese Herausforderung scheint mir der Entwurf eines linken Green New Deals mit radikalen Reformen äußerst hilfreich. Für den Moment ist es aber noch entscheidender, dass die Möglichkeit größerer Veränderungen überhaupt wieder erfahrbar wird. Dafür müssen wir als Linke konkret zeigen, wie politische Veränderungen von unten und selbstorganisiert durchgesetzt werden können.

Als SDS haben wir im letzten Jahr die Idee von studentischen Klimavollversammlungen an den Universitäten vorangetrieben. In kurzer Zeit ist es uns durch Methoden des strukturbasierten Organizings gelungen, Mehrheiten dafür zu gewinnen. Um den Aktivist*innen eine Vorstellung davon zu geben, was sich durch eine Orientierung auf Mehrheiten erreichen lässt, haben wir uns vor eineinhalb Jahren außerdem auf die Vernetzung von Fridays-for-Future-Aktiven mit der Dienstleistungsgesellschaft ver.di konzentriert, woraus die gemeinsame ÖPNV-Kampagne entstanden ist. Die Tarifrunde Nahverkehr bot einen gemeinsamen Anknüpfungspunkt, vor allem aber auch eine Durchsetzungsperspektive – etwas, das Fridays for Future bisher schmerzhaft fehlte.

Durch unsere stetige Arbeit ist es uns gelungen, innerhalb von Fridays for Future ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie wichtig es ist, sich mit Gewerkschaften zu vernetzen. So entstehen gerade in über 30 Städten in Deutschland kleine Zellen einer gemeinsamen Organisierung von Klimaaktivist*innen und Beschäftigten des öffentlichen Personennahverkehrs. Für mich ist das ein gelungenes Beispiel einer verbindenden Klassenpolitik.

Die Erfahrungen aus dieser Kampagne müssen wir verstetigen und auf dieser Basis gemeinsame linke Zukunftsprojekte entwickeln. Die Möglichkeit von Veränderung muss sich immer in der konkreten politischen Auseinandersetzung beweisen. Das heißt: Die Messlatte für radikale Reformen und Ziele einer linken Regierungsbeteiligung muss immer sein, inwieweit wir in der Lage sind, dafür eine erfolgreiche Strategie zu entwickeln und den nächsten Schritt vorzuschlagen, um Macht von unten aufzubauen. Das geht oft unter, sollte aber Voraussetzung der Gedankenspiele sein.

KEINE FALSCHEN HOFFNUNGEN

Die weltweit größten 100 Konzerne sind für 70 Prozent der CO_2-Emissionen verantwortlich. Das zeigt, wo der Gegner steht und wie die Kräfteverhältnisse gerade real aussehen. Konzernlobbyist*innen sowie die bürgerliche Politik und Presse machen ordentlich Gegenwind gegen progressive Kräfte und jede linke Strategie. Das kann massiv einschüchtern und demotivieren, wir müssen dagegen gewappnet sein. Das wurde mir in der Mobilisierung gegen

das Klimapaket der Bundesregierung im letzten Herbst besonders deutlich. Viele der jungen Aktivist*innen, die den riesigen Klimastreik auf die Beine gestellt hatten, waren von den Ergebnissen des Klimapakets ernsthaft enttäuscht. Hier war und ist eine Menge Aufbau- und Bildungsarbeit vonnöten, damit nicht viele von ihnen frustriert aufgeben. Ein ähnliches Problem zeigte sich in der Tarifrunde Nahverkehr in Leipzig diesen Herbst. Statt kraftvoll zu streiken, waren viele Beschäftigte eher eingeschüchtert und skeptisch, ob der Streik richtig und berechtigt ist. Die Presse hatte in den Tagen vorher ordentlich Stimmung dagegen gemacht und auch die Reaktion der Fahrgäste war alles andere als solidarisch. Auch hier braucht es lange, kontinuierliche Überzeugungsarbeit, damit die Flämmchen des Widerstands nicht erlöschen, sondern ein richtiges Feuer entfachen.

Diese zwei Beispiele zeigen, worauf wir uns einstellen müssen, sollten wir wirklich irgendwann in der Lage sein, den Herrschenden wehzutun. Für größere Reformen brauchen wir deutlich mehr organisierte Gegenmacht von unten. Andernfalls können wir die sozial-ökologische Transformation und einen grundlegenden gesellschaftlichen Umbau nicht in Angriff nehmen. Weder die LINKE noch die gesamtgesellschaftliche Linke könnten in ihrer jetzigen Verfassung dem Gegenwind standhalten. Mit dieser Einsicht verbindet sich für mich die Erkenntnis, dass ein linkes Regierungsprojekt 2021 keine realistische und damit auch keine anzustrebende Perspektive ist. Es führt uns eher weg von der Frage, wie wir stärker werden.

Als Aktivist*innen in der Klimabewegung und im SDS sind wir es gewohnt, permanent vom Regierungshandeln und den Parlamenten enttäuscht zu werden. Obwohl die Welt im buchstäblich in Flammen steht, ernten wir vonseiten der Politik nur leere Versprechungen. In Hessen wird unter einer schwarz-grünen Regierung der Dannenröder Wald für eine Autobahn abgeholzt und Aktivist*innen erleben brutale Polizeimaßnahmen. In Bremen und Berlin wurden unter rot-rot-grünen Landesregierungen in diesem Jahr die ÖPNV-Preise erhöht. Vor diesem Hintergrund lasse ich große Vorsicht walten, wenn es um das Potenzial einer linken Regierung geht. Ich sehe die Gefahr, dass insbesondere die Grünen durch eine Erzählung von linken Mehrheiten falsche Hoffnungen wecken. Sie könnten Aktivist*innen eine falsche Abkürzung nahelegen, wenn sie all ihre Hoffnung auf eine grüne Regierung setzen. Um dies zu vermeiden, muss jede Debatte um linkes Regieren die Projekte mit in den Blick nehmen, die versuchen, Macht von unten aufzubauen, und den Regierungsfokus dazu ins Verhältnis setzen.

Dennoch ist die Frage des Regierens wichtig und auch die Bundestagswahl von großer Bedeutung. Ich bin mir sicher, dass sich Fridays for Future 2021 auf die Bundestagswahl fokussieren wird und die Wahl zur »Klimawahl« erklären wird. Die LINKE hat hier eine riesige Chance als einzige Partei mit einem klaren antikapitalistischen Profil. Es ist jetzt ihre Aufgabe, glaubhaft für aktiven Klimaschutz einzutreten. Auf diese Weise kann sie unzählige neue, junge Anhänger*innen gewinnen, die in der LINKEN ein langfristiges Zuhause finden. Sie kann zum Motor des antikapitalistischen Pols in der Klimabewegung werden und meine Generation für die Idee eines modernen Sozialismus begeistern – wenn sie keine faulen Kompromisse eingeht.

WIE POSITIONIERT SICH DIE LINKE ZU CHINA?

GESPRÄCH MIT DANIEL FUCHS, INGAR SOLTY UND JAN TUROWSKI

Am Verhältnis zu China scheiden sich die Geister in der Linken. Zwei Positionen stehen sich in der Debatte scheinbar unversöhnlich gegenüber. Die eine sieht einen »Sozialismus mit chinesischer Prägung«, die andere hingegen einen autoritären Staatskapitalismus, der gar als Teil eines »globalen Autoritarismus« eingestuft wird. Wie lässt sich eine differenziertere Perspektive auf das chinesische Modell gewinnen?

Was ist an einer Positionierung zu China aus linker Perspektive denn so dringend?

INGAR: Dafür gibt es aus meiner Sicht vor allem drei Gründe: Erstens steht China zunehmend im Fokus westlicher Aggressionen. Tatsächlich wird der Konflikt zwischen den USA und China das 21. Jahrhundert konfigurieren und tut es schon jetzt. Zweitens zielen die Angriffe im Besonderen darauf, eine bestimmte Form des Staatsinterventionismus zurückzudrängen. Chinas Wirtschaftspolitik wird von den USA und der EU als »illegaler Staatssubventionismus« eines »systemischen Rivalen« gebrandmarkt. Und drittens: Während man in der EU beim Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe bis hinein ins linke Bürgertum vornehmlich auf einen »technologischen Optimismus« und neoliberale Marktlösungen setzt, ist China dem Westen in vielerlei Hinsicht überlegen. Die Voraussetzung für Chinas Führungsrolle im Bereich Hochgeschwindigkeitszüge, E-Mobilität (insbesondere im öffentlichen Nahverkehr) oder erneuerbare Energien, für seinen durchaus widersprüchlichen Weg in Richtung ›Öko-Zivilisation‹, ist die Nutzung seiner enormen Staatsressourcen. Der Westen steht also vor dem Scheideweg.

Er muss sich überlegen, ob er Chinas Weg bekämpfen oder nachahmen will. Die Auseinandersetzung mit China als Macht im internationalen System ist nicht zuletzt für die Suche der Linken nach Auswegen aus der allgegenwärtigen Demokratie-, Gesellschafts- und Klimakrise von entscheidender strategischer Bedeutung.

JAN: Ich stimme voll zu: Die Linke muss ihr Verhältnis zu China unbedingt klären. Das Land ist in den letzten Jahrzehnten ins Zentrum der Weltwirtschaft gerückt. Von daher befinden wir uns gegenwärtig in einer historischen Umbruchsituation. Räumliche Hierarchisierungen und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den einzelnen Zonen des kapitalistischen Weltsystems und folglich Machtressourcen werden grundlegend neu geordnet. Natürlich ist dies hochgradig konfliktär und umkämpft, wird doch zum ersten Mal seit Generationen die globale ökonomische, militärische und politische Dominanz des Westens ernsthaft herausgefordert. Da ist es nicht hilfreich, das Verhältnis zu China primär über einen linken Moralismus zu bestimmen. Natürlich gibt es in dem Land eine Vielzahl von Krisen und sozialen Ungerechtigkeiten, Ausbeutung, ökologische Zerstörung etc. Die Linke aber muss ihr Verhältnis zu China analytisch bestimmen und Widersprüche vor dem Hintergrund der Weltgeschichte und den Machtverhältnissen ihrer Zeit verstehen. Es geht um die Frage, welche Entwicklungsoptionen sozialistische Staaten in einem kapitalistischen Weltmarkt haben. Die Selbsteinbettung Chinas in die kapitalistische Globalisierung ermöglichte es dem Land einerseits, bestimmte Modernisierungsstufen zu überspringen, da es technologische und soziale Innovationen nicht selbst hervorbringen musste. 1,3 Milliarden Menschen wurden aus extremer Armut in

DANIEL FUCHS ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ostasienstudien der Humboldt-Universität zu Berlin.

INGAR SOLTY ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift.

JAN TUROWSKI ist Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Peking.

Lebensverhältnisse gehoben, die zumindest für mehrere Hundert Millionen von ihnen Bedingungen schufen, die denen im Westen ziemlich nahekommen. Andererseits erzeugte die globalkapitalistische Entwicklungslogik neue Widersprüche, die die des isolierten Aufbaus des Sozialismus ersetzten.

Ist also ein »linker Moralismus« das Hauptproblem in der Diskussion?

DANIEL: Es ist zu einfach, die linke Kritik am chinesischen Entwicklungsmodell und den Macht- und Herrschaftsverhältnissen als Moralismus zu diskreditieren. Allein in Deutschland gibt es zahlreiche Wissenschaftler*innen und aktivistische Zusammenhänge, die Chinas Entwicklung aus einer historisch-materialistischen

> **»Nur über den Austausch mit kritischen Kräften dort können wir eine solidarische Haltung entwickeln, die sich nicht zwischen den Machtblöcken China, USA und EU aufreiben lässt.«**

Perspektive betrachten. Diese anno 2020 als autoritäre Form des Staatskapitalismus zu begreifen, hat nichts mit Moralismus zu tun, sondern bedeutet, die historischen Voraussetzungen, das institutionelle und ideologische Erbe der Mao-Ära und die durch den kapitalistischen Weltmarkt vermittelten Zwänge in die Analyse miteinzubeziehen. Die Diskussion zur Frage »Ist China sozialistisch oder kapitalistisch oder irgendetwas dazwischen?« muss historisch und empirisch geführt werden. Ansonsten sagen derartige Debatten erfahrungsgemäß mehr über die politische Sozialisation der Beteiligten aus als über den eigentlichen Untersuchungsgegenstand.

Mir scheinen zwei Aufgaben wesentlich: Erstens ist eine historische Analyse der Transformation der Produktions- und Klassenverhältnisse sowie ihrer Einschreibung in die Politik des ja keineswegs monolithischen chinesischen Parteistaats vonnöten. Wie artikulieren sich transnationale Kapitalinteressen mit denen unterschiedlicher Kapitalfraktionen und Teilen der Bürokratie? Wie haben sich Machtverhältnisse und Herrschaftstechniken unter Xi verändert? Wir müssen über das »pro Staatsinterventionismus« oder »pro strategische, gesteuerte Entwicklung« hinausgehen und uns fragen: Welche konkrete Rolle nehmen Interventionen angesichts weitreichender Privatisierung von Industrie, Gesundheitswesen, Wohnungsmarkt in den 1990ern ein? Mit welchen Zielsetzungen agieren unterschiedliche Ebenen und Fraktionen innerhalb von Staat und Partei in den einzelnen Politikbereichen, welche Interessen werden berücksichtigt und welche nicht?

Zweitens müssen wir stärker an die vielfältigen sozialen Kämpfe in China anknüpfen. Es bedarf hierfür Räume des internationalen Austausches. Sie würden auch zeigen, dass die Repression unter Xi massiv zugenommen hat und auch kritische Forschung enorm eingeschränkt wurde – allein in den letzten zwei Jahren wurden Hunderte Arbeiter*innen, Aktivist*innen und Studierende in Polizeigewahrsam genommen. Nur über den Austausch mit kritischen Kräften dort können wir eine solidarische Haltung entwickeln, die sich nicht zwischen den Machtblöcken China, USA und EU aufreiben lässt.

JAN: Mir geht es nicht darum, alle kritischen Einschätzungen zu China mit einem pauschalen Moralismusvorwurf abzutun. Die linke De-

batte ist aber oft zu stark von einem Richtig-falsch-Raster geprägt, das eine strategische Positionsbestimmung in einem vermachteten Weltsystem voller Widersprüche erschwert.

Die Diskussion »Ist China sozialistisch oder kapitalistisch oder irgendetwas dazwischen?« endet tatsächlich oft in einer Sackgasse. Chinas Entwicklungsmodell steht nämlich in vielerlei Hinsicht quer zu gängigen Vorstellungen. Es ist richtig, dass Partei und Parteienstaat nicht monolithisch sind, unterschiedliche Interessen auf diversen Ebenen um Macht ringen, nationale und internationale Kapitalfraktionen versuchen, sich Ressourcen zu sichern, und vielfältige soziale Kämpfe ausgefochten werden. Die ökonomische Entwicklung Chinas seit der »Reform- und Öffnungspolitik« ist ja deshalb keine gerade Linie vom »Staat zu immer mehr Markt«, sondern ein Zickzackkurs mit unterschiedlichen Phasen von Experimenten und Korrekturen, ein Vor und Zurück, weil immer unterschiedliche Interessen und Gruppen über die Richtung gestritten haben. Hatte die Demontage der alten Kommandowirtschaft und die Aufgabe des »Danwei«-Sozialsystems in den 1990er Jahren[1] unter Staatspräsident Jiang Zemin eine klare neoliberale Ausrichtung, ging es bereits in den 2000er Jahren unter der Führung von Hu Jintao darum, die extremen Auswüchse der Privatisierung und Liberalisierung über den Ausbau nationaler Sozialsysteme und Arbeitsmarktregulierungen wieder einzufangen. Auch heute streiten Fraktionen für mehr Privatisierung, während andere staatseigene Betriebe und kommunale Kollektive stärken wollen. Es gibt sogar Interessengruppen in der Partei, denen der aktuelle Handelskrieg nicht ungelegen kommt, weil so eine Öffnung und Liberalisierung des Finanzsystems möglich erscheinen, etwas, was sie allein politisch nie hätten durchsetzen können. Kurzum: In Chinas Entwicklungsmodell finden wir kapitalistische und sozialistische Elemente und Interessen und ob sich China mehr in Richtung Sozialismus oder Kapitalismus entwickeln wird, ist noch offen.

»Die wichtigsten Bollwerke einer sozialistischen Wirtschaftsordnung in China sind erstens der kollektive Landbesitz und zweitens der Umstand, dass das Finanzsystem nicht liberalisiert wurde, Chinas Staat also die Kontrolle über Geld- und Zinspolitik behalten hat.«

Was ist heute in China von einer sozialistischen Wirtschaftsordnung noch übrig?

INGAR: Mir scheint, dass die wichtigsten Bollwerke einer sozialistischen Wirtschaftsordnung in China erstens der kollektive Landbesitz und zweitens der Umstand ist, dass das Finanzsystem nicht liberalisiert wurde, Chinas Staat also die Kontrolle über Geld- und Zinspolitik behalten hat. Es stimmt, dass Deng Xiaopings »Öffnungspolitik« kapitalistische Klassenverhältnisse geschaffen hat, die durch den Ausbau von Sozialstaatlichkeit abgemildert werden, in denen aber trotzdem Ausbeutung stattfindet und deren Effekt der Anstieg von Vermögensungleichheit über einen längeren Zeitraum gewesen ist. Deng Xiaoping formulierte damals, dass es doch kein Problem sei, »wenn manche Menschen früher reich werden als andere«. Dies schafft Klasseninteressen, die sowohl in den dem Weltmarkt gegenüber offenen Provinzen als auch in der Kommunistischen Partei Chinas

wirksam werden. Ob die Korruptionsbekämpfung unter Xi Jinping und die Verhaftungswelle in der KP Chinas dieses Widerspruchs Herr werden können oder diesen noch verschärfen werden, vermag ich nicht zu beurteilen.

Gibt es nicht auch Ähnlichkeiten zu den staatskapitalistischen Modellen, wie wir sie aus Singapur, Korea, Taiwan oder Japan kennen?

JAN: Es ist unbestritten, dass China in bestimmten Phasen eine große Ähnlichkeit zu diesen Entwicklungsmodellen aufwies. Das chinesische Modell aber deshalb unter »Staatskapitalismus« abzuheften, ist zu einfach, weil es die besonderen Eigenschaften und sehr spezifischen Transformationspotenziale dieses Modells übersieht. Kapitalismus zeichnet sich durch eine profitorientierte Warenproduktion

»Das chinesische Modell unter »Staatskapitalismus« abzuheften, ist zu einfach, weil es die besonderen Eigenschaften und sehr spezifischen Transformationspotenziale dieses Modells übersieht.«

aus, die auf privatem Besitz an Produktionsmitteln und spontanen Marktbeziehungen basiert. Es ist allein die Profitrate, die den nächsten Investitionszyklus bestimmt und periodisch Wirtschaftskrisen erzeugt. In Chinas Wirtschaftsmodell hingegen sind weiterhin öffentliches Eigentum an Produktionsmitteln und Grund und Boden sowie staatliche Planung dominant. Staatsbetriebe kontrollieren die ›Kommandobrücken‹ der Wirtschaft und private Profite und Märkte sind in eine übergeordnete staatliche Planung eingebettet. Natürlich ist die soziale Ungleichheit gewachsen, wobei sie seit zehn Jahren auch wieder rückläufig ist.

INGAR: Ich würde den Blick auf Chinas innere Verhältnisse gern mit einem stärkeren Fokus auf die gegenwärtige Weltordnung verbinden, weil es hier um Fragen des Überlebens der menschlichen Zivilisation insgesamt geht – und zwar in doppelter Hinsicht. Die erste ist die Friedensfrage. Historisch endete der Aufstieg einer neuen ökonomischen Macht – Deutschland –, die die Hegemonie von Angloamerika herausforderte, in zwei Weltkriegen mit etwa 100 Millionen Toten. Die USA haben dann nach 1945 die westlichen Besatzungszonen, Japan und Südkorea in ihr »Empire« integriert. Diese Integration gelang den USA auf dem Höhepunkt ihrer militärischen, ökonomischen, finanziellen und politischen Macht. Die Frage heute ist: Kann sich der Aufstieg Chinas auf friedlichem Wege vollziehen? Wie werden die USA reagieren? China verfügt über gigantische Währungsreserven und kann so nicht auf dem üblichen Weg über IWF- oder Weltbank-Strukturanpassungsprogramme den Spielregeln der westlich dominierten Weltwirtschaftsordnung unterworfen werden. China ist im Gegensatz zu Japan, Südkorea oder der BRD ein großes Land. Es ist zudem ein souveräner Staat, der sich als »Reich der Mitte« versteht, das vom westlichen Kolonialismus für 250 Jahre an den Rand gedrängt wurde. Ihre militärische Dominanz ist damit die letzte oder wenigstens wichtigste Machtressource der USA, um China in einer untergeordneten Stellung in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zu halten. Und sie setzen mit ihrem militärischen Bilateralismus im Westpazifik, der Modernisierung der Atomwaffenarsenale und ihrer Stationierung im Südchinesischen Meer als

Drohkulisse diese Ressource auch längst ein. US-Generäle wie Ben Hodges gehen davon aus, dass die USA in den nächsten 15 Jahren einen großen Krieg gegen China führen werden. Es gibt also eine reale Kriegsgefahr.

Die zweite große Herausforderung ist die drohende Klimakatastrophe. Im Rahmen des Kapitalismus wird sie nicht abzuwenden sein. Grünes Wachstum ist eine Schimäre. Schon die Vergangenheit zeigt, dass alles, was an Emissionsreduktion durch technologische Innovation erzielt wurde, durch den systemischen Wachstumszwang nicht nur neutralisiert, sondern potenziert wurde. Mit David Harvey gesprochen: Das Problem ist nicht nur die Wachstumsrate, sondern die Wachstumsmasse. Sie verdoppelt sich etwa jedes Vierteljahrhundert. Auf einem endlichen Planeten bedeutet endloses Wachstum Selbstmord. Das Problem ist aber auch, dass wir gesellschaftliche Steuerung dem Markt überlassen. In der globalen Autoindustrie gibt es eine strukturelle Überproduktion von etwa 30 Prozent. 2007 kam es zur globalen Finanzkrise, die Autoindustrien des Westens wurden mit Abwrackprämien gerettet. Die Lösung des Problems wurde in die Zukunft verschoben. Geht es nach der deutschen Autoindustrie, muss man expandieren, und zwar vor allem ins Land mit der größten Mittelklasse, das heißt nach China. Ginge es nach den westlichen Autoindustrien, würden sie dort den »American Way of Life« verkaufen. Ich denke, wir sind uns einig, dass das bedeuten würde, dass wir schnell einen bewohnbaren Exoplaneten finden und hoffen müssten, dass uns Elon Musk dorthin mitnimmt, wenn die Raumfahrt von Milliardären beherrscht wird.

Die marktliberalen Gesellschaften sind für die Zukunft denkbar schlecht aufgestellt. China hat dagegen dem Westen beim Kampf gegen den Klimawandel manches voraus. Der Punkt ist: Unabhängig davon, ob man selbst gern in China leben wollte oder nicht, der dortige Staatsinterventionismus ermöglicht Verkehrswendeprojekte, die im Westen derzeit aufgrund der Marktsituation nicht realisiert werden können. In China gibt es auch zu viel Individualverkehr, aber zugleich ist es mit den neuen Maglev-Zügen, die 650 Stundenkilometer fahren, demnächst zeiteffizienter, zwischen Peking und Shanghai den Zug zu nehmen, als zu fliegen, während hier von Berlin nach Stuttgart weiterhin viele Menschen per Flugzeug reisen. Ähnliches gilt für Investitionen in die Windkraft- und Solarenergie oder die Umstellung auf einen elektrisch angetriebenen öffentlichen Personennahverkehr. 421 000 von weltweit 425 000 E-Bussen sind in China im Einsatz, nur 300 davon in den USA.

»Unabhängig davon, ob man selbst gern in China leben wollte oder nicht, der dortige Staatsinterventionismus ermöglicht Verkehrswendeprojekte, die im Westen derzeit aufgrund der Marktsituation nicht realisiert werden können.«

All das ist nicht widerspruchsfrei. Auch China setzt weiterhin auf Atom- und Kohlekraft, aber wer es mit dem Kampf gegen den Klimawandel ernst meint, muss diese Fähigkeit der langfristigen Gesellschaftsplanung auch im Westen erlangen. Das heißt nicht, das chinesische System zu übernehmen. Worum es geht, ist, die werdende Großmacht China als einen Akteur im Kampf gegen den Klimawandel an-

zuerkennen und gegen den vorherrschenden Trend in Richtung eines neuen Kalten Krieges einen neuen Multilateralismus anzustreben, der zur »friedlichen Koexistenz« zurückkehrt und von der grundsätzlichen Annahme ausgeht, dass es unterschiedliche Wege zur Bearbeitung von gemeinsamen Problemen und Herausforderungen wie Klimakrise, gesellschaftliche Teilhabe usw. gibt.

Wer China hingegen leichtfertig dem Lager des »globalen Autoritarismus« zuschlägt, der sagt implizit, dass der chinesische Staat kein Verhandlungspartner sein sollte. Darin steckt die Haltung einer westlichen moralischen Überlegenheit: hier die Demokratie,

»Der Staatsinterventionismus ist Teil einer viel größer angelegten strategischen Entwicklung, die sich langfristige Ziele setzt, über eine Makroplanung Anreizsysteme schafft und Mechanismen politischen und gesellschaftlichen Lernens und Experimentierens entwickelt hat.«

dort der Autoritarismus, hier die Guten, dort die Bösen.

JAN: Der Staatsinterventionismus ist Teil einer viel größer angelegten strategischen Entwicklung, die sich langfristige Ziele setzt, über eine Makroplanung Anreizsysteme schafft und Mechanismen politischen und gesellschaftlichen Lernens und Experimentierens entwickelt hat. Trotz aller Spannungen gibt es in China einen Grundkonsens in Bezug auf die Notwendigkeit einer gesteuerten ökonomischen Entwicklung. Er ist auch die zentrale Voraussetzung für eine sozialistisch-ökologische Transformation. Auch der Westen braucht einen solchen basalen Konsens. Doch spätestens seit der neoliberalen Wende ist ein solcher zerbrochen und Entwicklung ist das Resultat widerstreitender Interessen. Daran scheitert seit den 1970er und 1980er Jahren fortwährend der ökologische Umbau.

DANIEL: Ihr suggeriert, dass das Niveau an staatlicher Intervention und Steuerung in China einen qualitativen Unterschied zu Formen (staats-)kapitalistischer Entwicklung markiert. Dies halte ich für falsch und irreführend. Es gilt anzuerkennen, dass sich spätestens seit den 1990er Jahren kapitalistische Produktions- und Klassenverhältnisse in China durchgesetzt und auch den Charakter von Partei und Staat entscheidend verändert haben. Sicher, die Entwicklung in Richtung eines autoritären Staatskapitalismus war keineswegs schon Ende der 1970er Jahre abzusehen. Der Prozess der »Reform und Öffnung« verlief nicht gradlinig und blieb innerhalb der Partei umkämpft. Aber die strukturelle kapitalistische Transformation ist nicht zu leugnen. China hat in den vergangenen 40 Jahren einen massiven Prozess der Kommodifizierung von Arbeitskraft durchlaufen, Privatunternehmen erwirtschaften den größten Teil des Bruttoinlandsprodukts und haben den größten Anteil an Beschäftigten. Es stimmt, dass es in China – im globalen Vergleich – einen noch immer relativ hohen Anteil an staatlichen Unternehmen gibt, aber auch diese wurden ab Mitte der 1990er Jahre in Kapitalgesellschaften umgewandelt, deren Ziel die Aneignung von Mehrwert unter profitgetriebenen Konkurrenzbedingungen in China und auf dem Weltmarkt ist. Die Reformierung des staatlichen Sektors hat eine nationale Kapitalistenklasse hervorgebracht und für die Einschreibung von Kapitalinteressen in Staat und Partei gesorgt.

Bei den jüngeren sozial-ökologischen Reformbestrebungen des chinesischen Staates muss neben der Erfolge etwa bei erneuerbaren Energien und der ›Verkehrswende‹ auch berücksichtigt werden, dass sich der »American Way of Life« bzw. die »imperiale Lebensweise«, zumindest was die Mobilitätsfrage betrifft, in Teilen der Mittelschicht sehr wohl durchgesetzt hat – auch mithilfe staatlicher Förderung der Autoindustrie und des Ausbaus von Straßen und Autobahnen.

Ich stimme zu: Das kollektive Landeigentum ist ein wichtiges Erbe der Mao-Ära und bedeutend für Chinas Kapitalismusvariante. Aber es gibt die Tendenz zu indirekter Kommodifizierung durch den Handel mit Landnutzungsrechten, die staatlich geförderte Zunahme großer »Drachenkopf«-Agrarkonzerne[2] und die Transformation der ländlichen Klassenverhältnisse. Auch in Bezug auf das hohe Level staatlicher Intervention und Steuerung ist zu fragen, ob und inwieweit eine starke regulierende und finanzielle Rolle des Staates nicht eher Regel als Ausnahme bei erfolgreichen Prozessen nachholender kapitalistischer Modernisierung ist. Der Unterschied Chinas zu anderen kapitalistischen Staaten ist meiner Meinung eher quantitativer als qualitativer Natur.

Es ist richtig, die Gefahr, die mit der Bezeichnung »autoritärer Staatskapitalismus« einhergeht, zu betonen. Wir dürfen nicht in die Falle tappen, dem »demokratischen Westen« einen »autoritären Osten« gegenüberzustellen. Angesichts der Forcierung und Vorherrschaft derartiger Bilder in weiten Teilen der Medien- und Presselandschaft, jüngst etwa in der Berichterstattung zu Hongkong, ist das nicht leicht. Das darf uns aber nicht abschrecken, die zunehmend autoritäre Entwicklung in China zu kritisieren, die sich gegen Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und andere Teile der Zivilgesellschaft richtet

»Wir dürfen nicht in die Falle tappen, dem ›demokratischen Westen‹ einen ›autoritären Osten‹ gegenüberzustellen. Das darf uns aber nicht abschrecken, die zunehmend autoritäre Entwicklung in China zu kritisieren.«

und im Zusammenhang mit der globalen Tendenz zum autoritären Kapitalismus zu verstehen ist.

Die allerwichtigste Aufgabe liegt darin, an die sozialen Kämpfe und bestehenden linken Kräfte in China anzuknüpfen. Nur wenn wir den Austausch mit ihnen und das gegenseitige Verständnis vertiefen, die Kämpfe und Auseinandersetzungen hier und dort aufeinander beziehen, ist eine Haltung möglich, die sich den autoritären und militaristischen Entwicklungen in herrschaftskritischer und solidarischer Weise entgegenstellt.

---

1 Das »Danwei«-System bezeichnete die Elementarform der sozialistisch-gemeinschaftlichen Arbeits- und Lebensweise in der Volksrepublik China, z. B. in Gestalt einer Fabrik mit Werkswohnungen oder einer Fakultät an einer Hochschule. Sie diente der Gemeinschaftsstiftung und der allgemeinen Wohlfahrt. Ein »Danwei« (übersetzt als »Arbeitseinheit«) umfasste Alterssicherung, Gesundheitsversorgung, Kitas und Schulen sowie eine lebenslange Arbeitsplatzgarantie.

2 Drachenkopf-Agrarkonzerne nennt man die agrarwirtschaftlichen Leitunternehmen in China. China sieht in diesen staatlich geförderten Unternehmen ein Mittel zur Anpassung der Landwirtschaft an neuere Lebensmittelkonsumgewohnheiten und zur Produktivitätssteigerung in der weiterhin kleinbäuerlich strukturierten chinesischen Agrarwirtschaft. Als solche sind sie umstritten.

WAS WAR



VERNETZTER FASCHISMUS

ONLINE-BUCHPRÄSENTATION, NOVEMBER 2020

Mit welchen manipulativen Techniken versuchen rechte Hetzer*innen in den sozialen Medien, Ängste zu schüren, Verwirrung zu stiften und Mehrheitsverhältnisse zu verzerren? Wie tauglich ist der Faschismusbegriff Mussolini'scher Prägung für die aktuellen Erscheinungen eines globalen Rechtsrucks mit so unterschiedlichen autoritären Akteur*innen wie Putin, Orbán, Bolsonaro, Trump, Le Pen und Höcke? Und was haben beide Fragen miteinander zu tun? In einer doppelten Buchpräsentation brachte Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl die Autoren von »Digitaler Faschismus«, Maik Fielitz und Holger Marcks, mit dem britischen Faschismusforscher Roger Griffin und seinem Übersetzer Martin Hamre ins Gespräch. Die Diskussion war Teil der Veranstaltungsreihe »Das faschistische Jahrhundert«, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem Münzenberg-Forum noch bis Januar 2021 fortgeführt wird.

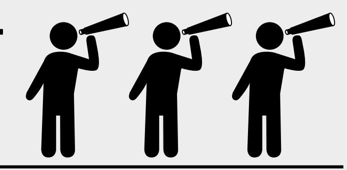
Videodokumentation:
www.rosalux.de/dokumentation/id/43349/

EIN NEUES HAUS FÜR DIE STIFTUNG

NEUBAU AM OSTBAHNHOF BEZOGEN

Am 28. Oktober 2020 feierte die Rosa-Luxemburg-Stiftung offiziell die Eröffnung ihres neuen Gebäudes in der Straße der Pariser Kommune 8A im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg – fast genau drei Jahre nach dem ersten Spatenstich und im Jahr des 30. Stiftungsjubiläums. Damit bezieht die Stiftung erstmals ein eigenes Haus. Entworfen wurde es vom Architektenteam Kim, Nalleweg & Trujillo. An der Fassade des roten Backsteinbaus mit den auffälligen X-förmigen Stützen aus Stahlbeton wurde am selben Tag ein fast 19 Meter hohes Banner mit dem Slogan »Keine WARE. STADT« angebracht, als Statement gegen die kapitalistische Inwertsetzung des öffentlichen Raums. Zukünftig werden hier, direkt an den Bahngleisen des Ostbahnhofs, wechselnde aktuelle Themen visualisiert werden.

WAS KOMMT

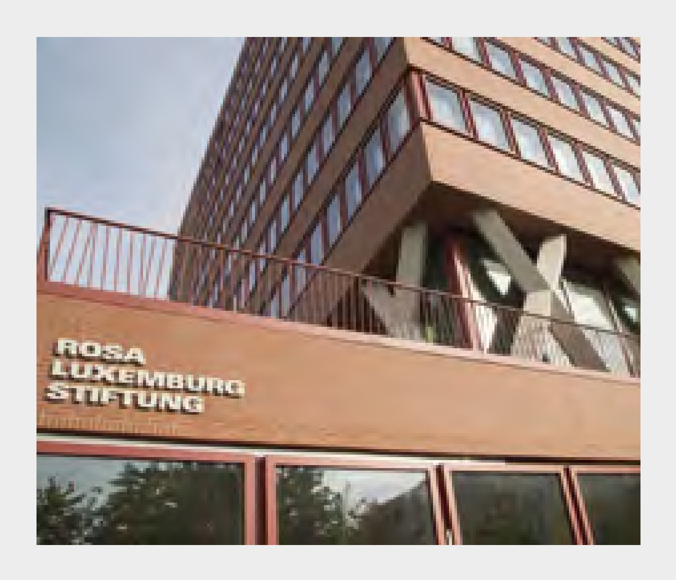


SPURWECHSEL

VERANSTALTUNGSREIHE »GERECHTE MOBILITÄT UND ALTERNATIVE PRODUKTION«

Wie sieht Mobilität für alle mit weniger Verkehr aus? Welche Projekte und Ansätze, die eine öffentliche und ökologisch nachhaltige Mobilität versprechen, gibt es? Welche Technologien und Infrastrukturen sind dafür notwendig? Wie lassen sich gerechte Übergänge gestalten – auch für Beschäftigte? Wie lassen sich Mehrheiten für eine Mobilitätswende gewinnen? Und wer sind die Gegner einer solchen Transformation? Die Veranstaltungsreihe »Spurwechsel. Gerechte Mobilität und alternative Produktion« geht diesen Fragen seit Juni 2020 nach und wird 2021 fortgeführt. Zentral sind dabei die Diskussionsforen in unterschiedlichen Städten, bei denen Beschäftigte aus Automobil- und Schienenfahrzeugindustrie zu Wort kommen und mit Vertreter*innen aus ökologischen Initiativen, Gewerkschaften und der LINKEN diskutieren. Im Frühjahr wird eine Studie mit einer Befragung von Beschäftigten sowie mit Konzepten für eine gerechte Mobilitätswende erscheinen.

Link zur Veranstaltungsreihe:
www.rosalux.de/news/id/42673/spurwechsel
Link zum Dossier: www.rosalux.de/dossiers/spurwechsel



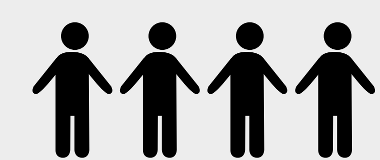
KLASSENTHEORIE

MAKING UND REMAKING DER KLASSE

Jahrelang kaum beachtet, sind »Klassen« und »Klassenpolitik« als Begriffe mit Wucht in den öffentlichen Diskurs zurückgekehrt. Doch um Ansätze einer neuen verbindenden Klassenpolitik zu entwickeln, ist es wichtig, auch den Begriff selbst zu erweitern und von den fortgeschrittensten marxistischen, marxistisch-feministischen und praxeologischen Klassentheorien auszugehen. In dem von Mario Candeias herausgegebenen Buch »Klassentheorie – vom Making und Remaking«, das im April 2021 im Argument Verlag erscheinen wird, werden sie vorgestellt.

Weitere Infos: https://argument.de/

MIT WEM



MODE. MACHT. MENSCHEN.

DOKUMENTARFILM IN ACHT EPISODEN

In Kambodscha arbeitet fast ein Fünftel der Bevölkerung in der Textilindustrie. Niedrigste Löhne und mangelhafte Arbeitsbedingungen garantieren dem europäischen Markt Ware zu Spottpreisen. Das Filmprojekt MODE. MACHT. MENSCHEN. begibt sich auf eine Reise zu den Ausgangspunkten der Kleidung, die wir tragen. Fashion-Blogger Willy Iffland und Journalistin Helen Fares suchen Menschen auf, die in der kambodschanischen Textilindustrie arbeiten. Deren ausschließliche Ausrichtung auf den Export in den globalen Norden hat sich massiv auf die Entwicklung des Landes und die Lebensbedingungen der Bevölkerung ausgewirkt. Deutlich wird: Es braucht dringend ein Lieferkettengesetz, um die Einhaltung von sozialen und Menschenrechten am Arbeitsplatz durchzusetzen.
Zu Wort kommen in der Filmreihe jene, die sich bereits jetzt für bessere Löhne, mehr Meinungs- und Versammlungsfreiheit und sichere Arbeitsbedingungen in der Branche starkmachen: Arbeiter*innen, Gewerkschaftsaktivist*innen, aber auch engagierte Fabrikbesitzer*innen. Die Dokumentation von Patrick Kohl, die in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstand, berührt dabei auch Themen wie Egoismus und Konsum im aktuellen Kapitalismus, Feminismus und Nachhaltigkeit. Der Film erhielt bereits mehrere internationale Auszeichnungen und ist nun in acht Episoden auf dem Youtube-Kanal der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sehen.

Stream: www.youtube.com/playlist?list=PLvnBzZOjEg-FKofiyFZJXdUqYHxAbL4GA

WER SCHREIBT



KRANKENHÄUSER IN BEWEGUNG

BROSCHÜRE ZU INTERNATIONALEN KÄMPFEN FÜR EIN BESSERES GESUNDHEITSWESEN

Missstände im Krankenhaus sind kein allein deutsches Problem. Auch in anderen Ländern sind die negativen Auswirkungen der Finanzierung über Fallpauschalen spürbar, werden in Krankenhäusern Reinigungs- oder Servicekräfte outgesourct und stehen Pflegekräfte durch jahrelangen Personalabbau unter Zeitdruck. Nicht nur in Deutschland wird das Gesundheitswesen zunehmend als ein Marktsegment wie viele andere betrachtet. Dagegen gibt es in vielen Ländern Widerstand von Beschäftigten und ihren Verbündeten, wie die Broschüre »Krankenhäuser in Bewegung – internationale Kämpfe für gute Versorgung und Arbeitsbedingen« zeigt. Sie gibt Einblicke in Kämpfe für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, für Anerkennung und Aufwertung von Care-Arbeit und für würdige Arbeits- und Versorgungsbedingungen. Es finden sich viele Beispiele kreativen Protests und Widerstands, die sich auch hierzulande aufgreifen lassen. Die von Julia Dück und Stefan Schoppengerd herausgegebene Broschüre will dazu ermuntern, diese internationalen Erfahrungen zu nutzen: um in gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen Markt- und Profitdenken im Gesundheitswesen zurückzudrängen und Gesundheit wieder zu einem öffentlichen und demokratischen Gut zu machen.

Download (ab Januar 2021) unter: www.rosalux.de/publikation/id/43411

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Holger Balodis, Dagmar Hühne
«ES GIBT KEINE ALTERSARMUT IN DEUTSCHLAND!»
Mythen und Fakten zur Rentenpolitik
luxemburg argumente Nr. 18
52 Seiten, Broschur
Oktober 2020, ISSN 2193-5831
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/43088



Laura Roth, Irene Zugasti Hervás, Alejandra de Diego Baciero
DIE POLITIK HIER UND HEUTE FEMINISTISCHER MACHEN!
Diskussionen und Tools der munizipalistischen Bewegung
192 Seiten, Broschur, Oktober 2020
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.eu/de/article/1810





Christoph Trautvetter
WEM GEHÖRT DIE STADT?
Analyse der Eigentümergruppen und ihrer Geschäftspraktiken auf dem Berliner Immobilienmarkt
44 Seiten, Broschur, November 2020
ISSN 2194-2242
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/43284

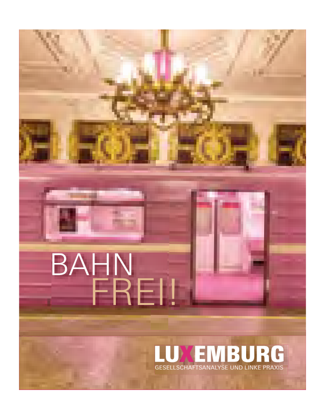


Uwe Sonnenberg, Jörn Schütrumpf
ROSA LUXEMBURG IN DER DEUTSCHEN REVOLUTION
Eine Chronik
112 Seiten, Broschur
November 2020
ISBN 978-3-948250-19-5
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/43275



ATLAS DER STAATENLOSEN
Daten und Fakten über Ausgrenzung und Vertreibung
128 Seiten, Broschur
Oktober 2020

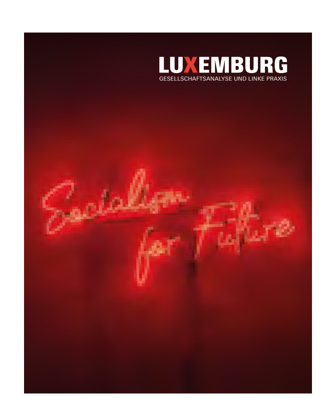
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/43022



1/2020 BAHN FREI
Der Verkehr ist einer der größten Klima-Killer. In Deutschland verursacht er ein Fünftel der CO_2-Emissionen – Tendenz steigend. Autos fressen den städtischen Raum, verursachen Krankheiten und Todesfälle. Doch Alternativen fehlen, gerade auf dem Land, wo der ÖPNV kaputtgespart ist. Höchste Zeit, die BAHN FREI zu machen für eine sozial-ökologische Mobilitätswende. Wie schaffen wir einen Umstieg zu gerechter Mobilität mit weniger Verkehr? Wie lässt sich die Autoindustrie umbauen, ohne den Erhalt von Jobs gegen Klimaziele auszuspielen? Wie sieht ein ÖPNV aus, der einen »Luxus des Öffentlichen« für alle erfahrbar macht?

BEITRÄGE VON Janna Aljets | Tobias Haas & Markus Wissen| Denis Petri | Magdalena Heuwieser | Sabine Leidig | Winfried Wolf | Carl Wasmuth | Erdoğan Kaya | Lara Zschiesche | Manja Präkels | Anke Stelling | Steffen Mensching | bell hooks | Panagiotis Sotiris u.a.

April 2020, 140 Seiten



3/2019 SOCIALISM FOR FUTURE
Ohne Systemwende wird es keine Zukunft geben: Ökologische Zerstörung, der Aufstieg der Rechten und privater Reichtum stellen die Zukunft selbst infrage. Dass die planetarischen Grenzen erreicht sind, verengt den zeitlichen Horizont für linke Alternativen. Wie sieht eine Politik aus, die Hoffnung macht und Veränderungen bewirkt? Klimabewegung, feministische Mobilisierungen und das Projekt eines linken Green New Deal zeigen, dass sich viele nach einer solidarischen Gesellschaft sehnen. Das neoliberale Mantra »There is No Alternative« hat sich ins Gegenteil verkehrt. Zu einer radikalen Veränderung gibt es keine Alternative mehr. Sozialismus heißt, für die Zukunft zu sorgen.

BEITRÄGE VON Alex Demirović | Sarah Leonard | Verónica Gago | Étienne Balibar | Vishwas Satgar | Bini Adamczak | Jan Rehmann | Jan Dieren | Rhonda Koch | Moritz Warnke | Annett Gröschner | u.a.

Dezember 2019, 144 Seiten



2/2019 SCHÖNER WOHNEN
Die Wohnungsfrage ist mit Wucht zurückgekehrt. In den großen Städten explodieren die Mieten, bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Zugleich machen immer mehr Menschen gegen den Mietenwahnsinn mobil. Hausgemeinschaften und Nachbarschaften organisieren sich. Die Forderung nach Enteignung großer Immobilienkonzerne erhält ungeahnte Zustimmung. Linke Landesregierungen wie der Berliner Senat versuchen den Kurswechsel. Doch wie lässt sich das Wohnen dem Markt entreißen? Wie sehen Alternativen aus, die nicht nur sozialer, sondern auch demokratischer sind? Wie geht eine linke Wohnungspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert und Ökologie und Soziales nicht gegeneinander ausspielt?

BEITRÄGE VON Margit Mayer | Andrej Holm | Katalin Gennburg | Knut Unger | Greta Pallaver | Armin Kuhn | Ulrike Hamann | Remzi Uyguner | Bea Fünfrocken | Christoph Trautvetter | u.a.

Juni 2019, 136 Seiten



1/2019 EUROPA – TROTZ ALLEDEM
Die Europäische Union steckt in einer tiefen Krise. Fliehkräfte und Gegensätze nehmen zu, ein Fortbestehen der Union ist nicht gesichert. Zugleich festigen und vertiefen die Politiken der EU globale Ungleichheiten. Die real existierende EU repräsentiert nicht in Ansätzen das Europa, das wir uns wünschen. Doch wie lässt sich der europäische Horizont im Blick behalten, ohne die neoliberalen Institutionen der EU als Geschäftsgrundlage zu akzeptieren? Wie lassen sich solidarische Antworten finden auf transnationale Herausforderungen? Wie lässt sich Europa anders machen: solidarisch und demokratisch und im Interesse der Vielen?

BEITRÄGE VON Stuart Hall | Kathrin Röggla | Lukas Oberndorfer | Florian Weis | Kerstin Wolter | Max Lill | Alex Wischnewski | Hannah Schurian | Andrej Hunko | Beppe Caccia | Wenke Christoph | Stefanie Kron | Sandro Mezzadra u.a.

April 2019, 136 Seiten



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/2020
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 443 10-404
Kernredaktion: Harry Adler, Barbara Fried, Rhonda Koch und Hannah Schurian
Redaktion: Harry Adler, Michael Brie, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Julia Dück, Barbara Fried, Corinna Genschel, Rhonda Koch, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Sabine Skubsch, Fanni Stolz, Ingar Solty, Eva Völpel, Moritz Warnke und Florian Wilde

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 443 10-157
Fax: +49 (0)30 443 10-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur;
www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthies, Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus



02
20

Autor*innenkollektiv Feministische Intervention | Melanie Brazzell | Alex Demirović | Elsa Dorlin | Nancy Fraser | Christina Feist | Florian Flörsheimer | Daniel Fuchs | Heide Gerstenberger | Christiane Gomes | Benedikt Kern | Lea Knoff | Ferat Kocak | Julia Lis | Hanna Müller | Katharina König-Preuss | Martina Renner | Dominik Rigoll | Michael Schilwa | Ingar Solty | Ismet Tekin | Vanessa E. Thompson | Jan Turowski | Sebastian Wehrhahn | Gerd Wiegel | Yves Winter | Lukas Wunsch | Berena Yogarajah

Was tun gegen rechte Bedrohung?
Toxische Männerwelten
Exzessive Staatsgewalt
Solidarität und Selbstverteidigung
Was macht uns wirklich sicher?
Sozialismus im 21. Jahrhundert
Was denkt die Linke zu China?

DIE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
ISSN 1869-0424